

Soziale Arbeit

August 2010

59. Jahrgang

Professor Dr. Matthias Dalferth ist Dipl.-Pädagoge und lehrt Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Hochschule Regensburg, Fakultät Sozialwissenschaften, FB Sozialwesen, Postfach 12 03 27, 93025 Regensburg, E-Mail: matthias.dalferth@soz.fh-regensburg.de

Professor Dr. Wolf Wagner ist Politikwissenschaftler und hat Sozialwissenschaften und Politische Systeme am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt gelehrt. Privatanschrift: Wiesbadener Str. 59c, 14197 Berlin, E-Mail: w.wagner@fh-erfurt.de

Professor Dr. Erich Hollenstein lehrt an der Fachhochschule Hannover in den Arbeitsgebieten Sozialisation, Jugendhilfe und Schule sowie Gemeinwesenarbeit. Privatanschrift: Mehringweg 12, 48159 Münster, E-Mail: erich.hollenstein@fh-hannover.de

Thomas Kollmann ist Leiter der Stadtteilarbeit im Begegnungszentrum Sprickmannstraße in Münster-Kinderhaus und Lehrbeauftragter an der Katholischen Hochschule Münster. Privatanschrift: Hasenbusch 33b, 48159 Münster, E-Mail: kollma@muenster.de

Professor Dr. Peter Reinicke ist Sozialarbeiter und Dipl.-Pädagoge und lehrt Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Berlin, Postfach 37 02 55, 14132 Berlin, E-Mail: peter@reinicke.de

Persönliches Budget für Menschen mit Autismus 294
Matthias Dalferth, Regensburg

DZI-Kolumne 295

Vergütung und Wettbewerb in der Sozialen Arbeit 299
Ergebnisse einer Langzeitbeobachtung und einer Online-Umfrage
Wolf Wagner, Berlin

Stadtteilarbeit und Wohnraum-spekulation 302
Wie lässt sich Widerstand organisieren?
Erich Hollenstein; Thomas Kollmann, Münster

Die Entwicklung der Krankenhaus-fürsorge in der Charité 312
Peter Reinicke, Berlin

Rundschau Allgemeines 320
Soziales 321
Gesundheit 322
Jugend und Familie 322
Ausbildung und Beruf 323

Tagungskalender 324

Bibliographie Zeitschriften 325

Verlagsbesprechungen 329

Impressum 332



Eigenverlag

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

<https://doi.org/10.5771/0490-1000-2010-0>

Generiert durch IP '3.147.74.23', am 15.07.2024, 02:12:40.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Persönliches Budget für Menschen mit Autismus

Matthias Dalferth

Zusammenfassung

Seit dem 1.1.2008 besteht ein Rechtsanspruch, anstelle des bisherigen Sachleistungsbezugs ein Persönliches Budget (PB) nach § 17 SGB IX zu beantragen. Für erwachsene Menschen aus dem autistischen Spektrum mit eingeschränktem, aber individuell spezifischem Hilfebedarf bietet das PB die Chance auf ein weitgehend selbstbestimmtes Leben. Im Rahmen eines Forschungsprojekts des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am Berufsbildungswerk Abensberg werden Interessenten und Interessentinnen informiert und bei der Beantragung unterstützt. Das Ziel dieses Vorhabens besteht darin, Möglichkeiten und Grenzen des PB für diesen Personenkreis auszuloten.

Abstract

On 1st January 2008 handicapped persons were legally entitled to apply for a personal budget pursuant to § 17 of Book 9 of the German Social Code in place of the services or benefits in kind provided before. Adults with autistic spectrum disorders, who have a limited but individual need of care, are thus given an opportunity of leading a largely self-determined life. Within the framework of a research project of the Federal Ministry of Labour and Social Affairs and the Abensberg vocational training centre, interested people receive information and support in preparing their applications. The goal of the initiative is to assess the constraints and possibilities of the personal budget for the group in consideration.

Schlüsselwörter

Autismus – Berufsausbildung – Berufsbildungswerk – Persönliches Budget – Unterstützung

Einleitung

Seit dem 1. Januar 2008 haben Menschen mit Behinderungen einen Rechtsanspruch darauf, Dienst- oder Sachleistungen, die sie zur Deckung ihres persönlichen Hilfebedarfs benötigen, in Form eines persönlichen Budgets (PB) zu beziehen. Damit wird für Personen, die diese Form der Hilfeleistung anstelle der bisherigen Unterstützungsform wählen, die Abhängigkeit von einem Leistungserbringer erheblich verringert: Da sämtliche gewährte finanzielle Mittel in Form einer Komplexleistung auf das Konto des Leistungsnehmers beziehungsweise der Leistungsnehmerin oder des Budgetnutzers bezie-

ungsweise der Budgetnutzerin transferiert werden und er oder sie angehalten ist, sich die erwünschten Hilfen bei den von ihr oder ihm bevorzugten sozialen Anbietern selbst einzukaufen, wird sie beziehungsweise er in die Lage versetzt, weitgehend selbst darüber zu bestimmen, welche Hilfen in welchem Ausmaß bei welchen sozialen Dienstleistern in Anspruch genommen werden. Da gleichzeitig ganz unterschiedliche Teilhabeleistungen, die von verschiedenen Rehabilitationsträgern (Krankenkassen, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung, Agentur für Arbeit, Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger) finanziert werden, besteht die Möglichkeit, auch ein trägerübergreifendes Budget zu beantragen (BMAS 2008). Gegenwärtig ist davon auszugehen, dass bundesweit zirka 10 000 Menschen Hilfe in Form eines Persönlichen Budgets erhalten (BMAS 2009, S. 82).

Die Erfahrungen, die in den bisherigen Modellprojekten gewonnen wurden, zeichnen folgendes Bild:

▲ Trägerübergreifende Budgets wurden äußerst selten (Metzler 2006, Wacker u.a. 2005) und häufig in Form einer Verbindung zwischen Pflege- und Sozialhilfeleistungen beantragt.

▲ Überwiegend Menschen mit psychischen, körperlichen und Sinnesbehinderungen (Kastl; Metzler 2005: 68 Prozent, Trendel 2008: 81 Prozent) nahmen bisher ein PB in Anspruch.

▲ Der größte Teil der Budgetnutzer ist mit dieser Form der Hilfeleistung zufrieden und möchte nicht zur ursprünglichen Hilfeform zurückkehren (Wacker u.a. 2005; Trendel 2009).

▲ Die Budgethöhe beträgt im Durchschnitt 552 Euro (Metzler 2006).

▲ Die Budgetbereiche konzentrieren sich auf Hilfen beim Wohnen, bei der Alltagsbewältigung, Tagesstrukturierung, Haushaltsführung, sozialen Teilhabe, Freizeit, Mobilität und Pflege.

▲ Die meisten Budgetnehmenden sind arbeitslos oder in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) tätig. Nur wenige befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (Meyer; Rauscher 2007).

▲ Eine eigenständige Budgetverwaltung ist für die wenigsten möglich. Die meisten Budgetnehmenden erhalten Unterstützung durch Angehörige (Metzler 2006).

▲ Die Kostenübernahme bei einer notwendigen Budgetassistenz ist häufig nicht geklärt.

Es fällt auf, dass das PB vergleichsweise selten von Menschen mit geistigen Behinderungen in Anspruch genommen wird, obwohl ihre gesetzlichen Vertreter oder Betreuer und Betreuerinnen einen Antrag für sie stellen könnten. Mit dem § 17 Absatz 2 Satz 1

der Budgetverordnung des SGB IX wird nun die Absicht verfolgt, dass der Antragsteller oder die Antragstellerin in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen kann. Nach Auffassung der Bundesvereinigung Lebenshilfe schließt jedoch weder eine fehlende Geschäftsfähigkeit noch die Tatsache, bei der Beantragung oder Nutzung des Budgets Hilfe in Anspruch zu nehmen, die Fähigkeit zum eigenverantwortlichen Handeln aus (Lachwitz 2004, S. 20).

Gleichfalls befinden sich in den Modellprojekten bislang ausgesprochen selten Antragstellende aus dem autistischen Spektrum. Dies lässt sich kaum mit den Besonderheiten der Behinderung selbst erklären. Wir wissen heute, dass nicht 80 Prozent des Personenkreises, sondern lediglich zwischen 25 bis 50 Prozent zudem als geistig behindert zu gelten haben (Remschmid; Kamp-Becker 2007, Bölte 2009, S. 52). Viele sind also durchaus zu einer eigenständigen Willensbildung befähigt. Recherchen ergaben, dass sie beziehungsweise ihre Angehörigen über diese Möglichkeit der Hilfestellung nicht ausreichend informiert sind.

Das Persönliche Budget für Menschen mit Autismus

Tatsächlich ist davon auszugehen, dass das PB, insbesondere für einen Teil dieses Personenkreises mit moderaten Beeinträchtigungen (Aspergersyndrom, High-functioning-Syndrom), eine besondere Chance darstellt. Demzufolge wurde beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Projekt beantragt und bewilligt. Das Projekt trägt den Titel „Einsatzmöglichkeiten des Persönlichen Budgets bei der sozialen und beruflichen Inklusion von Menschen mit autistischen Syndromen anhand konkreter Beispiele aus der beruflichen Rehabilitation“. Das Vorhaben wird am Berufsbildungswerk St. Franziskus/Abensberg in Bayern durchgeführt. Zur Begründung dieses Projekts soll auf Folgendes hingewiesen werden: Im Verlauf der letzten Jahre wurde im Rahmen von zwei Modellprojekten zur beruflichen Förderung und Teilhabe von Menschen mit Autismus der Nachweis erbracht, dass junge Menschen mit dieser Beeinträchtigung (vornehmlich Aspergersyndrom, High-functioning-Autismus, seltener Kannersyndrom) eine Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten erfolgreich absolvieren können, wenn sie eine ihnen gemäße Unterstützung erhalten und sich die Rahmenbedingungen an den Erfordernissen dieses Personenkreises orientieren. Über die Gestaltung dieser Rahmenbedingungen wurde an anderer Stelle ausführlich berichtet (Baumgartner u.a. 2009). Als Fazit kann jedoch gelten:

Erinnern Sie sich noch an die Kassandrarupe vom Herbst 2008, die sich 2009 fortsetzten und verstärkten? Aus der US-Immobilienkrise entwickelte sich die Weltfinanzkrise und dann eine – zumindest angekündigte – Weltwirtschaftskrise. Für 2009 und 2010 sagten renommierte Experten eine historische globale Rezession voraus und für Deutschland eine Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen.

Die Realität sieht heute, vor allem in Deutschland, viel besser aus: Die Arbeitslosenzahl liegt nur wenig über 3 Millionen und könnte in diesem Jahr sogar noch unter diese Schwelle sinken; die Wirtschaftskraft wächst deutlich, die Exporte boomen. Sogar die Autoindustrie, der wegen der Abwrackprämie ein schrecklicher „Kater“ prognostiziert worden war, meldet sehr erfreuliche Zahlen.

Eine schöne Überraschung! Aber so richtig scheint sich niemand zu freuen. In der Bundespolitik herrscht schwarz-gelber Dauerstreit. Auf der Landesebene prägen Rücktritte und unsichere Machtverhältnisse das Bild. Warum dringen die guten Nachrichten nicht ins Lebensgefühl des Landes vor? Vielleicht haben wir uns daran gewöhnt, gute Stimmung nur von der Fußball-Nationalelf zu erwarten?!

Zum Teil erklärt wohl die „typisch deutsche“ Verzagt-heit die gedämpfte Stimmung. Zum anderen aber herrscht Skepsis, ob der guten Entwicklung zu trauen ist. Und nicht zuletzt haben die Gegenmaßnahmen der Wirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten Fakten und Bürden geschaffen, die jetzt in Form schmerzlicher Sparmaßnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Angesichts der positiven Entwicklung der Wirtschaft muss deshalb umso mehr darauf hingewirkt werden, dass die Unternehmen, die durch skandalöses Verhalten die Krise verursacht haben, angemessen, das heißt viel stärker als bisher erkennbar zur Schadensbeseitigung in den öffentlichen Haushalten herangezogen werden. Nicht nur bei der sehr viel besser „sichtbaren“ Ölkatastrophe im Mexikanischen Golf muss das Verursacherprinzip Anwendung finden.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Über die Hälfte der Absolventen und Absolventinnen konnte nach Abschluss der Ausbildung in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden. Die Anzahl der beruflich geförderten jungen Menschen wurde im Verlauf der letzten Jahre kontinuierlich gesteigert, so dass heute in zwölf Berufsbildungswerken über 300 junge Menschen überbetriebliche Förder- und Ausbildungsmaßnahmen durchlaufen. Die hohe Anzahl der Rehabilitanden und Rehabilitantinnen in diesen Einrichtungen stellt unter Beweis, dass der Bedarf an beruflicher Förderung sowie nach sozialer und beruflicher Inklusion erheblich ist. Dies lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen:

- ▲ Die Anzahl der Menschen, die sich dem autistischen Spektrum zuordnen lassen, ist wesentlich höher als bislang angenommen. Man geht – in Orientierung an internationalen Zahlen – davon aus, dass nicht nur drei bis fünf, sondern bis zu 66 Personen von 10 000 dem autistischen Spektrum (ASD) zuzurechnen sind (Bölte 2009, S. 69). Dies ist damit im Zusammenhang zu sehen, dass verschiedene Spielarten autistischer Syndrome existieren, unter Umständen begleitet von diversen komorbiden Erkrankungen.
- ▲ Die diagnostischen Instrumentarien wurden verfeinert, aber auch zum Teil erweitert.
- ▲ Die Früherkennungsmöglichkeiten bei Autismus haben sich verbessert.
- ▲ Die Symptomatik ist mittlerweile bei Fachleuten wesentlich besser bekannt, so dass es auch zu Umetikettierungen kommt.
- ▲ Eine wichtige Rolle spielen auch frühe und wirksame therapeutische Hilfen, die dazu beigetragen haben, dass Menschen mit Autismus heute höhere Bildungsabschlüsse erreichen.
- ▲ Eine erfolgreiche Ausbildung und berufliche Bildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt scheiterte in der Vergangenheit häufig daran, dass man sich nicht ausreichend auf die besonderen Förderbedürfnisse dieses Personenkreises einstellen konnte (Baumgartner u.a. 2009). Dies hat dazu geführt, dass eine ganze Reihe überbetrieblicher Einrichtungen Rahmenbedingungen gestalteten und Konzepte entwickelten, die eine Erfolg versprechende Förderung dieses Personenkreises gewährleisten.

Für eine beträchtliche Anzahl von jungen Menschen aus dem autistischen Spektrum stellt sich nun in privater wie beruflicher Hinsicht die Frage nach einer attraktiven Zukunftsperspektive nach Abschluss der beruflichen Fördermaßnahmen. Die Evaluationsergebnisse der bisher durchgeführten Projekte zur beruflichen Teilhabe zeigen nämlich, dass die Nachhal-

tigkeit der Rehabilitationsmaßnahmen nicht allein dadurch garantiert werden kann, dass Menschen mit Autismus einen Beruf erlernen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden, eine Tätigkeit in einer Integrationsfirma aufnehmen oder eine berufliche Förderung erfahren, die zumindest eine Integration in eine Werkstatt für behinderte Menschen möglich macht.

Der größte Teil der überbetrieblich Geförderten ist auch nach erfolgreichem Berufsabschluss zu einer völlig unabhängigen Lebensführung nicht in der Lage. Nach einer im vergangenen Jahr durchgeführten Untersuchung ist davon auszugehen, dass lediglich 17 Prozent der Befragten (n= 107) mit Aspergersyndrom relativ selbstständig leben können (Baumgartner u.a. 2009). Nimmt man das gesamte Autismusspektrum in den Blick, also auch Betroffene mit Kannersyndrom und mit schwerwiegender oder multipler Symptomatik, dann können lediglich acht Prozent der Gesamtpopulation (n = 421) nach unseren Untersuchungen unabhängig leben. Internationalen Studien zufolge wird lediglich von zwei bis drei Prozent ausgegangen, die quasi symptomfrei ohne fremde Hilfe leben können (Remschmid 2000, S. 40). Die Bewertung der Unabhängigkeit und das ermittelte Ausmaß an sozialer Integration variieren von Studie zu Studie. Als moderater bis hoher Grad der Unabhängigkeit in Bezug auf Arbeit und Wohnen und einige Sozialkontakte wurde von Howlin u.a. (2005) ein Median von 14 Prozent angegeben.

Der größte Teil der Absolventen und Absolventinnen benötigt individuell und fakultativ in unterschiedlichem Ausmaß Unterstützung in lebenspraktischen Belangen, bei der Selbstbesorgung, beim selbstständigen Wohnen, beim Umgang mit Ämtern und Behörden, bei der Verwaltung ihres Einkommens, bei der Aufnahme und Unterhaltung von sozialen Kontakten, in der Freizeitgestaltung und unter Umständen auch bei der Arbeitsaufnahme. Die meisten kehren nach dem Abschluss ihrer Ausbildung nicht zuletzt deshalb in die Herkunftsfamilie zurück, weil sie sich ein unabhängiges Leben nicht zutrauen oder nicht vorstellen können. Da es nur wenigen gelingt, in einer Partnerschaft zu leben, bleiben die meisten auf das bestehende soziale Netz der Herkunftsfamilie angewiesen.

Dies bedeutet, dass eine Sicherung der Rehabilitationserfolge und die Chance auf ein weitgehend selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben von einem Arrangement von Lebensbedingungen und einer passgenauen individuellen Unterstützung abhängig ist, die diesen Menschen gerecht wird.

Beispiele und Bedarf

Herr X promovierte als Informatiker, scheiterte aber in verschiedenen Betrieben aufgrund der fehlenden Fähigkeit, den Arbeitsalltag zu strukturieren und eigenständig Prioritäten bei der Aufgabenerledigung zu setzen. Gleichfalls gab es immer wieder Schwierigkeiten, weil er die subtilen Regeln des sozialen Umgangs im Betrieb nicht durchschauen konnte. Er benötigt fachlich kompetente Hilfe bei der Strukturierung des Arbeitsalltags und sollte an sozialen Trainingsmaßnahmen partizipieren können.

Ein junges Mädchen aus Rheinland-Pfalz erfuhr von Fachkräften einer sozialen Einrichtung vom persönlichen Budget. Sie wünscht sich Unterstützung beim Schulbesuch durch einen Integrationshelfer, einen Begleiter in der Freizeit zur Nutzung wohnortnaher Angebote und Hilfe, um einmal selbstständig wohnen zu können.

Ein 15-jähriger Gymnasiast erfuhr aus der Zeitung vom PB. Er wünscht sich Hilfe bei der Beantragung, die Finanzierung einer Schulbegleitung, Trainingsmaßnahmen im Straßenverkehr und Hilfe bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

Eine 32-jährige Frau wünscht sich vor allen Dingen Unterstützung beim Wohnen und möchte gerne mit anderen Menschen in einer fakultativ betreuten Wohngemeinschaft leben.

Für die Absolventinnen und Absolventen werden damit folgende spezifische Unterstützungsbereiche relevant:

- ▲ Hilfe bei der Strukturierung des Arbeitsalltags und der Freizeit;
- ▲ Hilfe bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes und des Umfeldes;
- ▲ Hilfe bei der Einarbeitung in neue Arbeitsprozesse;
- ▲ Hilfe beim Verständnis der Regeln des sozialen Umgangs;
- ▲ Hilfe beim Wohnen, der Haushaltsführung, der Selbstbesorgung, Pflege;
- ▲ Hilfe beim Aufbau und der Pflege von Sozialkontakten;
- ▲ Hilfe bei der Freizeitgestaltung;
- ▲ Hilfe bei der Ablösung vom Elternhaus;
- ▲ Hilfe beim Umgang mit Geld;
- ▲ Hilfe beim Umgang mit Ämtern und Behörden;
- ▲ Hilfe bei der Auseinandersetzung mit der Behinderung und bei therapeutischen Interventionen.

Warum benötigen die jungen Menschen Unterstützung insbesondere in diesen Bereichen? Ohne an

dieser Stelle ausführlich auf die Symptomatik einzugehen, sei auf folgende zentrale behindertenspezifische Problemstellungen verwiesen: So gehört zu den zentralen Beeinträchtigungen autistischer Menschen, dass sie Gefühle anderer Menschen in deren Mimik und Gestik nur schwer erkennen können. Sie haben Schwierigkeiten, die subtilen Regeln im zwischenmenschlichen Umgang zu durchschauen, sie können sich nur schwer in das Denken und Fühlen anderer Menschen hineinversetzen und deren Absichten erkennen. Dies wird als mangelnde Metarepräsentation bezeichnet und beeinträchtigt sie maßgeblich im Umgang mit anderen Menschen am Arbeitsplatz oder in der Freizeit.

Die Entwicklung eines Selbstkonzepts, das Wissen um die eigene biographische Entwicklung als zentraler Bestandteil der Identität leidet darunter, dass sich diese Menschen kaum an persönlich Erlebtes, eher an Fakten erinnern. Die Identitätsentwicklung und das Selbstwertempfinden werden auch dadurch erheblich begrenzt. Mangelhafte Vorstellungen von der eigenen Zukunft prädestinieren sie für ein Verbleiben in der Herkunftsfamilie. Eine Beeinträchtigung der exekutiven Funktionen – darunter versteht man mangelnde Fähigkeiten, Bedeutungshierarchien zu bilden, also Defizite im Zielsetzungs-, Planungs-,



ALICE SALOMON
HOCHSCHULE BERLIN
University of Applied Sciences

**Berufsbegleitender
Master-Studiengang**

**Biografisches und
Kreatives Schreiben**

**Bewerbungen bis zum
1. September 2010**

Claus Mischon, fachliche Leitung
Tel.: (030) 99245-523

Informationen:
www.ash-berlin.eu/bks



Entscheidungsverhalten und bei der motorischen Umsetzung von Vorhaben oder Absichten – führt zu einem hohen Bedarf an Strukturierungshilfen, unabhängig vom Grad der kognitiven Entwicklung. Darauf sind sie sowohl in Arbeitsprozessen als auch in der Freizeitgestaltung angewiesen.

Schließlich mangelt es ihnen an der Fähigkeit zur zentralen Kohärenz, das heißt, Gesamtzusammenhänge kontextorientiert zu erfassen und Dinge, die zusammengehören, als zusammengehörig zu begreifen. Dies schränkt sie bei der Organisation des Alltagslebens maßgeblich ein. Demgegenüber achten Menschen mit Autismus eher auf Details und entwickeln Stärken in der Fokussierung ihrer Aufmerksamkeit. Dies hat Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation, die Alltagsgestaltung, Haushaltsführung und anderes mehr.

Projektvorhaben

Im Rahmen der Laufzeit des Projekts (März 2009 bis Dezember 2010) soll nun erkundet werden, inwieweit mithilfe des PB behinderungsbedingte Barrieren bei der Inklusion von Menschen mit autistischen Behinderungen überwunden werden können. Das Untersuchungsdesign sieht vor, im Rahmen einer bundesweiten Befragung von Nutzenden sowie von Interessenten und Interessentinnen Hemmschwellen bei der Beantragung und Inanspruchnahme des PB zu erkunden, um den Unterstützungs- und Beratungsbedarf ausfindig zu machen. Gleichfalls gilt es in Erfahrung zu bringen, in welchen Lebensbereichen (Arbeit, Wohnen, Lebenspraxis, Freizeit, Schule, Kommunikation, soziale und berufliche Integration) Menschen mit Autismus Hilfen benötigen, die sich in einem PB bündeln lassen, und herauszufinden, wie diesem Bedarf am besten entsprochen werden kann.

Es ist geplant, eine Übersicht der relevanten budgetfähigen Leistungen für die potenziellen Nutzerinnen und Nutzer zu erstellen und einzelne Interessenten und Interessentinnen bei der Beantragung des PB zu unterstützen. Die Ergebnisse werden in Empfehlungen einmünden, die in absehbarer Zeit publiziert werden. Ein geeigneter Handlungsleitfaden zur Beantragung eines PB für Personen mit Autismus wird gegenwärtig bearbeitet. Betroffene oder Angehörige aus dem autistischen Spektrum, aber auch Fachleute, die an einem PB für Menschen mit autistischen Syndromen interessiert sind, werden gebeten, sich an die Projektverantwortlichen zu wenden. Gleichfalls besteht ein Interesse daran, Erfahrungen von Personen auszuwerten, die bereits ein PB beantragt haben oder erhalten, damit ihre

Erfahrungen bei künftigen Antragstellungen berücksichtigt werden können. Die Projektverantwortlichen können über die folgenden E-Mail-Adressen kontaktiert werden: *Heike Vogel*, Dipl.-Sozialpäd. (FH), heike.vogel@bbw-abensberg.de (Projektleitung); *Kathrin Hainzmeier*, Dipl.-Sozialpäd. (FH), kathrin.hainzmeier@bbw-abensberg.de (Projektkoordination); der Autor dieses Beitrags, *matthias.dalferth@soz.fh-regensburg.de*. Weitere Informationen sind im Internet unter www.bbw-abensberg.de abrufbar.

Literatur

- Baumgartner**, F.; Dalferth, M.; Vogel, H.: Berufliche Teilhabe von Menschen aus dem autistischen Spektrum (ASD). Heidelberg 2009
- BMAS** – Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Das trägerübergreifende persönliche Budget. Berlin 2008
- BMAS** – Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Behindertenbericht. Berlin 2009
- Bölte**, S. (Hrsg.): Autismus. Spektrum, Ursachen, Diagnostik, Intervention, Perspektiven. Bern 2009
- Howlin**, P.; Goode, S.; Hutton, J.; Rutter, M. (Hrsg.): Adult outcome for children with autism. In: Journal of Child Psychology and Psychiatry 45/2005, S. 212-229
- Kastl**, J.M.; Metzler, H.: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellprojekt „Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg“. Hrsg. Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg. Stuttgart 2005
- Lachwitz**, K.: Mehr Chancen für ein selbstbestimmtes Leben? Marburg 2004
- Metzler**, H.: Selbstbestimmt leben mit dem Persönlichen Budget? In: König, J.; Oerthel, Ch.; Puch, H.-J.: ConSozial 2006. München 2006
- Meyer**, Th.; Rauscher, Chr.: Was können wir aus den Modellprojekten lernen? Ergebnisse aus der bundesweiten Erprobung „Trägerübergreifender Persönlicher Budgets“. Teil 1. In: impulse 43/2007, S. 4-10
- Remschmid**, H.: Autismus. Erscheinungsformen, Ursachen, Hilfen. München 2000
- Remschmid**, H.; Kamp-Becker, I.: Das Asperger-Syndrom – eine Autismus-Spektrum-Störung. In: Deutsches Ärzteblatt 104(13)/2007. Internet: www.aerzteblatt.de/archiv/55038 (Abruf am 7.3.2009)
- Trendel**, M.: PP-Präsentation am 13.1.2009 an der HAW Regensburg. Typoskript. Regensburg 2009
- Trendel**, M.: Praxisratgeber Persönliches Budget. Mehr Selbstbestimmung für behinderte Menschen. Regensburg 2008
- Wacker**, E.; Wansing, G.; Schäfers, M.: Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität. Wiesbaden 2005

Vergütung und Wettbewerb in der Sozialen Arbeit

Ergebnisse einer Langzeitbeobachtung und einer Online-Umfrage

Wolf Wagner

Zusammenfassung

Geldlogik und Arbeitslogik geraten in der Sozialen Arbeit häufig in Widerspruch. Wenn der Wettbewerb nicht über nachweisbare Qualität, sondern über Kosten geführt wird, setzt sich die Geldlogik mit sinkender Qualität und sinkenden Einkommen durch.

Abstract

In Social Work, financial and professional rationales often collide. If institutions do not compete in terms of evidence-based quality but in terms of costs, this will lead to a predominance of financial rationales and thus to lower incomes and a decrease in work quality.

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit – Wettbewerb – Qualität – Arbeits-einkommen – Langzeituntersuchung

1. Die Vorgeschichte

Im September 2009 bin ich nach 17 Jahren als Professor mit dem Lehrgebiet Sozialwissenschaften und Politische Systeme am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt in Ruhestand gegangen. In diesen 17 Jahren hospitierte ich in einem Forschungs- und Praxissemester in zwei Stellen der Bewährungshilfe in Thüringen und führte über viele Jahre Praxisbegleitveranstaltungen in allen Tätigkeitsbereichen der Sozialen Arbeit durch. Eine davon fand im berufsbegleitenden Studium statt, also mit langjährigen Praktikerinnen und Praktikern der Sozialen Arbeit. In den Veranstaltungen besuchten wir möglichst alle Praxisstellen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Ort und analysierten diese dann in der Hochschule in Organisationsaufstellungen. Dadurch erhielt ich einen ziemlich umfassenden Überblick über Einrichtungen der Sozialen Arbeit im westlichen Thüringen und deren Praxis. Dabei entstanden Hypothesen über den Zusammenhang zwischen der Praxis der Sozialen Arbeit, den Formen des Wettbewerbs und der Vergütung. Diese festigte ich im Jahr 2009 in vielen Gesprächen mit Praxisstellen, erfahrenen Praktikerinnen und Praktikern der Sozialen Arbeit, Praktikumsauswertungen und Praxisbesuchen und prüfte sie vom „qualitativen“ Augenschein her auf ihre Stimmigkeit. In einer „quantitativen“ Fragebogenerhebung im Namen der Fakultät und gefördert durch Dekan und Vorsitzende des Praxisausschusses unter den Alumni des Fachbereichs sollten diese

Hypothesen empirisch überprüft werden. Im Folgenden sollen zuerst die aus der Erfahrung gewonnenen Hypothesen und dann ihre empirische Überprüfung präsentiert werden.

2. Die Erfahrung

Nach den Gesprächen und Erfahrungen findet in der Praxis der Sozialen Arbeit eine Zweiteilung statt. Auf der einen Ebene, ich nenne sie die Hochglanzebene, agieren die Ministerien, die Jugendhilfeausschüsse und Jugendämter und die Leitungen der Träger und Einrichtungen. Auf der anderen Ebene, ich nenne sie die Praxisebene, agieren diejenigen, die vor Ort im direkten Kontakt mit den Klienten und Klientinnen stehen, mit ihnen arbeiten und überleben müssen.

Auf der Hochglanzebene werden von Amts wegen Maßstäbe gesetzt, die von den Leitungen der Träger und Einrichtungen in möglichst perfekte Konzepte, Hochglanzbroschüren und Internetauftritte umgesetzt werden. Sie sollen den Stellen, die den Trägern die Klientel und damit das Geld zuweisen, den Eindruck verschaffen, dass die Einrichtungen des Trägers die Anforderungen optimal erfüllen. Die Geldgeber prüfen die Übereinstimmung mit den Anforderungen, entscheiden dann aber, wenn mehrere Träger infrage kommen, primär nach Kostengesichtspunkten – ergänzt und manchmal ersetzt durch persönliche Vorlieben oder politische Beziehungen.

Die Hochglanzebene wird nur ausnahmsweise zur Praxisebene durchgestellt. Meist findet auf der Praxisebene eine Art Sozialdarwinismus statt. Ein Beispiel aus der Jugendarbeit: In einem Projekt „Betreutes Wohnen“ mit besonders schwierigen Jugendlichen weit draußen in der Pampa bewirbt sich eine Sozialarbeiterin, hält aber nur drei Tage durch. Eine weitere verlässt das Projekt fluchtartig nach zwei Wochen. Die Dritte geht nach drei Monaten. Erst



LÖWE[®]

Lösungsorientierte Weiterbildung

Sie sind im sozialen oder Lehrenden Bereich tätig, sind Berater, Coach oder Personalverantwortlicher?

Wir vermitteln Ihnen in unserer nebenberuflichen Weiterbildung praxisbezogene Methoden systemisch-lösungsorientierter Gesprächstechniken, die Sie in Ihrer Arbeit mit und für Menschen unterstützen. Gerne informieren wir Sie.

Werner Motzer, Telefon 0 71 64 / 14 72 65 oder per E-mail info@loewe-weiterbildung.de

www.loewe-weiterbildung.de

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2010-8>

Generiert durch IP '3.147.74.2' am 15.07.2024, 02:12:40.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die Vierte bleibt auf Dauer. Warum sie die Zeit überlebte und sich dann entschied zu bleiben, wird nicht erhoben. Es findet weder ein Austausch über die Überlebensmethoden noch über die Beziehung dieser Methoden zu den in den Hochglanzbroschüren und im Internet verkündeten Konzepten statt. Die eine Sozialarbeiterin überlebt möglicherweise mit einem Mutterkonzept, die andere gibt die Freundin, die dritte setzt sich mit Zynismus, die vierte vielleicht mit strafender Normativität durch. Egal welche Methode, entscheidend ist das individuelle Überleben der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, nicht so sehr dagegen der Erfolg dieser Arbeit bei den Klientinnen und Klienten und ihre Übereinstimmung mit den proklamierten Zielen. Im besten Fall entsteht ohne Planung und Bewusstsein der Beteiligten ein Methodenmix, der zur Klientel passt. Im schlimmsten Fall dümpelt eine Einrichtung vor sich hin, behält die Klientinnen und Klienten, die es irgendwie aushalten, solange es geht und solange es Geld für sie gibt. Nach meinen Erfahrungen und Recherchen und auch nach den Untersuchungen von *Maja Heiner* (2004) findet meist Letzteres statt.

Die Geldlogik stimmt nicht – oder nur zufällig – mit der Arbeitslogik überein. Weil es meist keine allgemein anerkannten messbaren Erfolgskriterien gibt, mit deren Hilfe die Qualität der Ergebnisse der Sozialen Arbeit überprüft werden könnten, setzt sich – neben politischen Kriterien – bei der Vergabe von Geldern und der Zuweisung von Klienten und Klientinnen an Einrichtungen, die in der Außendarstellung vergleichbar gut sind, das einzig verbleibende rationale Kriterium durch: Die Kostenlogik. Sie aber verstärkt die sozialdarwinistische Überlebenslogik der Praxisebene, indem sie den Druck auf die Soziale Arbeit vor Ort erhöht und ihren Spielraum verkleinert. Dieser Teufelskreis – wenn er denn so stimmt – erzeugt damit die Gefahr eines Trends zu tatsächlich immer schlechteren Bedingungen und sinkender Bezahlung der Sozialen Arbeit bei immer besserer Außendarstellung.

3. Empirische Untersuchung bei den Alumni der Fakultät Sozialwesen an der Fachhochschule Erfurt

3.1 Methodik

Diese Untersuchung wurde mit Mitteln der Fakultät und in inhaltlicher Zusammenarbeit mit dem Dekan, Professor *Dr. Ronald Lutz*, und dem Praktikumsausschuss unter Leitung von Professorin *Dr. Marlene Bock* durchgeführt. Entscheidende Unterstützung kam von der Dipl.-Sozialpädagogin (FH) *Susanne Paton*, die damals zugleich Alumnibeauftragte und Leiterin des Praktikumsbüros der Fakultät war. In

Vorbereitung auf das jährliche Ehemaligentreffen wurden alle Alumni der Fakultät Sozialwesen per Post oder E-Mail angeschrieben und gebeten, einen zweiseitigen Fragebogen zur Vergütung und Wettbewerbssituation in der Sozialen Arbeit auszufüllen. Dabei kamen leider nur – oder immerhin – 55 verwertbare Fragebögen zurück.

Ihre Auswertung liefert selbstverständlich keine repräsentativen Ergebnisse. Doch nach der Logik der Forschung im Sinne *Karl Poppers* können sie die formulierten Hypothesen widerlegen. Denn allgemeine Aussagen („Alle Schwäne sind weiß“) können nie bewiesen, aber selbst durch relativ kleine Samples widerlegt werden. Wenn die 55 Fragebögen weit überwiegend ein gegenteiliges Ergebnis erbringen würden, wären die Hypothesen stark erschüttert. Wären sie überwiegend in Übereinstimmung, wäre das zwar kein Beweis, würde die Hypothesen jedoch bestätigen und ein so kritisches Licht auf die Soziale Arbeit werfen, so dass eine umfangreichere Untersuchung angebracht erscheinen würde.

3.2 Ergebnisse

3.2.1 Vergütung

Auf die Frage, wie sich die Vergütung für gleiche Stellen in den letzten Jahren entwickelt hat, gaben nur 18,5 Prozent an, sie sei gestiegen, 29,6 Prozent – also beinahe ein Drittel – berichteten von gesunkener Vergütung. Ein weiteres Drittel (31,5 Prozent) sieht in den letzten Jahren keine Veränderungen in der Bezahlung. Der Rest gab an, es sei auf- und abgegangen (7,4 Prozent), oder meinten, es seien keine verallgemeinerbaren Aussagen möglich (13 Prozent). Weniger als jede fünfte befragte Person berichtete also aus ihrer Praxis von gestiegenen Bezügen.

Von den Befragten wurden 45,5 Prozent nach TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) bezahlt. Bei denen, die angaben, in leitender Funktion tätig zu sein, waren es 54,8 Prozent. Aber die Bezahlung nach TVöD schützt offensichtlich nicht gegen sinkende Vergütung, denn es gab keinen statistischen Zusammenhang zwischen Bezahlung nach TVöD und den Angaben über die Entwicklung der Vergütung. *Die Hypothese, dass die Vergütung eher abnimmt, und zwar unabhängig von der tariflichen Bezahlung, wird durch die Untersuchung nicht widerlegt, aber auch nicht stark bestätigt.*

3.2.2 Wettbewerb

Das zentrale Item in dieser Untersuchung war: „Was dominiert nach Ihrer Erfahrung beim Wettbewerb zwischen freien Trägern? Qualität/Erfolg der Arbeit, Kosten der Arbeit, politische Beziehungen, Monopol-

beziehungsweise Dominanzstellung, anderes.“ Mehrfachnennungen waren möglich.

Beinahe zwei Drittel (61,8 Prozent) kreuzten als dominante Erfahrung beim Wettbewerb die „Kosten der Arbeit“ an. Jeweils ein Viertel kreuzte die „Monopol-beziehungsweise Dominanzstellung“ (23,6 Prozent) und die „politischen Beziehungen“ (25,5 Prozent) als dominante Wettbewerbsformen an. Nur weniger als ein Drittel (30,9 Prozent) meinte, dass nach ihren Erfahrungen der Wettbewerb um „Qualität/Erfolg der Arbeit“ die dominierende Wettbewerbsform in der Sozialen Arbeit sei. *Die Hypothese, dass der Wettbewerb über die Kosten die Soziale Arbeit dominiert, wird durch die Untersuchung nicht widerlegt und eher eindrucksvoll bestätigt.*

3.2.3 Wettbewerbsformen und Vergütung

Untersucht man den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Vergütung und der dominanten Wettbewerbsform, so ergibt sich ein frappantes Ergebnis. Es ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zusammenhang zwischen Wettbewerbsform und der Entwicklung der Vergütung (in Prozent)

Vergütung	Wettbewerb			
	Qualität	Kosten	Politik	Dominanz
gleich	29,4	33,3	35,7	23,1
gestiegen	35,3	15,2	14,3	15,4
gesunken	23,3	36,4	28,6	30,8

Einzig bei denjenigen, die die Wettbewerbsform Qualität/Erfolg der Arbeit ankreuzten, überwiegt mit 35,3 Prozent die Erfahrung, die Vergütung sei in den letzten Jahren gestiegen. Bei denjenigen, die dominant über die Kosten der Arbeit konkurrieren, ist mit 36,4 Prozent der Anteil mit gesunkener Vergütung am höchsten, mit 30,8 Prozent gefolgt von denjenigen, die über Dominanz konkurrieren. *Die Hypothese, dass die Vergütung der Sozialen Arbeit stark mit den Wettbewerbsformen zusammenhängt, wurde durch die Untersuchung nicht widerlegt und eher bestätigt.*

3.2.4 Wettbewerb durch Qualität/Erfolg

Wir meinten bei der Untersuchung mit „Wettbewerb über Qualität/Erfolg der Arbeit“, dass folgende Merkmale erfüllt sein müssen, deren Vorliegen wir abfragten:

▲ „Es müssen mit allen Beteiligten messbare Kriterien für den Erfolg der Arbeit erarbeitet werden.“ Über zwei Drittel der Befragten (67,3 Prozent) ga-

ben an, dass solche messbaren Kriterien für den Erfolg in ihrer Einrichtung vorliegen.

▲ „Interventionsformen und Verfahren werden erprobt und daraufhin überprüft, ob sie den Erfolg steigern oder senken. Dies gilt insbesondere für neue Verfahren.“ Beinahe die Hälfte der Befragten (40 Prozent) gab an, dass dies in ihrer Einrichtung der Fall sei.

▲ „Verfahren und Interventionsformen, die sich als erfolgreicher als andere erwiesen haben, werden zu verbindlichen Vorgehensweisen für alle in vergleichbaren Praxissituationen Beschäftigten.“ Hier gab nur noch ein Viertel der Befragten (25,5 Prozent) an, dass dies an ihrer Einrichtung der Fall sei. *Die Hypothese, dass nur eine Minderheit der Praxisstellen ihre Arbeitsformen an messbaren Erfolgskriterien ausrichten, ist durch die Untersuchung nicht widerlegt und damit bestätigt.*

3.2.5 Geldlogik und Arbeitslogik

Um die Hypothese zu testen, dass die Geldlogik meist mit der Arbeitslogik in Widerspruch steht und die Geldlogik siegt, wurde in unserer Untersuchung gefragt: „Wenn Sie die Logik, nach der Ihre Einrichtung Geld zugewiesen bekommt (z.B. Verweildauer, Belegung), vergleichen mit der Logik, nach der die praktische Arbeit erfolgen sollte (z.B. Selbständigkeit fördern), welcher der folgenden Aussagen würden Sie am ehesten zustimmen?“

▲ Die Logiken passen zusammen und bestärken sich gegenseitig.

▲ Die Logiken sind im Widerspruch und meistens siegt die Geldlogik.“

Nur etwa ein Drittel der Befragten (37,5 Prozent) kreuzte die Aussage an, wonach die Logiken zusammenpassen und sich gegenseitig bestärken. Etwa zwei Drittel (62,5 Prozent) kreuzte die Aussage an, wonach die Logiken im Widerspruch zueinander stehen und sich meistens die Geldlogik durchsetzt. *Die Hypothese, dass Arbeitslogik und Geldlogik der Sozialen Arbeit meist im Widerspruch stehen und die Geldlogik dabei meist gewinnt, wurde durch die Untersuchung nicht widerlegt und damit eher bestätigt.*

4. Schlussfolgerungen

Die aus der Beobachtung und aus Gesprächen gewonnenen Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Wettbewerbsformen der Sozialen Arbeit zur Vergütung und zur Qualität der Sozialen Arbeit sind durch die Untersuchungsergebnisse in keinem Punkt widerlegt, sondern eher bestätigt worden. Sie sind jedoch auf einer so dünnen empirischen Basis weder für Thüringen und erst recht nicht für andere

Bundesländer verallgemeinerbar. Doch ihre für mich offensichtliche Plausibilität wird durch die Ergebnisse eher gestützt als infrage gestellt.

Die Schlussfolgerung daraus wäre: Dort, wo Soziale Arbeit nach empirisch überprüfbaren Kriterien des Erfolgs und der Qualität in Wettbewerb tritt, kann sie nachweisen, dass Erfolg nur mit einer bestimmten Ausstattung der Einrichtung und Qualität der Fachkräfte zu erreichen ist. Der reinen Geld- und Kostenlogik kann eine logisch zwingende qualitative Argumentation entgegengesetzt werden. Damit könnte sich Soziale Arbeit wirksamer gegen Kosteneinsparungen und Kürzungen wehren als beim Konkurrieren über die Kosten. Leider ist der Wettbewerb über die Kosten in den meisten Bereichen durch die Gesetzgebung weitgehend vorgegeben.

Eine an empirisch überprüfbaren Erfolgskriterien orientierte Soziale Arbeit könnte jedoch von sich aus den Nachweis führen, dass eine Umstellung der Vergabeverfahren auf das Kriterium „Erfolg/Qualität der Arbeit“ kombiniert mit dem Kostenfaktor zu einer Übereinstimmung von Geldlogik und Sachlogik führen und die politisch gewollte Wirkkraft der eingesetzten Mittel erhöhen würde. Auf einer solchen Grundlage könnte die Soziale Arbeit selbst zu einem Paradigmenwechsel in der Gesetzgebung beitragen. Dazu müsste sie diesen Paradigmenwechsel aber zuerst bei sich selbst vollziehen.

Solche weitgehenden Schlussfolgerungen müssten sich jedoch auf eine breite, annähernd repräsentative Untersuchung stützen.

Literatur

Heiner, Maja: Professionalität in der Sozialen Arbeit. Theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven. Stuttgart 2004

Stadtteilarbeit und Wohnraumspekulation

Wie lässt sich Widerstand organisieren?

Erich Hollenstein; Thomas Kollmann

Zusammenfassung

Der Beitrag beschreibt den seit Jahren beobachtbaren Prozess der Übernahme umfangreicher Wohnungsbestände durch Immobilienkonzerne, sogenannte Heuschrecken. Am Beispiel des Wohnquartiers Brüningheide im Stadtteil Münster-Kinderhaus wird dieser Vorgang dokumentiert und gezeigt, wie durch eine strategische Öffentlichkeitsarbeit Widerstand gestaltet werden kann. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit einer anwaltlichen Orientierung in der Stadtteilarbeit und nimmt auch Bezug zur aktuellen Fachdiskussion in der Stadtteil- beziehungsweise Gemeinwesenarbeit. Im dritten Abschnitt werden Folgen sozialräumlicher Ausgrenzung beschrieben, die vornehmlich in der Erosion sozialen Kapitals bestehen. Abschließend werden Hinweise zu notwendigen Arbeitsperspektiven gegeben.

Abstract

This article describes a process that has been observed for years: the taking over of large amounts of housing stock by property companies, so-called corporate raiders. Using as an example the residential area Brueningheide in the Kinderhaus district of Muenster, this process is documented and it is shown how strategic public relations work may serve the purpose of organizing resistance. The second section deals with a law enforcement orientation in community work and with the current professional discussion taking place in this field. Section three outlines the consequences of socio-spatial exclusion which primarily consist in the erosion of social capital. Finally, indications are given regarding the work that needs to be undertaken in the near future.

Schlüsselwörter

Gemeinwesenarbeit – Stadtplanung – sozialer Brennpunkt – sozialer Wohnungsbau – Wohnverhältnisse – Mieterinitiative – Sozialraum

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Großwohnsiedlung Brüningheide im münsterschen Stadtteil Kinderhaus und den Folgen intensiver Tätigkeit von sogenannten „Immobilien-Heuschrecken“. Es lassen sich exemplarisch Auswirkungen von Wohnmissständen sowohl auf die soziale Infrastruktur als auch auf das soziale Milieu und damit auch auf die Stadtteilarbeit nachweisen. Erhebliche negative Auswir-

kungen traten insbesondere nach Verkäufen von Wohnungsbeständen in den Jahren 2005 und 2006 ein. Dieses ist insofern für aktuelle Entwicklungstendenzen von Bedeutung, weil in den Folgejahren 2007 und 2008 in Deutschland in sehr hohem Ausmaß Wohnungsbestände an Immobilienkonzerne veräußert wurden und die fatalen Auswirkungen dieser Verkäufe schon in Ansätzen andernorts spürbar werden.

In der Wohnsiedlung Brüningheide in Münster-Kinderhaus sind knapp drei Viertel des Wohnungsbestandes durch vielfältige Wohnungsmissstände gekennzeichnet, die bis zur gesundheitlichen Gefährdung reichen. Hauptwohnungsbesitzer im Quartier ist mit 630 Wohnungen nach mehrfachem Besitzerwechsel nunmehr die australische Investmentfirma B.+B. mit dem europäischen Sitz in Luxemburg. Der Firma N. Real Estate Group mit dem Hauptsitz in Berlin gehören 55 Wohnungen. Diese Firmen lassen ihren Wohnungsbestand systematisch verkommen. Die hierdurch wesentlich mitbedingten negativen Auswirkungen auf die Wohnqualität beeinträchtigen in hohem Maße die jahrzehntelangen Anstrengungen der dort etablierten Gemeinwesenarbeit sowie der Stadtteilarbeit. Die Auswirkungen sind am Wegzug von Mieterinnen und Mietern, Leerstand, an der Imagebeeinträchtigung und einer Konzentration problembelasteter Personengruppen im Hochhausgebiet mit seinen zirka 3 500 Bewohnerinnen und Bewohnern zu erkennen.

Dies geschieht in einer Stadt, die im internationalen Wettbewerb als „lebenswerteste Stadt der Welt“ ausgezeichnet wurde. Durch die Polarisierung verstärkt sich der Prozess sozialer Exklusion, trotz Einbindung der Großwohnsiedlung in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Damit treten gegenläufige Prozesse auf, die sowohl politisch-administrativer Vorsorge zuzurechnen sind als auch wohnungswirtschaftlicher Verantwortungslosigkeit unterliegen. Obwohl weitere drei Wohnbaugesellschaften mit insgesamt 370 Wohnungen als Akteure im Wohnquartier zum Beispiel durch kontinuierliche Haus- und Mieterbetreuung Verantwortung zeigen, werden diese ebenfalls von der Abwärtsspirale negativ berührt.

Im ersten Teil unseres Beitrags werden anschließend an die Darstellung der Großwohnsiedlung und ihrer Problemgeschichte die Aktivitäten der Stadtteilarbeit kurz skizziert. Im zweiten Abschnitt wird das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit im Stadtteil in seiner anwaltlichen Orientierung erläutert, mit konkreten Hinweisen zu einer nachhaltigen strategischen Öffentlichkeitsarbeit. Im dritten Teil

wird die Erosion sozialen Kapitals, also die Beeinträchtigung sozialer Fähigkeiten in schwierigen Lebenslagen der Bewohnerinnen und Bewohner analysiert. Schließlich werden erste Perspektiven zur Verbesserung der örtlichen Wohn- und Lebenssituation aufgezeigt.

2. Die Großwohnsiedlung Brüningheide als Praxisfeld der Gemeinwesenarbeit

2.1 Die mieterfeindliche Übernahme durch Immobilienkonzerne

Die monofunktionale Großwohnsiedlung Brüningheide, gebaut 1971 bis 1974, war in ihrer Historie unterschiedlichen Entwicklungen ausgesetzt. Die anfängliche Belegung zu zirka 70 Prozent mit Angestellten und Beamten verkehrte sich schon bis 1985 ins Gegenteil: Der Anteil der Bewohnerschaft, die von finanziellen Transferleistungen abhängig war, erhöhte sich auf 70 Prozent. Die Leerstandsquoten ähnelten Wellenbewegungen. So war 1986 ein Leerstand in Höhe von 20 Prozent auffällig. Durch Maßnahmen zur städtebaulichen Nachbesserung sowie den vermehrten Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund tendierten die Leerstände bereits Ende 1987 wieder gegen Null. Während des Zuzugs russlanddeutscher Bevölkerung in das größte Münsteraner Sozialwohnungsgebiet gab es sogar Wartelisten für die Wohnungen in diesem Quartier. Im Januar 2010 lag die Leerstandsquote allerdings wieder bei zirka 15 Prozent.

Viele Wohnungseigentümer versäumten es, die Bestände grundlegend zu sanieren und damit einen akzeptablen Wohnungsstandard zu erhalten. So auch die Wohnungsgesellschaft M., die bis 2005 mit einem Bestand von 630 Wohnungen der größte Eigentümer im Gebiet war. So stiegen seit etwa 2000 die Fluktuations- und Leerstandsraten wieder an, und nach dem Verkauf von 630 Wohnungen der WGM Münster an den australischen Investor B.+B. wurde dieser seinerzeit bereits umstrittene Kaufvorgang von der Wirtschaftsförderung der Stadt Münster mit den Worten begrüßt: „Nun ist Münster auch für australische Rentenfonds attraktiv geworden.“ Weitere 55 Wohnungen wechselten 2006 den Besitzer und gingen an den Immobilienspekulanten N. (*Der Spiegel* vom 3.8.2009). Der letztgenannte Wohnungsbestand der N. Real Estate Group ging allerdings im August 2009 in eine vom Amtsgericht Münster eingeleitete Zwangsverwaltung (*Münstersche Zeitung* vom 21.8.09) über.

„Markenzeichen“ der insgesamt 685 Wohnungen sind gravierende Missstände, die weiter unten detailliert dargestellt werden. Der Sanierungsstau wird

auf zirka 20 Millionen Euro geschätzt. Auf öffentlichen Druck hin plante B. + B. erstmals 2009, Investitionen in Höhe von 1,5 Millionen Euro vorzunehmen. Dieses soll über die H.-Gruppe realisiert werden, die nach der Insolvenz von B. + B. seit Juli 2009 für die Immobilien zuständig ist. Die eigentlichen Eigentumsverhältnisse vermag kein Manager zu erläutern. Es wird von Aktionären in Australien gesprochen, die dann investieren wollen, wenn die Leerstandsquote sinkt. Ein Argument, das in der Wohnungswirtschaft immer dann benutzt wird, wenn keine Investitionen getätigt und stattdessen nur die Mieten „kassiert“ werden. Diese Zustände im Wohnungsbestand wirken sich nachhaltig negativ auf die Belegungsstrukturen und das Umfeld des Wohngebiets aus, wobei die freien und insbesondere die kirchlichen Träger Sozialer Arbeit im Stadtteil seit Jahren auf die menschenunwürdigen Verhältnisse hinweisen. Die Konzentration der baulichen Wohnmissstände trifft dabei auf die soziale Konzentration einer problembelasteten und benachteiligten Klientel in der Großwohnsiedlung. Die auf Integration ausgerichtete Stadtteilarbeit wird seit mehr als 20 Jahren durch Vereine, Initiativen und eine Vielzahl ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer gestützt.

2.2 Das Wohngebiet in Zahlen

Der im Nordwesten der Stadt Münster gelegene Stadtteil Münster-Kinderhaus umfasst insgesamt zirka 15 500 Einwohner und Einwohnerinnen. Die Infrastruktur mit Kindertagesstätten und allen Schulformen sowie Einkaufsmöglichkeiten, öffentlichen Einrichtungen bis hin zu einem Bürgerhaus mit Stadtbücherei und Hallenbad wie auch optimaler Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist gut. Die jeweiligen Wohngebiete besitzen allerdings sehr unterschiedliche Haus- und Wohnqualitäten. Das Wohngebiet Brüningheide in Münster-Kinderhaus ist das größte und am dichtesten besiedelte Sozialwohnungsgebiet in Münster (Einwohnerdichte 177 Einwohner je Hektar – Münster neun Einwohner je Hektar). In dem Gebiet wohnen zirka 3 500 Personen in bis zu zehngeschossigen Gebäuden.

Die drei prägenden Sozialindikatoren mit hohen Anteilen von Migranten und Migrantinnen, Kindern und Jugendlichen sowie arbeitsloser und finanzschwacher Bewohnerschaft kennzeichnen dieses Quartier. Zur Bevölkerung zählen etwa 65 Prozent Migrantinnen und Migranten aus einer Vielzahl von Herkunftsländern. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt 32,3 Prozent (Münster: 15,6 Prozent), über 65 Jahre alt sind 7,8 Prozent (Münster: 17,4 Prozent). Die Jugendhilfebedarfszahlen sind steigend und etwa 75 Prozent der Bewohner

und Bewohnerinnen sind von Transferleistungen abhängig (alle Daten vergleiche *Stadt Münster* 2008a: Kontextdatenmonitor vom 31.12.2007 Stadtzelle 631 – Kerngebiet der Sozialen Stadt). Die durchschnittliche Wohndauer beträgt 7,4 Jahre (Münster: 13,7 Jahre). 2007 betrug der Wanderungsverlust 90 Personen, weitere 120 Personen verließen das Quartier 2008 (in der Stadtzelle 631). Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 betrug 13 Prozent (Münster: 50 Prozent). Positiv ist zu vermerken, dass extreme Parteien kaum gewählt werden.

Weniger als 25 Prozent der Wohnbevölkerung im Quartier sind in der Lage, die Kostenmiete ohne Unterstützung durch das Sozial- beziehungsweise Wohnungsamt selbst zu tragen. Die Verschuldung der privaten Haushalte weist in Münster-Nord im Vergleich mit dem gesamten Stadtgebiet die höchsten Quoten auf. Die Ursache hierfür ist sicherlich darin zu sehen, dass das Arbeitslosengeld II kaum noch die Grundversorgung der meisten Familien sicherstellen kann, zumal selbst für Mietnebenkosten und Kauttionen für die Vermieter oft zusätzliche Ratenzahlungen anfallen. Der Verein FRÜZ e.V. sichert über Spendengelder das Frühstück vieler Kinder in der Grund- oder Hauptschule ab; das Sozialbüro der Kirchen und die Münster-Tafel werden stark frequentiert.

2.3 Die akuten Probleme

Zurzeit liegt die Fluktuation im Quartier bei zirka 25 Prozent, während die Leerstandsquote etwa 15 Prozent erreicht. Bei den sogenannten Wohnungsheuschrecken steigen die Leerstände sogar auf 18 Prozent beziehungsweise 45 Prozent bei der Firma N. an. In zirka 370 Wohnungen von drei münsterländer Wohnungsunternehmen sind nahezu keine Leerstände zu verzeichnen. Der Preis für eine damit in Verbindung stehende angemessene Wohnqualität ist allerdings eine hohe Kaltmiete (bis zu 6,15 Euro pro Quadratmeter). In den immerhin 685 sanierungsbedürftigen Wohnungen hat sich in vielen Jahren ein Investitionsbedarf in Höhe von zirka 20 Millionen Euro aufgestaut. Hier sind die folgenden Problemlagen auffällig:

- ▲ veraltete Heizungssysteme und damit verbunden hohe Nebenkosten;
- ▲ ungepflegte und vernachlässigte Hauseingangsbereiche (defekte Briefkästen, Klingeln, Gegensprechanlagen etc.);
- ▲ bröckelnder Beton, ungedämmte Flachdächer, asbesthaltige Außenfassaden mit ebenfalls unzureichender Dämmung;
- ▲ Schimmelbildung in den Wohnungen, Gesundheitsgefahren durch Ungeziefer und Taubenkot auf Balkonen bis in leer stehende Wohnungen hinein;

- ▲ fehlende feste Ansprechpersonen für die Mieterinnen und Mieter, teilweise defekte Aufzüge (zuletzt fünf Wochen in einem Neun-Etagen-Bereich);
- ▲ keine sozialverträgliche Belegung, zum Teil Belegung mit Drogen-Wohngemeinschaften, um Leerstandsquoten zu senken, Entsorgungsprobleme.

Einhergehend mit den Verarmungstendenzen im Wohngebiet sind zudem vielfach Probleme wie fehlende Teilhabe, Kinderarmut, Perspektivlosigkeit, Suchtverhalten, Verschuldung und Vandalismus zu beobachten. Ebenfalls häufen sich spektakuläre Delinquenzfälle, teilweise im Zusammenhang mit erhöhter Gewaltbereitschaft. Die Jugendeinrichtung des Begegnungszentrums (BGZ) weist in ihrer Besucherstruktur überwiegend Jugendliche aus Förderschulen und Jugendhilfemaßnahmen auf. Vor fünf Jahren war der Anteil der Haupt- und Realschüler noch deutlich höher.

2.4 Das Handlungsfeld der Stadtteilarbeit

Das Begegnungszentrum Sprickmannstrasse (Sprickmannplatz 7, 48159 Münster) mit angeschlossener Beratungswohnung (Killingstraße 15, 48159 Münster) wird wöchentlich von etwa 1000 Bewohnerinnen und Bewohnern aller Altersgruppen besucht. Schwerpunkte im Jugendsalon sind die offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit (zirka 400 Besuche wöchentlich). Außerdem gibt es Veranstaltungen zu aktuellen Themen und Problemstellungen, offene Beratungs-, Freizeit- und Bildungsangebote (unter anderem Sprachkurse), Feste und interkulturelle Programme für die unterschiedlichen Zielgruppen im Stadtteil sowie kirchliche Angebote wie Gottesdienste und Gesprächskreise (auch islamische und buddhistische Treffen), die teilweise darüber hinaus auch im Begegnungszentrum stattfinden. Aktiv beteiligt sich das BGZ, begleitet von mehreren internen und übergreifenden Arbeits- beziehungsweise Lenkungsgruppen, an der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ mit Schwerpunkten in den Handlungsfeldern Integration und soziale Sicherung. Integrationsarbeit vor Ort ist dabei ein Schlüsselprojekt des BGZ, an dessen erfolgreicher Umsetzung eine russlanddeutsche Mitarbeiterin und ein türkischer hauptamtlicher Mitarbeiter arbeiten.

Neben der verstetigten Stadtteilarbeit des Trägers gibt es eine Vielzahl aktueller Projekte: von der interkulturellen Bildungsarbeit mit Migrantinnen, der Jugendarbeit mit gewaltpräventiven Ansätzen bis hin zu vielfältigen Sozialberatungsangeboten. Da eine Auflistung in diesem Beitrag den Rahmen sprengen würde, sei auf die Internetseite www.bgz-kin

derhaus.de verwiesen. Die Angebote der Stadtteil-einrichtung vor Ort tragen aktuellen Entwicklungen aktiv Rechnung, dennoch reichen die bisherigen Handlungsansätze nicht aus, um insbesondere im Bereich „Wohnen“ nachhaltige Verbesserungen zu erreichen. Deshalb ist eine durchgehende anwaltliche Orientierung in der Stadtteilarbeit erforderlich, um Widerstand zu organisieren.

3. Aktive anwaltliche Orientierung

Trotz der genannten Problemlagen gibt es Menschen im Quartier, die gerne dort leben und wohnen. Durch zum Teil langjährige Wohndauer sind sie in soziale Netzwerke eingebunden oder innerhalb solcher Netze erreichbar. Diese Netzwerke arbeiten aktiv an der Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse. Sie setzen sich gemeinsam mit engagierten Trägern für grundsätzliche, aber auch für kleinteilige Verbesserungen ein. Dieses geschieht oft im Kontext des Programms „Soziale Stadt“. Neben den geschilderten Feldern klassischer Stadtteilarbeit beziehungsweise Gemeinwesenarbeit ist es aber unabdingbar, in ausgegrenzten Quartieren mit einem sich verstetigendem Problemdruck gemeinsam mit den Betroffenen Stellung zu beziehen und sich auch öffentlich aktiv für die Verbesserung der Wohn- und damit der Lebenssituation einzusetzen. Mit diesem professionellen Selbstverständnis bleiben „Stadtteilarbeiter“ authentisch und glaubwürdig. Dies ist die Voraussetzung einer wirksamen Praxis und nur so lassen sich die Bedürfnisse und Interessen der Bewohner und Bewohnerinnen feststellen und dokumentieren. Dieser sensible Vorgang gemeinsamer Artikulation, der sich immer vor einer Entmündigung der Betroffenen hüten muss, hat vom Ansatz her eine sehr starke sozialpolitische und auf die Öffentlichkeit zugehende Akzentuierung. Im Rahmen eines solchen „Mandats“ ergeben sich auch Aktivitäten und Kampagnen, in denen für die Bewohnerschaft stellvertretend artikuliert und gehandelt wird. Dies erfordert, dass die Legitimationsfrage nie von der Tagesordnung verschwindet und die strategischen Schritte sowie die dazugehörigen inhaltlichen Aussagen koordiniert und verifiziert sind.

Im Einzelnen haben sich in der Arbeit des Begegnungszentrums Sprickmannstraße in Münster-Kinderhaus folgende, gemeinsam mit der Mieterschaft abgestimmte Schritte bewährt, um anwaltliche Stadtteilarbeit, strategische Öffentlichkeitsarbeit und Widerstand zu organisieren:

- ▲ wöchentliche Treffs mit Mietern und Mieterinnen, Abstimmung der gemeinsamen Vorgehensweise, Austausch von Informationen, Erstellen von Plakaten und Handzetteln;

- ▲ Verifizierung der Missstände durch schriftlich und bildliche Dokumentation, Mieterfragebögen;
- ▲ Unterschriftenlisten gegen Wohnungsmissstände;
- ▲ Kooperationen mit Mietervereinen, Hinführung zu weitergehenden Beratungsangeboten;
- ▲ Pressearbeit mit (über-)regionalen Medien über verifizierte Mängel, desgleichen Medienarbeit mit Rundfunk und Fernsehen;
- ▲ regelmäßige Thematisierung in Arbeitskreisen des Stadtteils, in städtischen und überregionalen Gremien;
- ▲ Einbindung der politischen Parteien durch Begehungen und Dokumentationen;
- ▲ monatliche Stadtteilrundgänge im Quartier für interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Münster;
- ▲ fachlicher Austausch mit betroffenen Quartieren zum Teil identischer Eigentümer;
- ▲ Aufbau (über-)regionaler Netzwerke zum Thema „Wohnungsheuschrecken“, Projekte, gemeinsame Workshops und wechselseitige Besuche von Mietern und Mieterinnen sowie Stadtteilarbeitern und -arbeiterinnen;
- ▲ Verarbeitung des Themas in öffentlich sichtbaren Schauräumen, Beispiel „Skulptur Wohnungsheuschrecken“;
- ▲ transparente Vorgehensweise durch Austausch der Ergebnisse mit den Mietern und Mieterinnen, dem Netzwerk der Einrichtung sowie des Quartiers und natürlich der Sozialverwaltung;
- ▲ Ausgabe von kostenlosen Mieterberatungsscheinen in Kooperation mit der Sozialverwaltung;
- ▲ Schaffung von Transparenz durch Aufbau und Pflege einer Website zum Thema;
- ▲ aber auch Behebung kleinerer Missstände durch gemeinsames bewohnerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe sowie Beteiligung an vielfältigen Stadtteilaktivitäten zur Stärkung des Quartiers und zur Verbesserung des Images des Stadtteils. So werden zum Beispiel mit Mietern, Mieterinnen und den Autoren monatliche, gut besuchte Rundgänge im Quartier durchgeführt (sogenannte „An-Stadt-Reisen = die Andere Stadt kennenlernen“), bei denen nicht nur die offensichtlichen Negativwohnbeispiele, sondern auch gute, akzeptable Wohnbedingungen und bürgerschaftliches Engagement Thema sind.

Dieses eröffnet im Stadtteil Münster-Kinderhaus mit seinem deutlichen Sozialgefälle neue Perspektiven der Stärken für die Schwachen, das heißt, man lernt die Situation kennen, um sich einzubringen und an den Verhältnissen gemeinsam etwas zu verändern, sei es durch ehrenamtliches oder sozialpolitisches Engagement. Ebenfalls wurden Unterschriftenlisten mit mittlerweile mehreren hundert Unterschriften

zur Beseitigung von Wohnmissständen auf den Weg gebracht. Mit dem Eigentümerwechsel 2009 wurden die Münsteraner Medien verstärkt auf die unhaltbaren Wohnverhältnisse aufmerksam und es gab von März bis Mai 2009, teilweise inhaltlich-fachlich begleitet von Mieterinnen und Mietern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Vorstandsmitgliedern des BGZ, etwa 50 größere Presseartikel zur Wohnsituation in Kinderhaus. Ebenfalls berichteten das WDR-Fernsehen sowie der Sender Kabel 1 mehrfach über die Missstände. Mit Veröffentlichungen kann Wirkung erzielt werden, weil sich heute alles im World Wide Web wiederfindet. Wenn sich zum Beispiel die Aktiengesellschaft als Wohnungseigentümerin beim größten Suchprogramm Google mit ihrer eigenen Website auf Position 1 präsentiert, aber bereits in den folgenden Positionen Negativmeldungen aus unterschiedlichen Wohnungsbeständen Deutschlands zu finden sind, schadet das dem Renommee und damit der Aktie und lässt zumindest kritisch aufhorchen.

Gezielt wurden alle politischen Parteien zum Besuch des Wohngebiets Brüningheide eingeladen. Sie hatten 2005 beim Verkauf der WGM an Babcock und Brown eine gemeinsame Ratsresolution verfasst, laut der der Verfall des Quartiers nicht zugelassen werden sollte. Sie befinden sich also zumindest auf dem Papier weiterhin in der politischen Verantwortung. Auch die Münsteraner Ratsfraktionen machten teilweise mehrfach von den Besuchsoptionen und dem Austausch vor Ort Gebrauch und bestätigten den Handlungsbedarf. Da im Gesundheitsbereich noch keine Abhilfe durch grundlegende Sanierungen geschaffen wurde, bekamen mit einem vom BGZ entwickelten und dem Amt für Wohnungswesen Münster abgestimmten dreisprachigen Fragebogen alle 800 Mieter und Mieterinnen im Quartier die Möglichkeit, Probleme im Wohnungsbereich zu benennen. Von dieser Option machten die Mieterinnen und Mieter bis Ende August 2009 bereits regen Gebrauch, so dass verifiziert und nach Wohneinheiten gestaffelt Missstände, aber auch positive Beispiele genannt werden können. Die Auswertung der ersten 100 Bögen zeigt, dass von 70 Prozent der Befragten Schimmelbildung als Dauerproblem benannt wurde, sehr oft als Folge des nachgewiesenen Sanierungsstaus und nicht etwa von falschem Lüftungsverhalten. Sicherlich angeregt durch diese Aktion befragte im September 2009 der größte Vermieter, die Firma H., dann sogleich seine Mieter und Mieterinnen ebenfalls mit einem ähnlich gestalteten Fragebogen zu Wohnungsmängeln. Da in Einzelfällen weitere Gefährdungssituationen im Quartier aufgetreten waren, richtete das BGZ zudem über die Sprech-

stunden hinaus einen wöchentlichen Mietertreff ein, der fachlich begleitet durch Mietervereine den Bewohnern und Bewohnerinnen Hilfestellungen vermittelt, aber auch in Notsituationen Handlungsdruck auf verantwortliche Stellen ausüben kann. Ab September 2009 ist nunmehr das Begegnungszentrum seitens der Sozialverwaltung bevollmächtigt, Mieterberatungsscheine direkt vor Ort an betroffene Mieterinnen und Mieter auszugeben; ein weiterer Schritt zur Verbesserung der konkreten Hilfen.

In der Praxis zeigt sich, dass eine solche Ausrichtung des Arbeitsfeldes Konflikte auslöst, wobei der eigentliche primäre Kontrahent, „die Heuschrecke“, im Dickicht globalisierter Finanzmärkte unsichtbar bleibt. Diese, wenn man so will, sekundären Konflikte bestehen in der Brüningheide mit einzelnen Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung und Wohnbaugesellschaften. Sie befürchten aufgrund der durchgeführten öffentlichen Kampagnen einen Imageschaden für den gesamten Stadtteil Kindershausen, insbesondere durch Berichterstattungen der Presse und des Fernsehens, Unterschriftensammlungen und die Initiierung thematisch einschlägiger Bürgerversammlungen. Ihnen erscheinen solche Aktivitäten verfehlt und Einzelfallhilfe, kulturelle Aktivitäten und positiv auffallende Projekte als angemessen. Skandalisierung ist nicht erwünscht, obwohl die Verhältnisse der eigentliche Skandal sind und nicht die Berichterstattung über sie. Dennoch: Aufgrund des ständig und öffentlich signalisierten Handlungsdrucks forderte der Rat der Stadt Münster am 29. Mai 2009 die Verwaltung mit einer entsprechenden Vorlage auf, unter anderem ein Handlungskonzept für das Hochbaugelände zu entwickeln.

Aber auch hier zeigt die Erfahrung, dass, solange die Wohnungsbaugesellschaften keine oder nur geringe Bereitschaft zur Verbesserung zeigen, die Entwicklung des Wohngebietes auf der Stelle tritt. Maßnahmen nach dem Wohnungsaufsichtsrecht Nordrhein-Westfalens werden noch nicht in Erwägung gezogen. Einzig wird seitens der Wohnbaugesellschaften auf bauordnungsamtliche Verfügungen reagiert, das heißt, dass schwere Mängel beseitigt werden. Es muss letztlich klar gesehen werden, dass das politisch-administrative System auf lokaler Ebene wenige Handlungsoptionen besitzt. Deshalb, und weil die Brüningheide kein Einzelfall ist, hat die gesamte Problematik eine gesellschaftspolitische Dimension, die nicht nur durch an sich lobenswerte Programme wie die „Soziale Stadt“ aufgefangen werden kann. Die bekannte alte Problematik sozialer Brennpunkte, die gegenwärtig begrifflich besser gefasst als soziale Exklusion bezeichnet wird, be-

kommt durch die Heuschreckenstrategien eben eine neue Qualität, die auch neue politische Gegenstrategien erforderlich macht.

Das bereits erwähnte Programm „Soziale Stadt“, gesellschaftspolitisch als zeitlich begrenzte und sogenannte Exit-Strategie in die Praxis umgesetzt, kann angesichts der beschriebenen Situation schnell flügelahm werden. Beispielhaft seien in diesem Kontext die Quartiere Köln-Chorweiler und Bremen-Tenever genannt. Während bislang in Köln vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Stigmatisierung dieses Quartiers mit 2 600 Wohnungen mit erheblichen Sanierungsbedarfen bislang eher vorsichtig agiert wurde, werden im Stadtstaat Bremen in Tenever bei 180 maroden Wohnungen (von insgesamt 2 200) die dortigen Verhältnisse gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern skandalisiert – immer mit dem Hinweis darauf, dass ohne öffentlichen Druck kaum etwas zu erreichen sei.

Der Erfolg gibt den Akteuren in Bremen Recht, denn über 90 Prozent des dortigen Wohnungsbestandes wurden in den letzten Jahren vorbildlich saniert beziehungsweise teilweise abgerissen. Vor dem Hintergrund der unzumutbaren Verhältnisse und mit dem einhergehenden Handlungsdruck deutet sich nun auch in Köln-Chorweiler eine offensivere Vorgehensweise an. Endlich gibt es Signale der dortigen Verwaltung und Politik, gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln. Es zeigt sich in diesem Kontext allerdings als zwingend notwendig, dass in Quartieren mit erheblichen Problemlagen ein aktives Quartiersmanagement beziehungsweise die Gebietsmoderation die Anwaltsfunktion für die betroffenen Menschen mit übernehmen muss. Hierzu wäre es notwendig, gerade auch dieser Organisationsform eine relative Unabhängigkeit zuzugestehen. In der Praxis steht allerdings in Münster die eindeutige Wohnungswirtschafts- und Verwaltungsdominanz in der Gebietsmoderation und die Besetzung von sechs handlungsfeldverantwortlichen Positionen ausschließlich mit städtischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen kreativ-kritischen Lösungsansätzen teilweise im Wege. So ist der Trend zur Harmonisierung und das Verstecken hinter einem positiv besetzten Imagebegriff für ein teilweise marodes Gebiet bei Teilen der Verwaltung und Wohnungswirtschaft weiterhin nicht zu übersehen. Dennoch deutet sich in Münster vor dem Hintergrund der nachgewiesenen, dokumentierten und skandalisierten Wohnmissstände nunmehr ein Umsteuern an.

Bezieht man diese Situation auf die aktuelle Fachdiskussion im Bereich der Gemeinwesenarbeit, des

Quartiersmanagements und der Sozialraumorientierung, scheiden sich schnell die Geister. So schreibt *Werner Schöning* (2008, S. 118 f.) beispielsweise, dass sich in der Gemeinwesenarbeit ein Konsensmodell etabliert habe und die Variante der aggressiven Gemeinwesenarbeit in den Hintergrund getreten sei. Ganz anders argumentieren *Kammann* und *Schaaf* (2004, S. 184), die in ihrem Aufsatz von strategischer Gemeinwesenarbeit sprechen, die unter anderem auch die Steigerung des Konfliktpegels vorsieht, wenn gar kein Erfolg sichtbar wird. Dabei ist der Begriffswechsel von „aggressiv“ zu „strategisch“ sicherlich eine gute Wahl. Auch *Krummacker* u.a. (2003) machen darauf aufmerksam, dass jenseits von Programmlyrik über die Verbesserung von Wohn- und Lebensverhältnissen Konflikte vorhanden sind, die nicht durch „Management mit Charme“ (*Hinte* u.a. 2007) zu lösen sind (*Krummacker* u.a. 2003, S. 208).

Generell ist zu dieser fachlichen Kontroverse festzustellen, dass die aktuelle Theorie- und Praxisentwicklung in der Gemeinwesenarbeit und auch im Quartiersmanagement nicht versäumen sollte, sich einiger ihrer Wurzeln zu erinnern, in diesem Fall besonders an *Harry Specht* und *Saul Alinsky*. Deren Konzepte mit der daraus abgeleiteten Praxis sind heute nicht mehr übertragbar, aber der Hinweis auf diese Arbeitsformen erscheint notwendig. Die Gemeinwesenarbeit muss aufpassen, dass die modernen, wichtigen und handlungsleitenden Konzeptbegriffe wie Sozialraumanalyse, Sozialraumorientierung oder Quartiersmanagement nicht den Rückblick auf Handlungsformen verstellen, die keineswegs im Arsenal historischer Betrachtungen verschwinden dürfen. Unseres Erachtens hat auch heute noch *Spechts* Konzept der Interruption (beispielsweise einer Unterbrechung im Sinne eines Streiks) reale Chancen auf Durchsetzung menschenwürdiger Wohnverhältnisse gegenüber einer menschenverachtenden Heuschreckenmentalität. Schon weil soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit notwendigerweise immer mehr an Bedeutung gewinnt, sind in der heutigen Stadtteilarbeit Fachkräfte gefragt, die Managementkompetenz mit einem hohen Engagement zur Veränderung sozialer Missstände verbinden. Hierzu gehört es dann aber auch, Konfliktoptionen ins Handlungsspektrum aufzunehmen und entstehende Konflikte zu bewältigen.

4. Soziales Kapital im Erosionsprozess

Analysiert man die Abwärtsspirale der Brüningheide, werden gegenwärtig vor allem folgende Merkmale augenfällig:

▲ Wohnungs- und Hausverfall bedingt durch Verant-

wortungslosigkeit der genannten Wohnungsbaugesellschaften;

▲ Defizite im ökologischen Bereich (Dämmung, Mülltrennung);

▲ Qualitätsverlust des Wohngebietes, damit einhergehendes Negativimage;

▲ Abwanderung kaufkräftiger Schichten – Zuzug von Armutsverdrängten;

▲ Konzentration von mehrfach belasteten Familien;

▲ Wegzug der Bewohner und Bewohnerinnen (Leerstand, Fluktuation);

▲ Wegzug als Konfliktvermeidung wegen belasteter Nachbarschaften;

▲ Jugendarbeitslosigkeit;

▲ Erosion sozialer Netze.

Diesen Prozess nennen wir Erosion des sozialen Kapitals, weil vorhandene Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnisse der Bewohnerinnen und Bewohner durch deren Wegzug für das Wohnquartier verloren gehen, vorher gegebene soziale Nähe nicht mehr vorhanden ist und soziale Netze im Wohnumfeld aufgerieben werden. Diese Erosion betrifft aber auch die Stadtteilarbeit selbst, die durch „Gegensteuerung“ gerade Nachbarschaft und kleine Netze aufbaut und stärkt. Oder anders formuliert: Die Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit versucht eine erfahrbare Lebenswelt zu entwickeln, in der Behinderungen vermieden und Möglichkeiten gefunden werden können (dazu *Oelschlägel* 2002). Diese gegenläufigen Prozesse von Wohnungsbewirtschaftung und Stadtteilarbeit führen dazu, dass der letztgenannte Handlungsansatz vielfach auf der Stelle tritt, seine Wirkung jedenfalls sehr beeinträchtigt ist.

Kronauer und *Vogel* (2004) nennen gerade unterstützende soziale Netze und institutionelle Angebote als unbedingt notwendige Ressourcen in solchen ausgegrenzten Wohngebieten. Die beiden Soziologen machen aber noch auf einen anderen Tatbestand aufmerksam, der auf eine gesellschaftliche Dimension verweist. Denn gute Wohnverhältnisse und unterstützende Einrichtungen vor Ort verbessern die ohnehin schlechte materielle und soziale Lage in den unteren Gesellschaftsschichten (*ebd.*, S. 237). Oder anders gesagt: Zur Einkommensarmut, verbunden mit Bildungsferne und Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt, kommen belastete Wohnverhältnisse und geringe Teilhabechancen am öffentlichen Leben. Gerade die Nichtteilhabe am Arbeitsmarkt führt dabei zur Aufgabe einer Lebensweise, die um den Arbeitsplatz herum organisiert ist. Auch hier wird soziales Kapital, nämlich die Fähigkeit des Menschen, seinen Arbeitsplatz zu gestalten, zerstört. Insofern ist bei der Analyse ausgegrenzter Wohngebiete im-

mer die genannte doppelte Benachteiligung im Auge zu behalten.

Die Wahl des Begriffs soziales Kapital entfaltet für das Wohnquartier Brüningheide zwei Analyseebenen. Versteht man darunter „Vertrauen, Gegenseitigkeit, soziale Netzwerke, gemeinsame Verhaltensnormen, Engagement und Zugehörigkeitsgefühl“ (Runge 2007, S. 27), so ist dieses Kapital sowohl im genannten Wohnquartier, wenn auch in reduzierter Form, als auch im gesamten Stadtteil Kinderhaus zu finden. Mehr noch: Das „überschießende“ soziale Kapital des Stadtteils, insbesondere das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Kirchen und Vereinen, bildet eine starke Brücke zur Brüningheide. Runge stellt seine Masterarbeit unter den Titel „Der Aufbau von Brücken bildendem sozialen Kapital“ (ebd.) und fordert Ressourcenaktivierung auch in benachbarten Wohnquartieren und angrenzenden sozialen Räumen, eben den jeweiligen städtischen Umgebungsgebieten. Diesbezüglich ist aber der Stadtteil Kinderhaus bereits ein Brückenraum mit „starken Schultern“ – ein beachtliches Markenzeichen und eine unverzichtbare Ressource!

Hilfreich bei der Erfassung des gesamten Problemspektrums ausgegrenzter Wohngebiete ist das Analyseraster von Häußermann u.a. (2004). Dort werden Ursachen von Armut, Ausgrenzung und Problemkonzentrationen in sozialen Räumen untersucht:

▲ Dazu gehört das bereits genannte Verschwinden einfacher Arbeitsplätze, wobei für Münster gilt, dass die Zahl einfacher Arbeitsplätze in dieser Stadt, die am Dienstleistungssektor ausgerichtet ist, stets gering war. Auch werden solche Arbeitsplätze in die globalisierte Welt verlagert, was einen zusätzlichen Effekt ausübt.

▲ Dass die Globalisierung der Finanzmärkte mit ihren Immobilientransaktionen einen weiteren Belastungsfaktor darstellt, ist bereits ausreichend erörtert worden.

▲ Weiterhin nennt Häußermann unter anderem Wanderungen aus der Dritten in die Erste Welt. In den Städten postindustrieller Gesellschaften erfolgt

durch selektive Mobilität eine Konzentration von Arbeitslosen und Fremden in speziellen randständigen Wohngebieten, die zugleich von jenen, die sich bessere Wohnverhältnisse leisten können, verlassen werden. Letzteres ist ein Beispiel für selektive Mobilität, ein anderes Selektionsmerkmal ist Einkommensarmut, ein drittes Merkmal wäre das Vorhandensein belegbarer Wohnungen abseits des üblichen Wohnungsmarkts.

▲ Weiterhin werden das Nichtvorhandensein oder die Ausdünnung von informeller Ökonomie genannt, also die Möglichkeit, in Milieuischen Tätigkeiten nachzugehen wie zum Beispiel Handarbeiten herzustellen, Kunsthandwerk zu betreiben, Hilfsarbeiten oder Tausch und Kleinhandel zu betreiben. Hierfür werden staatlich vorgegebene Verordnungen und vor allem eine zunehmende Ökonomisierung des Alltags verantwortlich gemacht.

▲ Zuletzt nennt die hier nur skizzenhaft angedeutete Analyse (ausführlich Häußermann 2004, S. 11 ff.) die nicht mehr ausreichenden Leistungen des Wohlfahrtsstaats, um dem Problem ausgegrenzter Stadtteile zu begegnen. Dies betrifft unter anderem die Aufgabe der staatlichen Wohnungsvorsorge durch politisch unterschiedlich zusammengesetzte Landesregierungen sowie die Bundesregierung.

Diese Ausführungen treffen mit unterschiedlichem Gewicht auch auf die Großwohnsiedlung Brüningheide zu. Neu ist allerdings der beschriebene Heuschreckeneffekt, der die neoliberale Dynamik auf die Spitze treibt.

Abschließend soll die Aufmerksamkeit auf Kinder und Jugendliche gelenkt werden, bei denen die Ausbildung sozialen Kapitals erschwert ist oder, anders gesagt, die sozialräumlichen Sozialisationsbedingungen unzulänglich sind. Diese sind unter anderem durch die Konzentration von Familien mit multiplen Problemen gekennzeichnet (Richter 2001, S. 51). Mangelnde Erziehungskompetenz, Überschuldung, Bildungsferne, Arbeitslosigkeit und Verhaltensauffälligkeit sind Belastungsfaktoren für aufwachsende Kinder und Jugendliche. Die genannten Probleme



Der Film: www.dzi.de

<https://doi.org/10.5771/0490-1608-2010-8>

Generiert durch IP '3.147.74.22' am 15.07.2024, 02:12:40.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sind zwar überall vorzufinden, ihre Konzentration in einem engen sozialen Raum macht sie aber noch schwerwiegender.

In diesem sozialen Raum verliert sich die normale Vielseitigkeit des Alltagslebens auch vor dem Hintergrund der baulichen Verfasstheit des Milieus mit zerbrochenen Fensterscheiben und unbrauchbaren Spielplätzen sowie eines desolaten Müllabfuhrsystems. Ist dieser Raum nun sozialer Erfahrungs- und Lernraum, lernen die in ihm lebenden Kinder und Jugendlichen auch die dort vorherrschenden Normen und Handlungsweisen und sind so gegenüber der „Außenwelt“ isoliert. Durch Imitationslernen geschieht dann eine Anpassung an die erlebte Umwelt. Die Beschränkung in einem solchen Lernmilieu durch fehlende Repräsentationen auch anderer Rollen und Normen sind für *Häußermann* (2001, S. 47) ein Ausdruck von Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Benachteiligung, die eben die Ausbildung sozialen Kapitals beeinträchtigt.

Des Weiteren sind in der Großwohnsiedlung Brüningheide 20 Wohnungen mit suchgefährdeten Menschen belegt – auch um Leerständen zu begegnen. Eine weitere Konzentration sozialer Probleme ergibt sich aus der Arbeitslosenquote von zirka 40 Prozent. Wohndichte und vielfältige psychosoziale Probleme stellen erhebliche sozialisationsbezogene Einschränkungen dar.

5. Sozialraumorientierte Konzeption

Vor diesem Hintergrund soll abschließend auf die Frage eingegangen werden, wie ein sozialraumorientiertes Konzept für Kinder und Heranwachsende gestaltet werden könnte, ein Konzept, welches aus dem oben genannten Verhinderungsraum einen Möglichkeitsraum werden lässt. Hilfreich für solche Überlegungen ist die von *Kilb* vorgestellte Strategie unter dem Titel „Integration/Community-Spirit“ (*Kilb* 2009, S. 156 ff.). Dieses in Anlehnung an *Böhnisch* entwickelte Konzept bezieht sich sowohl auf das Wohnumfeld als auch auf die Schulwelt. Community-Spirit geht von dem Grundgedanken aus, dass in unserer Gesellschaft und insbesondere in ihren belasteten Milieus über erlebte Gemeinschaft Gemeinschaftsfähigkeit erlangt werden kann. Den Halt von formellen Gruppen wie Schulklassen und informellen Gruppen wie Freundes- und Nachbarschaftsverbindungen gilt es deshalb zu unterstützen. Eine solche Unterstützung richtet sich auf Teilhabemöglichkeiten und Verantwortungsübernahme im Bereich junger Menschen ähnlichen Alters. Die tabellarische Zusammenfassung des Community-Spirit-Ansatzes zeigt dabei, dass die Darstellung der eingeschränk-

ten subjektiven Erfahrung zu den weiter oben gemachten Ausführungen zum sozialen Kapital sehr gut passt.

Denn Selbstwertverlust (siehe Tabelle Seite 311) ist zum Beispiel der Verlust sozialen Kapitals bereits bei Kindern und Jugendlichen. Eine objektive Bewältigung bei angemessener Unterstützung eröffnet einen neuen Möglichkeitsraum im Sinne einer Wiedergewinnung des Selbstwertes. Einige Aspekte der sozialpädagogischen Unterstützung werden im Wohnquartier Brüningheide umgesetzt. Beispiele hierfür sind niedrigschwellige Jugendarbeit, Vermittlung von Mitgliedschaften im Sportverein, Hausaufgabenhilfe, Leselernunterstützung und weitere Bildungsangebote. Gleichwohl ist es notwendig, die Unterstützungspraxis unterschiedlicher Träger Sozialer Arbeit und flankierender Institutionen nachhaltiger zu koordinieren. Das gilt insbesondere für den gesamten Stadtteil Münster-Kinderhaus, auf dessen Brückenqualität schon mehrfach hingewiesen wurde. Um diese Brückenqualität zwischen dem Problemgebiet Brüningheide und dem gesamten Stadtteil Kinderhaus unter dem Aspekt von Jugendarbeit zu verstärken, kann das dargestellte Konzept für die beteiligten Jugendhilfeträger eine bedeutende Koordinierungshilfe sein.

6. Perspektiven

Folgt man dem Stadtsoziologen *Siebel*, so handelt es sich bei dem dargestellten Wohngebiet um ein Quartier mit bösartigen Problemen (*Siebel* 1999, S. 31 ff., dazu auch *Hollenstein* 2001). Bösartige Probleme sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich Problemlösungen prinzipiell energisch widersetzen. Demnach sind für die Gemeinwesenarbeit im Quartier Brüningheide drei Konsequenzen zu ziehen:

- ▲ Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit sind Daueraufgaben. Vorstellungen im Sinne einer Exit-Strategie sind nicht haltbar. Auch bezüglich des Programms „Soziale Stadt“ herrscht an diesem Punkt großer Handlungs- und Entscheidungsbedarf.
- ▲ Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit setzen sich auch zum Ziel, die soziale Lage der Bewohnerschaft zu verbessern. Die Bearbeitung der sogenannten harten Faktoren wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit wird in ihrer Wirkung oft für unmöglich erklärt. Das Schielen nach großen Zahlen ist hier allerdings nicht hilfreich – jeder eingerichtete Arbeitsplatz ist ein Erfolg.
- ▲ Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit haben als Daueraufgabe das Ziel, die Wohn- und Lebensumstände der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern. Und dieses mit größtmöglicher Beteiligung und Akzeptanz der Bewohnerschaft, und, wie be-

subjektive Erfahrung	Selbstwertverlust	soziale Orientierungslosigkeit	Fehlen sozialen Rückhalts	fehlende Integration, Normalisierungssehnsucht
objektive Bewältigung	Wiedergewinnung	Orientierungssuche	Suche nach Halt	Suche nach Integration und Handlungsfähigkeit
schulische und sozialpädagogische Unterstützung	Identifikation von „Hilflosigkeit“, Wahrnehmen, Verstehen, Bestärken, Selbstthematisierung	situative und personale Strukturierungsangebote	milieubildende, soziale Räume, öffnende Angebote, öffnende Konzepte	Empowerment, Netzwerkschaffung, Netzwerkstärkung

schrieben, anwaltlich und notwendigerweise mit strategischer Öffentlichkeitsarbeit.

Für die aktuelle Stadtteilarbeit in der Großsiedlung Brüningheide sind folgende Überlegungen ausschlaggebend: Langfristige Perspektiven sind trotz angemessener Öffentlichkeitskampagnen nur schwer zu formulieren. Jedoch deuten sich als Folgen der anwaltlich ausgerichteten Stadtteilarbeit und zunehmenden öffentlichen Handlungsdrucks in Münster-Kinderhaus (Wieder-)Übernahmen von zuvor veräußerten Wohnungsbeständen zurück in kommunale Verantwortungsbereiche an. Hierbei sind trägerübergreifend, insbesondere auch mit der zuständigen Verwaltung der Stadt Münster und in gemeinsamer Anstrengung im Stadtteil und darüber hinaus, ganzheitliche Lösungen im Sinne der Betroffenen anzustreben. Zudem nahmen im zweiten Halbjahr 2009 erstmalig alle fünf Wohnungsgesellschaften an den regelmäßigen Gesprächsrunden mit der Verwaltung teil. Der größte Vermieter H. ist vor Ort präsent und ansprechbar, beginnt mit kleinteiligen Sanierungen und stellt weitere Sanierungen in Aussicht, nachdem er im September 2009 alle Mieterinnen und Mieter in Hinblick auf individuell festzustellende Wohnungsmängel angeschrieben hatte.

Zudem ist auf Bundesebene das Problem mittlerweile erkannt und es gibt einen vom *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung* (2009) herausgegebenen Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien. Das Rechtsinstrument „Satzung zur Begründung eines besonderen Vorkaufsrechts“ findet ab Mai 2010 nun auch für Münster-Kinderhaus/Brüningheide Anwendung und die Gründung einer Aufgangsgesellschaft soll vorbereitet werden. Die Stadtteilarbeit des Begegnungszentrums erfährt in den letzten Monaten viel Zuspruch aus der Mieter- und

Bewohnerschaft, eben weil sie eine aktive Rolle im Rahmen der anwaltlichen Orientierung im Sinne der Betroffenen gegenüber den „Wohnungsheuschrecken“ nach innen und außen eingenommen hat.

Dieser Weg sollte konsequent weitergeführt werden. Es sollte nun in gemeinsamer Anstrengung alles versucht werden, die Stärkung der Mieter und Mieterinnen im Quartier abzusichern und damit den Widerstand vor Ort zu organisieren. Die Mieterschaft sollte aktiv im Hinblick auf dringlichste Sanierungen im Wohnungsbestand einschließlich Senkung der steigenden Mietnebenkosten, sozialverträgliche Belegungen und Gesundheitsaspekte unterstützt werden. Deshalb muss der öffentliche Druck und damit die Taktik des Widerstands aufrechterhalten werden, damit das Wohnquartier nun endlich saniert wird. Bezüglich dieses kurz- und mittelfristigen Aufgabenspektrums bleibt die Stadtteilarbeit des Begegnungszentrums Sprickmannstraße ein wirksamer Faktor der weiteren Entwicklung der Großwohnsiedlung Brüningheide und damit auch des Stadtteils Münster-Kinderhaus.

Literatur

Alinsky, Saul: Leidenschaft für den Nächsten. Gelnhausen/Berlin 1973
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien (Schrottimmobilien). In: Werkstatt Praxis 65/2009
Der Spiegel vom 3.8.2009
Häußermann, H.: Aufwachsen im Ghetto – Folgen sozialräumlicher Differenzierung in den Städten. In: Bruhns; Mack (Hrsg): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Opladen 2001
Häußermann, H. u.a.: Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung. In: Häußermann u.a. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main 2004, S. 7-42
Hollenstein, E.: Bösertige Probleme: Neue Aufgaben für Gemeinwesenarbeit oder Stadtteilmanagement? In: Archiv für

Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 1/2001, S. 65-82
Hinte, W. u.a.: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München 2007

Kammann, B.; Schaaf, H.: Strategie und Taktik in der Gemeinwesenarbeit – Bedeutung und praktische Beispiele. In: Gillich, S. (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit – Die Saat geht auf. Grundlagen und neue sozialraumorientierte Handlungsfelder. Gelnhausen 2004

Kilb, R.: Integration/Community-Spirit. In: Kilb, R.; Peter, J. (Hrsg.): Methoden der sozialen Arbeit in der Schule. München 2009, S. 156-159

Kronauer, M.; Vogel, B.: Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was sind Lageeffekte? In: Häußermann u.a.: a.a.O. 2004, S. 235-257

Krummacker, M. u.a.: Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Opladen 2003

Münsterische Zeitung vom 21.8.2009

Oelschlägel, D.: Lebenswelten der Armut. In: www.stadtteilarbeit.de. Internet 2002 (Abruf am 13.8.2009)

Richter, I.: Die achte Todsünde der Bildungspolitik – Die Vernachlässigung sozialer Brennpunkte. In: Bruhns, K.; Mack, W.: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Opladen 2001

Runge, M.: Der Aufbau von brückenbildendem sozialem Kapital. München 2007

Schönig, W.: Sozialraumorientierung. Grundlagen und Handlungsansätze. Schwalbach 2008

Siebel, W.: Anforderungen an die Stadterneuerung. In: Mirbach, T.: Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam 1999

Specht, Harry: Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: Müller, C. Wolfgang; Nimmermann, Peter (Hrsg.): Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. München 1970, S. 208-227

Stadt Münster: Jahresberichte und Evaluationen zur Sozialen Stadt einschließlich Kontextdatenmonitoring. Münster 2008a

Stadt Münster: Leitbild „Migration und Integration Münster“. Münster 2008b

Stadt Münster: Beschlussvorlage: Kinderhauser Schleife – Wohnverhältnisse verbessern und soziales Umfeld stärken (V/046/2009). Münster 2009

Die Entwicklung der Krankenhausfürsorge in der Charité

Peter Reinicke

Zusammenfassung

Die Charité blickt auf eine 300-jährige Geschichte zurück. Neben der Bedeutung für die medizinische und pflegerische Versorgung kranker Menschen darf nicht vergessen werden, dass sie auch einen wichtigen Platz in der Entwicklung der Krankenhausfürsorge einnimmt. In diesem Krankenhaus wurden vor über 100 Jahren erstmalig in Deutschland Sozialarbeiterinnen tätig, die sich um die psychosoziale Betreuung und Nachsorge der Kranken und ihrer Angehörigen kümmerten. Die Charité war das Vorbild für den Aufbau und die Weiterentwicklung dieses wichtigen Dienstes in deutschen Krankenhäusern. Der Beitrag befasst sich mit seiner Entstehung an der Charité im Jahr 1895 und der Entwicklung bis 1945.

Abstract

The Berlin Charité hospital looks back on a history of 300 years. Apart from its relevance for the medical and nursing care of ill people it must not be forgotten that it plays a substantial role in the development of hospital social services, too. More than 100 years ago female social workers were employed in a German hospital for the first time, in order to provide psychosocial care and aftercare for patients and their relatives. The Charité was the model for the construction and advancement of these important services in German hospitals. This article describes the origin of that service in the year 1895 and its development until 1945.

Schlüsselwörter

Sozialdienst im Krankenhaus – Patient – psychosoziale Versorgung – historische Entwicklung – Familienfürsorge – Berlin

Einleitung

Berlin wurde um 1700 von einer in Osteuropa aufgetretenen Pestepidemie bedroht. Um vorzubeugen, schuf man vor den Toren der Stadt ein Seuchenlazarett für Pestkranke. Wie sich aber herausstellte, wurde es für diese Zwecke nicht benötigt. Deshalb entstand daraus ein „[...] Hospital; das heißt Arbeitshaus für Obdachlose oder Gebäranstalt für ‚gefallene Mädchen‘ und Prostituierte“, wie *Rosemarie Stein* schrieb. Aus diesem Hospital entwickelte sich 1726 „zugleich“ ein „Garnisonslazarett“, Charité genannt, und damit verbunden eine Ausbildungsstätte für Militärärzte. Dieser unter Mühen begonnene Weg führte

über viele Schritte am Ende zum heutigen Universitätsklinikum (Stein 2010).

Die Entstehung sozialer Dienste im Krankenhaus

Die Charité in Berlin war auch die Geburtsstätte der Krankenhaussozialarbeit in Deutschland. 1893 waren auf Anregung *Minna Cauers* (1841-1922) die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ gegründet worden. Sie wollten sich um Kinder, Behinderte, Kranke kümmern und deren Lebensbedingungen verbessern. Ein wichtiges Motiv für diese Aktivitäten war, Hilfe für „sozial Schwächere“ zu leisten, um dadurch „jener Verbitterung“ entgegenzuwirken, die durch den Mangel an Interesse und Verständnis für die Anschauungen und Empfindungen der unbemittelten Klassen und durch den Mangel an persönlichem Kontakt mit diesen Volkskreisen entstanden war. Besuche bei Krankenhauspatienten und -patientinnen gehörten mit zu den ersten Aktivitäten, die von Mitgliedern der Gruppen durchgeführt wurden. Die Mädchen und Frauen wurden bereits damals für diese Aufgaben vorbereitet. Ohne fachliche Qualifikation durfte diese „soziale Hilfsarbeit“ nicht geleistet werden. Es waren die Anfänge der professionellen Sozialarbeit. Die Aktivitäten dieses neuen sozialen Aufgabenbereiches fanden in der Charité die Unterstützung der Administration, der Ärzte und der Pflegekräfte. Sie wurden als wichtige Ergänzung der medizinischen und pflegerischen Versorgung gesehen. Die Ideen der Krankenhausfürsorge konnten sich entwickeln und zum Vorbild für ganz Deutschland werden.

Entwicklung der Krankenhausfürsorge in der Charité

Lina Basch war als erste Krankenhausfürsorgerin in Deutschland in der Charité tätig. Seit etwa 1895 wirkte sie dort als Leiterin der Krankenhausbesuchsgruppe „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“. In der ersten medizinischen Dissertation über Sozialarbeit im Krankenhaus schrieb *Margot Depdolla* 1930: „Die ersten Anfänge dieser Fürsorgetätigkeit reichen bei uns in Deutschland zurück bis zum Jahre 1895, als [Ernst] von Leyden [1832-1910] die Einrichtung einer Familienfürsorge für die Angehörigen der Charitéinsassen durch Frau *Lina Basch* begünstigte, die mit neun Mitarbeiterinnen ihrer ‚Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit‘ zunächst Unterhaltungsabende für die Kranken einrichtete und ihnen dann aber auch die Sorge für ihre Angehörigen daheim so viel wie möglich abnehmen wollte“ (Depdolla 1930, S. 6). Den Jahresberichten der Gruppen können die Aktivitäten von *Lina Basch* und ihren Mitarbeiterinnen entnom-



Minna Cauer

men werden. Erstmals ist ihr Einsatz in der Charité im Bericht für das Arbeitsjahr 1896/97 nachweisbar. Es sind „Besuche bei den Kranken und Fürsorge für deren Familien“ in einzelnen Abteilungen der Charité. Im Arbeitsjahr 1903/04 waren es schon 25 Mitarbeiterinnen, 1904/05 waren es 28.

Der Jahresbericht 1906/07 erwähnt, dass *Lina Basch* ihren Betreuungsbereich um den Aufgabenbereich „Unterhaltung der Rekonvaleszenten“ erweiterte. 1910 heißt es: Sie führen „Krankenbesuche in Krankenhäusern und Siechenanstalten mit anschließender Fürsorge für Hilfsbedürftige und deren Angehörige“ durch, sie lesen vor und bieten Unterhaltung durch musikalische Beiträge. Ab 1910 übernahm *Lina Basch* mit ihren Mitarbeiterinnen die Betreuung der Patientinnen und Patienten im Krankenhaus Moabit. Dort wurde ihre Tätigkeit als Familienfürsorge beschrieben und sie wurde auch hier als Leiterin genannt. Auch im Ersten Weltkrieg war sie noch in der Charité tätig und hatte die Leitung der „Sozialen Krankenhausfürsorge“ inne (Reinicke 2006, S. 56-65). Diese Bezeichnung wurde ab etwa 1914 verwandt.

Erfahrungsberichte der Fürsorgerin

Lina Basch berichtete über ihre Erfahrungen in der Königlichen Charité. Die Fürsorgerinnen und ihre Mitarbeiterinnen hatten die Möglichkeit, die Patienten und Patientinnen über ihre Arbeit zu informieren. Sie konnten mit Plakaten und den Inhalten ihrer Tätigkeit werben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Charité bereiteten ihnen in diesem Zusammenhang keine Schwierigkeiten. Die Charité schrieb keine bestimmten Besuchstage vor, die Patientinnen und Patienten konnten täglich besucht werden. Ihre Mitarbeiterinnen, schrieb *Lina Basch*, „werden ausnahmslos, da ihre Adressen den Schwestern bekannt sind, in Einzelfällen telefonisch gerufen“. Sie besuchten auch Verwundete des Ersten Weltkrieges. „Wo es nötig ist, wird für sie correspondiert. Es werden

Adressen von Angehörigen, die etwa in Berlin wohnen, ermittelt, um den Verwundeten den Verkehr mit diesen zu ermöglichen, und das hat in vielen Fällen erfreuliche Wirkung gehabt.“ Eine weitere Aufgabe war die Beschäftigung und Unterhaltung der Kranken. Hier waren Ideen und Aktivitäten gefragt. Es galt, für diese Arbeit außerhalb des Krankenhauses um Geld und Material zu werben, das dann den Kranken zugute kommen konnte.

Flüchtlingsbetreuung gehörte schon am Anfang des Ersten Weltkrieges zu den Aufgaben. Die Krankenhausfürsorge ermittelte die Angehörigen von erkrankten Flüchtlingen, informierte diese über den Krankenhausaufenthalt und ermöglichte Besuchskontakte. Die Unterbringung und Verpflegung der Angehörigen wurden durch Spenden gesichert. In vielen Fällen konnte den Patientinnen und Patienten „Zuspruch und Rat“ erteilt werden. Auf den Kinderstationen wurde für Beschäftigung durch Kindergärtnerinnen gesorgt, und für Erwachsene wurden seit 1899 musikalische und deklamatorische Vorträge angeboten, die wöchentlich einmal stattfanden und sehr gut besucht waren (*Reinicke* 1994, S. 21-22).

Gut war die Zusammenarbeit der Fürsorgerinnen mit der Zentrale für private Fürsorge, dem heutigen Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen, um von dort in Einzelfällen Rat und Auskunft für konkrete materielle und persönliche Hilfen zu erhalten. *Siddy Wronsky* (1883-1948), Leiterin des Archivs für Wohlfahrtspflege in der Zentrale und Mitglied des Komitees Soziale Krankenhausfürsorge, „hat diese Vermittlung in steter Bereitwilligkeit übernommen und ausgeübt“ (*Soziale Krankenhausfürsorge* 1915, S. 26). 1917 wies der Tätigkeitsbericht auf Ausbaumöglichkeiten hin: „Überall dort, wo die Fürsorgerin das Vertrauen der Krankenhausverwaltung erwerben kann, wo sie ihre Tätigkeit mit Verständnis und sozialem Empfinden ausübt, den Kranken selbst Hilfe in ihrer Not, neuen Mut und bei der Entlassung aus dem Krankenhaus Hilfen zur Bewältigung der kommenden Probleme gibt, kann die Sozialarbeit zeigen, dass dem Kranken Unglück und Sorge erspart werden können“ (*ebd.*).

Bedeutung der Zusammenarbeit

Lina Basch beschrieb 1917 ihre Arbeitsweise und die Probleme, mit denen sie und ihre Mitarbeiterinnen konfrontiert wurden: „Die Tätigkeit der Familienfürsorge in der Charité hat sich, seitdem sie vor 23 Jahren eingerichtet wurde, wenig verändert. Sie wird nach wie vor von der Direktion anerkannt und unterstützt und findet fast ausnahmslos bei den Ärzten und dem Pflegepersonal verständnisvolles Entge-



Fürsorgebaracke 1930

genkommen“ (*Soziale Krankenhausfürsorge* 1917, S. 13-14). Allein im Jahr 1916 wurden 198 Hilfsangebote von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommen. Für Mietbeihilfen, Reisegelder, Speisemarken, für die vorübergehende Finanzierung des Unterhaltes nach der Entlassung, für die Beschaffung von Kleidungsstücken und für die Weihnachtsbescherung wurden Spenden eingesetzt. Zur Weihnachtsbescherung kamen gespendete Zigarren, Zigaretten und Spielsachen hinzu.

Die Arbeit in der Verwundetenfürsorge erfuhr eine Erweiterung durch die Aufnahme planmäßiger Anleitung zu praktischer Handarbeit der Verwundeten. „Die Fürsorgerinnen“ schrieb *Lina Basch*, „waren bestrebt, Zivilpatienten und Verwundeten durch Zuwendung von Lesestoff und Gesellschaftsspielen Unterhaltung zu verschaffen“ (*ebd.*). In ihrer Schlussbetrachtung hieß es: „Aber die Soziale Krankenhausfürsorge bedarf fortgesetzt des Interesses aller Organe der Krankenhausverwaltung, um sie weiter ausbauen und vertiefen zu können“. Sie empfahl insbesondere den Einsatz ihres Flugblatts, auf dem die Aufgaben und Ziele der Krankenhausfürsorge beschrieben waren, um Ärzte, Verwaltungsdirektoren und Schwestern immer wieder auf die Notwendigkeit dieser Arbeit hinzuweisen. *Lina Basch* wies darauf hin, „weiterhin das Vertrauen der Krankenhausverwaltung zu erwerben, [...] um allen Patienten eine wirksame Fürsorge angeeignet zu lassen“. Aus den Berichten geht hervor, „dass alle ärztliche Kunst, alle hingebende Pflege in den Krankenhäusern ihre Zwecke nie ganz erreichen kann, wenn sie nicht durch eine soziale Fürsorge ergänzt wird, dass im Krankenhaus dem Kranken nicht nur Heilung gebracht, sondern auch die Rückkehr in gesunde Lebens- und Arbeitsverhältnisse gesichert werden muss. Diesem Ziel soll die Soziale Krankenhausfürsorge dienen“ (*ebd.*, S. 25).

Lina Basch wurde am 27. Februar 1851 in Hohensalza, heute Inowroclaw (Polen), als *Lina Sprinz* geboren. Über ihre Kindheit und Jugendzeit gibt es keine Informationen. Sie war verheiratet mit *Salo Basch*, geboren am 6. Januar 1843 in Wollheim, verstorben am 26. Mai 1917 in Berlin. Sein Beruf wurde 1917 mit Rentier angegeben. Ihre Wohnungen befanden sich in Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf. *Lina Basch* verstarb am 6. September 1920 in Berlin. Sie wurde auf dem Friedhof der Jüdischen Gemeinde in Berlin-Weißensee bestattet (*Reinicke* 2006, S. 50-52).

Ideen und Beiträge zur Weiterentwicklung der Krankenhausfürsorge

Wesentlichen Einfluss auf die Aktivitäten und die Weiterentwicklung der sozialen Krankenhausfürsorge in Berlin hatte ein Bericht von *Elsa Strauß* (1875-1945) nach einer Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie kannte durch ihre Mitarbeit in den Mädchen- und Frauengruppen die Anfänge der Krankenhausfürsorge in Berlin (*Reinicke* 1998a, S. 581).

1912 reiste sie mit ihrem Mann, dem Chefarzt des Jüdischen Krankenhauses, *Hermann Strauß* (1868-1944), zu einer Vortragsreise in die USA. Nach ihrer Rückkehr schilderte sie ihre Erkenntnisse in einer Mitgliederversammlung der Gruppen. „Unter den Wohlfahrtseinrichtungen“, so *Elsa Strauß*, „die ich im vergangenen Jahre auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten kennen zu lernen Gelegenheit hatte, erschien mir die soziale Fürsorge in Krankenhäusern einer besonderen Beachtung und eines genauen Studiums wert, weil wir sie trotz einiger ähnlicher Einrichtungen bei uns, z.B. in der Charité, in gleich organisierter Form und in gleicher Ausdehnung noch nicht in Deutschland besitzen“ (*Strauß* 1913, S. 156).

Ihr Bericht ist beeindruckend. Die Soziale Fürsorge in Krankenhäusern, „Hospital Social Service“ genannt, wurde 1905 im Massachusetts General Hospital in Boston eingeführt. Bereits 1912 gab es in etwa 40 bis 50 Krankenhäusern eine Krankenhausfürsorge. Der Grundgedanke war, dass der Kranke neben ärztlichem Rat und ärztlicher Hilfe sowie pflegerischer Versorgung weitere „sachverständige Hilfe“ benötigt. *Elsa Strauß* erwähnte die Erstellung einer sozialen Anamnese. Wichtige Aufgabe der Sozialarbeit wäre danach die Erforschung der Lebens- und Familienverhältnisse, der Wohn- und Berufsbedingungen, der sozialen Beziehungen der Patienten und Patientinnen und deren persönlicher Einstellung zum Behandlungsverlauf und Heilungsprozess. „Unhygienische, überfüllte Wohnungen, ungeeignete oder zu knappe Ernährung, missliche Familien-

verhältnisse“, ungünstige Arbeits- und Berufsbedingungen könnten zur Entstehung der Krankheit beigetragen haben und sich belastend auf Heilung und Nachsorge auswirken oder diese sogar verhindern. Die Erkenntnisse der Sozialarbeiterinnen müssten dem Arzt und Pflegepersonal mitgeteilt werden und im gemeinsamen Behandlungskonzept Eingang finden. Durch wissenschaftliche Auswertung der Erkenntnisse könne ein Beitrag zur Vorbeugung und Verhütung von Krankheiten, speziell auch Berufskrankheiten geleistet werden. Es wäre wichtig, „dem Kranken die Sorge für das Schicksal seiner Angehörigen und für seine Zukunft zu erleichtern“. Das Erteilen von Rat und Hilfe im Zusammenhang mit der Entlassung müsse unabdingbar zum Aufgabenkatalog gehören. Die Bereitstellung geeigneter Erholungsplätze nach dem Krankenhausaufenthalt sowie entsprechender Erwerbsmöglichkeiten, beispielsweise nach einer Amputation, wurden von ihr erwähnt.

Ohne die Hilfe der Krankenhausfürsorge wären in einzelnen Fällen „die Kosten für die Krankenhausbehandlung umsonst angewandt, wäre alle ärztliche Kunst und Mühewaltung, alle aufopfernde Pflege vergebens gewesen“, so *Elsa Strauß* (1913). Die heute geforderte Beachtung volkswirtschaftlicher und humaner Aspekte im Krankenhaus gehörte von Anfang an zur grundlegenden Vorstellung der Krankenhausfürsorge. *Elsa Strauß* führte dazu bereits 1913 aus: „Im Interesse von Staat und Gemeinde liegt es, möglichst viele gesunde, erwerbsfähige Mitglieder zu zählen; im Interesse der Arbeitsfreudigkeit von Arzt und Schwester, wie um des Glückes des Einzelnen und seiner Familie willen, kann hier das Eingreifen von sachverständiger Hilfe von größter Tragweite sein“ (*Reinicke* 1994, S. 13). *Elsa Strauß* wurde mit ihren Aktivitäten zu einer Wegbereiterin der modernen Krankenhausfürsorge in Deutschland.

Komitee Soziale Krankenhausfürsorge

Der Bericht von *Elsa Strauß* motivierte den Vorstand der Mädchen- und Frauengruppen, sich verstärkt um das Aufgabenfeld der Krankenhausfürsorge zu bemühen. Es kam 1914 zur Gründung des Komitees Soziale Krankenhausfürsorge unter dem Vorsitz *Alice Salomons*, in dessen Vorstand neben anderen *Lina Basch* als Vertreterin der Mädchen- und Frauengruppen und *Elsa Strauß* als Vertreterin des Jüdischen Frauenbundes mitarbeiteten. Das Komitee sah seine Aufgabe darin, in allen städtischen Berliner Krankenhäusern eine Krankenhaussozialarbeit einzurichten (*Reinicke* 1998b, S. 38). Dem Antrag an den Magistrat der Stadt, in weiteren Krankenhäusern Berlins eine Soziale Krankenhausfürsorge aufzubauen, wurde zugestimmt. Im Jahresbericht der

Gruppen von 1913/14 wurde der Erfolg beschrieben: „Die Arbeit ist in der Weise eingerichtet, dass jeder Anstalt ein bis zwei Fürsorgerinnen mit ihren Vertreterinnen vorstehen. Sie halten 1-2mal wöchentlich regelmäßig Sprechstunden im Krankenhaus selbst ab und hören die Wünsche der Patienten. Ihnen zur Seite steht eine Anzahl von Helferinnen, die bei Besuchen und Ermittlungen die Fürsorgerinnen unterstützen.“

Erfragt wurde bei den Patienten und Patientinnen, häufig mit Unterstützung durch Schwestern und Ärzte, ob die Lebensverhältnisse ihrer Familien durch ihre Krankheit so beeinflusst sind, dass eine soziale Fürsorge nötig ist, oder ob für sie selbst beim Verlassen des Krankenhauses irgendeine besondere Hilfe, Vermittlung einer neuen Arbeitsgelegenheit, Beschaffung von Pflegemitteln, Erholungsaufenthalt oder dergleichen erforderlich ist. Bei kranken Müttern kam auch die Unterbringung der Kinder in Horten oder Heimen oder ihre Versorgung durch eine Hauspflegerin in Frage, bei kranken Familienvätern die Beschaffung einer Arbeitsgelegenheit oder eine Unterstützung der Frau. „Besonderes Wohlwollen haben unsere Mitarbeiterinnen bei nahezu allen Verwaltungs-Direktoren resp. Oberinspektoren gefunden“, lautete eine Aussage, „wodurch ihnen die Arbeit wesentlich erleichtert wurde.“

Ganz allgemein kann schon jetzt gesagt werden, dass durch diese neue Einrichtung einer ganz erheblichen Anzahl von Menschen Hilfe gebracht werden konnte, die ihnen ohne diese nicht hätte zuteil werden können.“ Mitte März 1914 begann in fast allen städtischen Krankenhäusern Berlins die praktische Arbeit der Krankenhausfürsorge, auch in den Städten Charlottenburg und Schöneberg (*Mädchen- und Frauengruppen* 1913/1914, S. 4-6). Die in der Charité und im Moabiter Krankenhaus bestehende Krankenhausfürsorge wurde im Rahmen der neuen Organisation fortgeführt.

Die Situation in der Charité nach dem Tod von *Lina Basch*

Die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg erschwerten es den Mädchen und Frauen, die Krankenhausfürsorge weiterhin ehrenamtlich zu leisten. Das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, zuständig für die Charité, sah sich nicht in der Lage, „die ehrenamtlich tätigen Damen durch besoldete Kräfte zu ersetzen“ (*Landsberg* 1924, S. 17). Nach dem Tod *Lina Baschs* 1920 übernahmen bei auftretenden Problemen „Fürsorgeschwestern“, die in den Fürsorgestellen für Lungenkranke, Alkoholkranke und Krebs-

kranke unter Leitung des Verwaltungsdirektors der Charité, *Ernst Pütter* (1864-1942), tätig waren, die Betreuung. Sie übten bei den genannten Krankheitsgruppen die Fürsorge aus, „während sie in anderen Fällen die Vermittlung an die zuständigen Stellen besorgten“ (*UA der HUB Charité-Direktion* 106, Bl. 1).

In den Berliner Universitätskliniken, die damals organisatorisch nicht zur Charité gehörten, hatte *Hedwig Landsberg* ab 1916 in der Orthopädischen Universitätsklinik Berlin die Krankenhausfürsorge aufgebaut (*Soziale Krankenhausfürsorge*, S. 21). 1918 übernahm *Anni Tüllmann* neben *Hedwig Landsberg* „als Autodidaktin die Arbeit einer Sozialarbeiterin in den Berliner Universitätskliniken“ (*Handschriftliches Schreiben* 1957). *Landsberg* und *Tüllmann* überlegten, wie sie ihre Arbeit fortsetzen könnten. Die Einrichtung einer Krankenhausfürsorge war auf administrativem Wege zu dieser Zeit nicht möglich. Zustimmung und Unterstützung fanden sie bei den ärztlichen Leitungen der einzelnen Kliniken. Auf dieser Basis nahmen *Hedwig Landsberg* und *Anni Tüllmann* ab 1918 ihre Tätigkeit als Sozialarbeiterinnen im Rahmen des Vereins Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken außerhalb der Charité (Verein SKF), der im November 1919 gegründet wurde, auf (*Dritter Jahresbericht* 1920, S. 2).

In den städtischen Krankenhäusern war die Krankenhausfürsorge damals finanziell abgesichert. 1926 schrieb *Hedwig Landsberg*: „Während die Reichshauptstadt diejenige deutsche Stadt ist, in der zuerst eine Soziale Krankenhausfürsorge eingerichtet wurde, ist die weitere Entwicklung seit einigen Jahren ins Stocken geraten, sogar eine gewisse Rückentwicklung ist zu konstatieren: in der Charité, die als erstes Krankenhaus in Deutschland eine solche Fürsorge besaß, ist sie nach dem Tod ihrer Begründerin und Leiterin, Frau *Lina Basch*, nicht weitergeführt worden“ (*Landsberg* 1926, S. 99).

Der Verein SKF bemühte sich, die Patienten und Patientinnen der Charité in seine Betreuung einzubeziehen. Verwaltungsdirektor *Ernst Pütter* stand der Zusammenarbeit mit dem Verein SKF skeptisch gegenüber. Er wollte keine Personen, die nicht zum Krankenhaus gehörten, dort tätig werden lassen. Seine Anfragen im Ministerium, eine Sozialarbeiterin einzustellen, wurden abgelehnt (*UA der HUB Charité-Direktion* 106, Bl. 13). *Pütter* bemühte sich weiter. Am 5. November 1928 genehmigte der Minister einen „Vermittlungsdienst für soziale Krankenhausfürsorge“ (*ebd.*, Bl. 19). „Die Tätigkeit wurde am 25. Januar 1929 *Sophie Oberhof*, der Witwe des Pfarrers der Charitékirche, [...] übertragen“ (*ebd.*, Bl. 25).

Der Verein Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken e.V.

Nach *Pütters* Ausscheiden kam es am 16. Oktober 1929 zu Kontakten zwischen dem neuen Verwaltungsdirektor, *Günther von Bamberg* (1879-1931), und *Landsberg; Tüllmann* mit dem Ziel, Krankenhausfürsorge auch Patienten und Patientinnen der Charité anzubieten (*ebd.*, Bl. 33). Die Finanzierung stand im Mittelpunkt der Verhandlungen. Das Ministerium ermächtigte am 10. März 1930 *von Bamberg*, mit dem Verein wegen Übernahme der Krankenhausfürsorge „in den Kliniken und Polikliniken des Charitékrankenhauses in Verbindung zu treten“. Auch die Raumfrage für den Verein SKF war zu klären (*ebd.*, Bl. 62-73). Am 14. August 1930 antwortete der Verwaltungsdirektor: „Der Verein ‚Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken außerhalb der Charité e.V.‘ übernimmt nach der mit der ersten Vorsitzenden, Fräulein Hedwig Landsberg, getroffenen Vereinbarung vom 1. Oktober 1930 ab die Soziale Krankenhausfürsorge in der Charité. Dem Verein werden in der für Krankenzwecke nicht mehr verwendeten Baracke 5 (Kinderinfektionsabteilung) 2 größere und 3 kleinere Arbeitsräume [...] zur Verfügung gestellt“ (*ebd.*, Bl. 88).

Das Ministerium genehmigte die Übernahme. „Mit Ermächtigung des Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übertrage ich dem Verein ‚Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken außerhalb der Charité e.V.‘ die Soziale Krankenhausfürsorge im gesamten Bereich des Charitékrankenhauses und stelle anheim, die Bezeichnung des Vereins in ‚Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken e.V.‘ umzuwandeln“ (*ebd.*, Bl. 95). Die Mitgliederversammlung des Vereins SKF akzeptierte die Übernahme und die Änderung des Vereinsnamens. Der neue Name lautete „Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken“ (*ebd.*, Bl. 121-122). *Hedwig Landsberg* schrieb 1930, dass damit das „erste Social Departement in einem deutschen Krankenhaus“ errichtet war (*Berliner Wohlfahrtsblatt* 1930, S. 98). Im Verein arbeiteten acht angestellte Sozialarbeiterinnen, unterstützt durch ehrenamtliche Kräfte.

Nach 1933 hatte der Verein SKF zunehmend finanzielle Probleme, da viele Mitglieder und Fördernde aufgrund der politischen Bedingungen ausgeschlossen wurden oder emigriert waren. Es gab Bemühungen um Übernahme der Sozialarbeiterinnen in den Haushalt der Charité, so am 29. Januar 1937 (*UA der HUB Charité-Direktion* 2646, Bl. 53) und am 16. März 1938 (*ebd.*, Bl. 69). Am 11. Februar 1939 konnte der Verwaltungsdirektor der Charité-Direktion,



Krankenhausfürsorgerinnen 1935

Hellmut Kuhnert (1898-1994), mitteilen: „Durch Erlass vom 27.1.1939 - WB Nr. 2293/II/38 - hat der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung genehmigt, dass die Soziale Krankenhausfürsorge ab 1.4.1939 in den Haushalt der Charité übernommen wird.“ Ab 1.4.39 wurden folgende Stellen genehmigt: „1 Ltd. Krankenhausfürsorgerin, 5 Krankenhausfürsorgerinnen, 1 Büroangestellte“ (*ebd.*, Bl. 118). Die Auflösung des Vereins wurde beschlossen. „Die Liquidation erfolgt durch mich, als den bisherigen Vorstand“, schrieb *Anni Tüllmann* am 26. Juni 1939 (*UA der HUB Charité-Direktion* 2647, Bl. 134). Die Krankenhausfürsorge konnte nun ohne ständige Bedrohung der Nichtfinanzierung ihrer Arbeit in den Universitätskliniken einschließlich der Charité wirken. Die Übernahme der Finanzierung bedeutete die Anerkennung ihrer Leistungen als notwendig und unersetzbar.

Zusammenarbeit mit den Ärzten in der Charité und den Universitätskliniken

Die Zusammenarbeit war ein wichtiger Aspekt beim Entstehen der Krankenhausfürsorge. *Ernst von Leyden* war der erste Mediziner, der hier erwähnt werden muss. Seine Zustimmung führte zum Miteinander von Medizin, Pflege und Sozialarbeit. Ein weiterer Mediziner war *Ferdinand Blumenthal* (1870-1941), der Direktor des 1903 von *Ernst von Leyden* gegründeten Instituts für Krebsforschung. Am 11. Juni 1928 schrieb er: „Es hat sich nämlich herausgestellt, nicht nur, dass die Krebskranken zu Hause schlecht versorgt sind, sondern auch, dass sie infolge wirtschaftlicher Umstände, aber auch infolge einer gewissen Indolenz, wenn es ihnen besser geht, die begonnene

Behandlung nicht weiter fortsetzen oder nicht zur geeigneten Zeit zu erneuter Behandlung in das Institut zurückkehren“ (*UA der HUB Charité-Direktion* 106, Bl. 10). Seit 1928 wurden gezielt Krebskranke betreut. *Frida Küppersbusch* (1882-1967) war die erste Sozialarbeiterin, die diese Aufgabe im Verein SKF übernahm. Ihr folgte *Irmgard Linde* (1903-1993). Beide waren bis etwa 1947 in der Charité tätig. Unterstützung gab es 1928 durch *Wilhelm His* (1863-1934), Direktor der I. Medizinischen Klinik. Er bat um Prüfung, ob „vielleicht irgendwelche anderen Mittel oder Ersparnisse für die Fürsorgetätigkeit und die Anstellung des notwendigen Personals flüssig zu machen sind, da zweifellos durch diese Einrichtung mit relativ geringen Mitteln ein großer sozialer Nutzen geleistet werden kann“ (*ebd.*, Bl. 32).

1931 stellte der Arbeitsbericht des Vereins SKF zwei Bereiche heraus: „In allen 17 Instituten, in denen dem Verein die soziale Fürsorge übertragen ist, besteht auch ein poliklinischer Betrieb; dreizehn dieser Polikliniken werden regelmäßig von unseren Fürsorgerinnen besucht, während in den übrigen vier die Ärzte gelegentlich Patienten, bei denen Fürsorgebedürftigkeit zutage tritt, der Fürsorgerin ihrer Klinik überweisen“, hieß es (*Arbeitsbericht* 1931, S. 235-236). Oft musste die Sozialarbeiterin Dolmetscherin der ärztlichen Aussagen sein, musste erkennen, dass die Patientinnen und Patienten „die Anordnungen des Arztes nur halb verstanden oder schon wieder vergessen hatten; oft musste die vorgeschriebene Lebensweise genau durchgesprochen werden, bis der Kranke begriff, worauf es ankam“ (*ebd.*).

Hilfen mussten auch im finanziellen Bereich entwickelt werden, denn durch schnelle Beschaffung von Medikamenten, Verbänden, Bestrahlungen, durch rasche Vermittlung von Hauspflege oder Diätbeihilfen ließ sich manche Krankenhausaufnahme vermeiden. Die nachgehende Betreuung der Krebskranken stand vor allem vor der Aufgabe, die Patienten und Patientinnen anzuregen, die begonnene Behandlung wieder aufzunehmen beziehungsweise fortzusetzen. Von großer Bedeutung war hier, „dass schon während der Behandlung in der Klinik oder Poliklinik ein Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Fürsorgerin entstanden ist“ (*ebd.*). Im poliklinischen Bereich führte die Sozialarbeiterin auch Hausbesuche durch.

Für den Einsatz von Sozialarbeiterinnen in Polikliniken setzte sich *Alfred Goldscheider* (1858-1935) intensiv ein, Leiter der III. Medizinischen Universitätsklinik, ein Schüler *Ernst von Leydens*. *Goldscheider* war auch von 1927 bis 1933 der Vorsitzende der im September 1926 gegründeten Deutschen Vereini-

gung für den Fürsorgedienst im Krankenhaus, der heutigen Deutschen Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen (DVSG). *Ferdinand Sauerbruch* (1875-1951) unterstützte die Krankenhausfürsorge. Er war Vorstandsmitglied im Verein SKF. Mediziner, die in der Charité oder den Universitätskliniken Erfahrungen mit der Krankenhausfürsorge gesammelt hatten, führten beim Wechsel in ein anderes Krankenhaus die Krankenhausfürsorge ein. Ein Beispiel: *Hermann Gocht* (1869-1938), Orthopäde, wechselte 1934 in das Oskar-Helene-Heim in Berlin und initiierte dort den Aufbau der Krankenhausfürsorge.

Positionen der Krankenhausfürsorge nach Machtübernahme der Nationalsozialisten

1933 kam es zu Veränderungen in der Arbeit der Krankenhausfürsorge. Die Bedeutung sozialer Hilfen veränderte sich. Nicht mehr der Einzelfall, sondern die Volksgemeinschaft und die Beachtung erb- und rassetypischer Gesichtspunkte wurden maßgebend und waren entscheidende Kriterien im beruflichen Handeln. Ein Beispiel des Handelns *Anni Tüllmanns* und *Hellmut Kuhnerts* in der Charité lässt frühzeitig ein aktives und teilweise übereifriges Tun erkennen. Sie trafen bereits vor der Verkündung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. April 1933, das die Ausschaltung jüdischer und sozialistischer Mitarbeiter aus öffentlichen Institutionen zum Ziel hatte, vorbereitende Maßnahmen. Bereits am 1. April 1933 führte *Anni Tüllmann* mit dem Verwaltungsdirektor der Charité, *Hellmut Kuhnert* (1898-1994), ein Gespräch über jüdische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am 2. April 1933 schrieb sie ihm: „Entsprechend Ihrem gestern ausgesprochenen Wunsche habe ich alle unsere Mitarbeiter nicht nur jüdischer Konfession, sondern auch jüdischer Abstammung und mit jüdischem Namen gebeten, vom morgigen Tage an ihre Arbeit bei uns einzustellen“ (*UA der HUB Charité-Direktion* 2646, Bl. 32). Der 1933 erschienene Arbeitsbericht enthält bereits Hinweise auf die Ergebnisse ihres Handelns. Drei Fürsorgerinnen, darunter die Vorsitzende des Vereins SKF, *Hedwig Landsberg*, eine Stenotypistin und fünf ehrenamtliche Helferinnen mussten ausscheiden (*Tüllmann* 1933, S. 256-258). In der Charité begann die Zeit des kontrollierten Zugangs. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich am Eingang ausweisen (*UA der HUB Charité-Direktion* 2646, Bl. 11).

Die Vorstellungen der Nationalsozialisten wirkten sich auch in der praktischen Arbeit der Krankenhausfürsorgerin aus. Sie musste die gesetzlichen Grundlagen der Erb- und Rassenpflege beachten, musste auf Patientinnen einwirken, dem Wunsch des Staa-



Charité-Ausweis

tes nach weiteren Geburten zu entsprechen. „Sie darf nichts unversucht lassen, was irgendwie überzeugend wirken könnte. Die Hebung der Geburtenziffer muss von fürsorglicher Seite betrieben werden“, schrieb *Anni Tüllmann* (1935, S. 616-617). Die Kriegszeiten brachten weitere Probleme. Transport-schwierigkeiten, Kohlenmangel und die Umwandlung von Sanatorien oder Heilstätten in Lazarette wirkten sich aus. Entlassungen, Verlegungen und Verschickungen verzögerten sich dadurch. „Der Kohlenmangel ließ die Frage auftauchen, kann man Rekonvaleszenten in eine ungeheizte Wohnung aus den warmen Krankensälen entlassen?“ Zusatz- oder Diät-nahrung wurde nur noch nach besonderen Vorschriften gewährt (*Tüllmann* 1940).

Die Krankenhausfürsorgerinnen kümmerten sich um Patienten und Patientinnen, die durch Bomben verletzt ins Krankenhaus kamen. Es galt Wohnraum für sie zu besorgen und nach Angehörigen zu forschen. Am 16. April 1945 hatte die Rote Armee Berlin eingeschlossen. Die Krankenhausfürsorgerinnen versahen weiter ihren Dienst, wie die anderen Mitarbeitenden der Charité auch. Sie waren mit allen Folgen, die der Krieg verursachte, vertraut: Kriegsverletzte, Flüchtlinge, Waisen. Auch nach der am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst unterschriebenen bedingungslo-

sen Kapitulation Deutschlands übten sie ihre Tätigkeit in der Charité weiter aus (*Reinicke* 2001, S. 23-30).

Fazit

Ende des 19. Jahrhunderts entstand aus der Frauenbewegung mit ihren Aktivitäten im sozialen Bereich eine neue Qualität der Hilfsangebote für Menschen, die sich selbst nicht helfen konnten. Betroffenen wurden Wege aufgezeigt, die eine Lösung ihrer vorhandenen Probleme bedeuten konnte. Die Patientinnen und Patienten der Krankenhäuser waren auch eine Zielgruppe, für die Beratungs- und Betreuungsangebote entwickelt wurden. Ein wichtiger Schritt war von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen. Dieser Grundsatz hatte damals wie heute Bedeutung. Die Geschichte dieses Aufgabebereiches zeigt, dass neben der medizinischen und pflegerischen Versorgung die psychosoziale Beratung und Betreuung ein unabdingbares Leistungsangebot des Krankenhauses sein muss, um seinem Auftrag, zu heilen und zu lindern, gerecht zu werden. Die Erfahrungen der Pionierinnen und Pioniere in der Krankenhausfürsorge und ihr Wirken belegen das. Der Sozialdienst im Krankenhaus, wie die Krankenhausfürsorge heute heißt, ist seit den Anfängen 1895 in der Charité ein fester Bestandteil der psychosozialen Versorgung der Patienten und Patientinnen in den deutschen Krankenhäusern.

Literatur

- Arbeitsbericht** des Vereins Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätsklinik für das Jahr 1931. In: Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen (Zfgk) 10/1932, S. 235-236
- Berliner Wohlfahrtsblatt** 14/1930, S. 98
- Depdolla, M.:** Die Organisation des Fürsorgedienstes im Krankenhaus in Berlin. Charlottenburg 1930, S. 6
- Dritter Jahresbericht** für das Jahr 1920 des Vereins Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätsklinik außerhalb der Charité. Sammlung Rott, S. 2



Der Baunataler Diakonie Kassel e.V. betreut vornehmlich geistig, seelisch, körperlich und mehrfach behinderte Menschen und möchte ihnen die Eingliederung in das Leben der Gesellschaft ermöglichen. Dazu investiert der Verein in Ausbildung, Arbeit, Wohnen, Pflege und Freizeitgestaltung.

Suchen Sie eine Tätigkeit mit klaren Werten und Zielen, dann besuchen Sie uns auf unserer Homepage. Zum 1. Oktober 2010 ist die Stelle der **Pädagogischen Assistenz der Geschäftsbereichsleitung Arbeiten** zu besetzen.

Ausführliche Informationen finden Sie unter www.baunataler-diakonie-kassel.de.

Handschriftliches Schreiben Anni Tüllmanns für ihre Trauerfeier vom 12.4.1957. Archiv Alice Salomon Hochschule, Sammlung Peter Reinicke

Landsberg, H.: Die Bedeutung und Entwicklung der sozialen Krankenhausfürsorge. In: Mutter und Kind 5/1924, S. 17

Landsberg, H.: Der gegenwärtige Stand der sozialen Krankenhausfürsorge. In: Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen (ZfgK) 4/1926, S. 99

Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit. Jahresbericht 1913/1914 und Programm 1914/15, S. 4-6

Reinicke, P.: Krankenhaus. Weinheim/Basel 1994

Reinicke, P.; Strauß, Elsa. In: Maier, H. (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg 1998a, S. 581

Reinicke, P.: Soziale Krankenhausfürsorge in Deutschland. Opladen 1998b

Reinicke, P.: Ausbildung der Gesundheits- und Sozialfürsorgenden und Kirchlichen Fürsorger in der DDR und die Aufgaben der Krankenhausfürsorge. In: Reinicke, Peter (Hrsg.): Soziale Arbeit im Krankenhaus – Vergangenheit und Zukunft. Freiburg im Breisgau 2001, S. 23-30

Reinicke, P.: Die erste Krankenhausfürsorgerin in Deutschland – Lina Basch (1851-1920). In: Hering, S. (Hrsg.): Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien. Frankfurt am Main 2006, S. 56-65

Soziale Krankenhausfürsorge in Groß-Berlin. Tätigkeitsbericht [...] Juni 1915, S. 26

Soziale Krankenhausfürsorge in Groß-Berlin: Tätigkeitsbericht [...] November 1917, S. 13,14,21 25

Stein, R.: Die Charité muss leben! In: Der Tagesspiegel vom 22.1.2010

Strauß, E.: Soziale Fürsorge in amerikanischen Krankenhäusern. In: Die Frau 3/1913, S. 156

Tüllmann, A.: Arbeitsbericht des Vereins Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken für das Jahr 1932. In: Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen (ZfgK) 12/1933, S. 256-258

Tüllmann, A.: Die Mitwirkung der Krankenhausfürsorgerin in der nationalsozialistischen Gesundheitsführung. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 9/1935, S. 616-617

Tüllmann, A.: Die Zusammenkunft der Berliner Krankenhausfürsorgerinnen am 20.2.1940, 1. Maschinenschriftliches Manuskript. Archiv Deutsche Vereinigung für den Sozialdienst im Krankenhaus, Mainz

UA der HUB Charité-Direktion 106 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin), Bl. 1, 10, 13, 25, 32, 33, 62-73, 88, 95 121, 122

UA der HUB Charité-Direktion 2646 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin), Bl. 11, 32, 53, 69, 118

UA der HUB Charité-Direktion 2647 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin), Bl. 134

► Allgemeines

Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“.

Das Berliner Bündnis für Demokratie und Toleranz sucht auch im Jahr seines zehnjährigen Jubiläums wieder nach wertvollen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Die Ausschreibung zielt auf Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich gegen jegliche Formen von politischem Extremismus, antisemitischen Vorurteilen und rassistischen Ideologien wenden. Berücksichtigt werden unter anderem Maßnahmen zur Gewaltprävention und Stärkung der Zivilcourage, Initiativen gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Orientierungen und Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der „Generation 50 plus“. Die Projekte sollten hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden. Wer teilnehmen möchte, findet das Anmeldeformular unter www.buendnis-toleranz.de/aktiv-2010. Einsendeschluss ist der 20.9.2010. *Quelle: Mitteilung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz vom 21.6.2010*

Weiterhin Rückgang der Vollzeitbeschäftigung. Laut einer Nachricht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg sinkt die Anzahl der Vollbeschäftigten weiter ab. Jedoch fiel im ersten Quartal 2010 der Rückgang mit 1,4 % (318 000) verglichen mit dem Vorjahresquartal deutlich geringer aus als in der zweiten Jahreshälfte 2009, in der gegenüber dem Vorjahr noch ein Minus von 1,7 % zu verzeichnen war. Zugleich sei im ersten Quartal 2010 die Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten mit 38,14 Stunden gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zirka 8,6 Minuten angestiegen. Die Zahl der Kurzarbeitenden habe sich von 1,2 Millionen im dritten und 984 000 im vierten Quartal 2009 auf 933 000 vermindert. Bei der Teilzeitbeschäftigung konnte im ersten Quartal 2010 ein Zuwachs von 1,7 % beobachtet werden. Insgesamt sei erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise die durchschnittlich pro erwerbstätige Person geleistete Arbeitszeit wieder angestiegen. Die Tabelle des IAB steht im Internet unter <http://doku.iab.de/grau pap/2010/tab-az10q1.pdf>. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 15.6.2010*

60 Jahre Internationaler Bund. 1949-2009. Das Jubiläumsjahr – eine Chronologie. Hrsg. Internationaler Bund. Selbstverlag. Frankfurt am Main 2010, 59 S., kostenlos *DZI-D-9021*

Mit bundesweit rund 700 Einrichtungen und mehr als 12 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der Internationale Bund (IB) ein bedeutender Dienstleister in den Bereichen der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. Zu seinen Institutionen gehören unter anderem Jugendzentren, Jugendmigrationsdienste, Wohnheime, Kindertagesstätten, Ersatzschulen und Sprachinstitute. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums entstand diese Broschüre, in der jedes Jahr des Bestehens mit einer Kurzbeschreibung der wichtigsten Ereignisse und Aktivitäten vorgestellt wird. Da-

rüber hinaus finden sich Auszüge aus Festreden und ein chronologischer Überblick über Veranstaltungen des IB im Jahr 2009, wie zum Beispiel Ausstellungen, Projektmesen, Tage der offenen Tür in diversen Einrichtungen sowie Feste und interkulturelle Wochen. Bestellanschrift: Internationaler Bund, Valentin-Senger-Straße 5, 60389 Frankfurt am Main, Tel.: 069/945 45-0

Sechster Altenbericht der Bundesregierung. Am 2. Juni dieses Jahres nahm die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder den Altenbericht entgegen, der das Thema „Altersbilder in der Gesellschaft“ behandelt. Im Mittelpunkt der von einer 14-köpfigen Sachverständigenkommission angefertigten Studie stehen gängige Meinungen und Einstellungen über das Alter und deren Einflussnahme auf die soziale Partizipation älterer Menschen, auf die Wahrnehmung ihrer Potenziale und die Beziehungen zwischen den Generationen. Die Untersuchung widmet sich insbesondere der Frage nach dem historischen Wandel von Altersbildern und deren für die Zukunft zu erwartenden Veränderungen. Nach Auffassung der Familienministerin gehen Klischees und Vorurteile mit der Tendenz einher, das gesellschaftliche Engagement der älteren Generation zu übersehen. Der Bericht wird voraussichtlich zusammen mit einer Stellungnahme der Regierung im Herbst 2010 veröffentlicht. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 2. Juni 2010*

Internet-Lernprogramm zum Thema Gender Mainstreaming. Eine im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom Gender Zentrum der Universität Augsburg entwickelte E-Learning-Plattform bietet seit 1. Juni dieses Jahres die Möglichkeit, sich über Geschlechterfragen in der Lebens- und Arbeitswelt umfassend zu orientieren. Zum Start des „gender online tool“ wies Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer darauf hin, es sei wichtig, sich von tradierten Rollenbildern zu verabschieden, um den heutigen Lebensentwürfen gerecht zu werden. Anhand von Übungen und anschaulichen Beispielen vermittelt die in fünf Themenbereiche unterteilte Lernumgebung spezifische Kenntnisse, die nach bestandenen Multiple-Choice-Test mit einem Zertifikat belohnt werden. Das interdisziplinär ausgerichtete Angebot wendet sich an Führungskräfte in Hochschulen, Ministerien, Organisationen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.gza.uni-augsburg.de/de/aktuell/online_tool.html. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 31.5.2010*

► Soziales

Sanktionen im Bereich des Zweiten Sozialgesetzbuches. Im Jahr 2009 waren 126 946 der insgesamt 4 906 916 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (SGB II) von einer Leistungskürzung auf null Euro betroffen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Letztere hatte eine Übersicht der verhängten Sanktionen differenziert nach Altersgruppen und Sanktionsstufen erbeten. Für das Jahr 2007 beziffert das Ministerium für Arbeit und Soziales die Gesamtzahl der Hilfebedürftigen mit 5 098 218, unter denen 130 812 eine Leistungskürzung auf null Euro und

somit die höchstmögliche Strafe erfuhren. Im darauffolgenden Jahr war dieser Anteil bei einer Gesamtzahl von 4 798 063 Arbeitssuchenden und 131 443 entsprechend Sanktionierten um einen Prozentpunkt gewachsen. Als Gründe zur Verhängung von Sanktionen nennt die Regierung unter anderem Meldungsversäumnis, Verweigerung zumutbarer Arbeit und Pflichtverletzung. Im Widerspruchsverfahren seien im Jahr 2009 26 896 Sanktionsentscheidungen zurückgenommen worden, vor Gericht wurde im selben Jahr in 3 535 Fällen erfolgreich geklagt. *Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 199 vom 15.5.2010*

Vergaberecht als Chance für Soziale Dienste. Hrsg. Angela Busse und Frank Ehmann. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV). Berlin 2010, 84 S., EUR 11,80 *DZI-D-9152* Das Sozialrecht und die Finanzierungsformen von Sozialleistungen tarieren sich neu aus. Eine zentrale Frage ist die Anwendung des Vergaberechts auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen durch freie und gewerbliche Träger. Sowohl auf dogmatischer als auch auf strategischer Ebene war seitens der Fürsprecher und Fürsprecherinnen des Sozialrechts eine starke Ablehnung hinsichtlich des Einzugs des Vergaberechts in die Erbringung sozialer Dienstleistungen zu verzeichnen. Der Gesetzgeber hingegen hat in einigen Sozialleistungsbereichen vollendete Tatsachen geschaffen und angeordnet, dass soziale Leistungen nach dem Vergaberecht realisiert werden. In diesem Sinne gehen die Beiträge dieser Tagungsdokumentation der Frage nach, ob das Vergaberecht, wenn es richtig verstanden und sinnvoll angewendet wird, derzeit schon eine Chance für die Realisierung von sozialen Leistungen bietet. Insbesondere unter dem Aspekt der Integration kleinerer Leistungsanbieter, einer größeren Chancengleichheit und der Transparenz von Verfahren erscheint das Instrument Vergaberecht durchaus eine Alternative zum althergebrachten Leistungserbringerrecht zu sein. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, welche Anpassungen im Vergaberecht vorgenommen werden müssten, damit im Bereich sozialer Dienstleistungen eine sachgerechte Leistungserbringung erfolgen könnte. Bestellanschrift: Eigenverlag des DV, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit plädiert für Armutsbekämpfungskonzept. Angesichts der krisenbedingten Kürzungen im sozialen Bereich verabschiedete die Bundesmitgliederversammlung des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH) am 24. April dieses Jahres die „Saarbrücker Erklärung“ mit einer Reihe von Ideen zur Förderung von Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftlicher Partizipation. Wünschenswert seien unter anderem die Schaffung von mehr Chancengleichheit im Schulsystem, verstärkte Investitionen in die Jugendarbeit, ein Qualifikationsschutz bei der Arbeitsvermittlung, die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne und die Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus. Für die Umsetzung entsprechender Reformen erwartet der DBSH von der Politik ein dezidiertes „Armutsbekämpfungskonzept“ für die Bereiche Bildung, Erziehung, Erwerbsarbeit, Wohnen, Gesundheit und Pflege. Darüber hinaus bedürfe es festgesetzter Standards für soziale Dienstleistungen, um deren Quantität und Qualität ausreichend zu sichern. *Quelle: Mitteilung des DBSH vom 23.6.2010*

Siebter Wettbewerb Sozialkampagne. Die Bank für Sozialwirtschaft in Köln schreibt dieses Jahr zum siebten Mal ihren bundesweiten Wettbewerb Sozialkampagne aus, um effektive Werbekampagnen zu sozialen Themen zu würdigen. Teilnahmeberechtigt sind Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens sowie deren Agenturen, die seit dem Jahr 2008 eine Werbekampagne zu einer sozialen Fragestellung realisiert haben. Die Bewertung erfolgt nach Kriterien wie Innovationskraft, Aufmerksamkeitsstärke, Zielsetzung, Umsetzung und Spendenakquisition, wobei auch die Frage nach honorarfreien Leistungen berücksichtigt wird. Auf die Gewinnerinnen und Gewinner warten drei Preise im Wert von insgesamt 18 000 Euro. Weitere Informationen und ein Anmeldeformular stehen bis zum Einsendeschluss am 31.10.2010 unter www.sozialbank.de zum Download bereit. *Quelle: Presseinformation der Bank für Sozialwirtschaft vom 2. 6. 2010*

Informationen zum Persönlichen Budget. Seit dem Jahr 2008 besteht für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung die Möglichkeit, Unterstützungsleistungen im Rahmen des Persönlichen Budgets selbst zu wählen und zu bezahlen. Um Betroffenen die Wahrnehmung dieses bisher nur wenig genutzten Angebots zu erleichtern, gibt das Deutsche Rote Kreuz (DRK) nun kostenlose Broschüren heraus, die das Verfahren in gut verständlicher Sprache ohne Fachausdrücke erläutern. Bestellungen an Juliane Hübsch, Tel. 03 45/500 85 84, E-Mail: juliane.huebsch@sachsen-anhalt.drk.de. *Quelle: Menschen 3.2010*

► Gesundheit

Modellprojekt zur Ausweitung von Hebammenbesuchen. Am 1. Juni dieses Jahres starteten die Familienministerien von Rheinland-Pfalz und Bayern in Zusammenarbeit mit der AOK ein Modellprojekt zur Verlängerung der Hebammenbetreuung. Bisher übernehmen die Krankenkassen die Kosten für insgesamt 26 Hausbesuche, die jedoch alle in den ersten beiden Monaten nach der Geburt des Kindes stattfinden müssen – ein Angebot, das durchschnittlich nur von der Hälfte der Berechtigten in Anspruch genommen wird. In dem von den Universitäten in Marburg und Osnabrück wissenschaftlich begleiteten Projekt wird der Zeitrahmen für die Besuche auf sechs Monate ausgedehnt, um zu überprüfen, wie sich dies auf die Gesundheit der Säuglinge und deren Mütter auswirkt. Eine wissenschaftliche Evaluierung soll ferner erkunden, wie die Hebammen zusätzlich zu den üblichen Diensten vermehrt auch familienbezogene Beratungshilfen und Unterstützung bei Alltagsproblemen leisten können. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 28.5.2010*

Reha-Tag 2010. Der für den 25.9.2010 geplante 7. Deutsche Reha-Tag bündelt unter dem aktuellen Motto „REchtzeitig HANdeln – Reha schafft Perspektiven“ landesweite Veranstaltungen zum Thema Rehabilitation. Im Mittelpunkt des diesjährigen Programms stehen mögliche Handlungsfelder hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie Prämissen in Bezug auf das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

die Sicherung des Gesundheits- und Sozialsystems und den drohenden Mangel an Fachkräften. Insgesamt 23 Institutionen wirken an der Organisation mit und wenden sich in einem parlamentarischen Gespräch an die Bundespolitik. Kliniken und Einrichtungen der Rehabilitation sowie anderweitige Initiativen zur Sicherung von Gesundheit und Partizipation können kostenlos am Reha-Tag teilnehmen. Anmeldungen unter www.rehatag.de (Link „Anmeldung und Service“). *Quelle: Mitteilung des Organisationsbüros zum Reha-Tag vom 10.5.2010*

Memorandum der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie zur Anwendung von Antipsychotika. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. Selbstverlag. Köln 2010, 26 S., kostenlos *DZI-D-9146* Als Ergebnis einer über zweijährigen kritischen Auseinandersetzung mit Fragen der Anwendung von Antipsychotika hat die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) dieses Memorandum herausgegeben. Thematisiert werden unter anderem die Vergabe von Psychopharmaka an verschiedene Zielgruppen, der Einfluss der Pharmaindustrie auf die Forschung, der Gebrauch von Neuroleptika bei Psychosen und die Implementierung psychotherapeutischer Methoden in der Schizophreniebehandlung. Um die Situation der Betroffenen zu verbessern, unterbreitet die DGSP Vorschläge zur Finanzierung der Versorgung, zu einer besseren Qualifizierung der Fachkräfte und zur Änderung der strukturellen Rahmenbedingungen für die klinische Intervention. Bestellanschrift: DGSP, Zeltlinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 0221/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de

Gesundheitsförderung verzeichnet Erfolge. Laut einer Umfrage der „Initiative Gesundheit und Arbeit“ (iga) sind über 80 % der Betriebe, die ein betriebliches Gesundheitsmanagement einsetzen, mit dessen präventiver Wirkung zufrieden. Die AOK wird daher vor allem kleineren und mittleren Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten verstärkt Angebote unterbreiten, die darauf abzielen, die Arbeitsbedingungen und das Verhalten der Mitarbeiterschaft im Hinblick auf gesundheitliche Erwägungen positiv zu beeinflussen. *Quelle: praxis aktuell 2.1010*

Welche Perspektiven sehen Studierende der Medizin? Mit einer Befragung an allen medizinischen Fakultäten möchte die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) herausfinden, warum so viele Studierende den begonnenen Bildungsweg vorzeitig beenden oder ihren erlernten Beruf später nicht ausüben. Laut der KBV liegt die Abbruchquote bei etwa 18 %, weitere 12 % melden sich nicht bei den Ärztekammern an und 10 % lassen sich zwar registrieren, sind aber in Bereichen außerhalb der Patientenversorgung tätig, wie zum Beispiel bei Pharmaunternehmen oder im medizinischen Dienst der Krankenkassen. Die von der KBV und der Universität Trier konzipierte Studie soll auch Aufschluss darüber geben, was sich in der Praxis ändern müsste, um die beobachtete Abwanderung zu verringern. *Quelle: G+G 6.2010*

► Jugend und Familie

Modellprojekt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg leben derzeit rund 1,6

Mio. Alleinerziehende in Deutschland, von denen mehr als 40 % auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Um die berufliche Integration der Angehörigen dieser vorwiegend weiblichen Bevölkerungsgruppe zu verbessern, startete das Bundesfamilienministerium vor etwas über einem Jahr das Modellprojekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“, in dessen Rahmen bis März 2010 an zwölf Pilotstandorten die Angebote der Arbeitsagenturen und Grundsicherungsbehörden mit lokalen Netzwerken koordiniert wurden. Die mitwirkenden Fachkräfte entwickelten Wegweiser, Bedarfserhebungen und eigens auf die Situation von Alleinerziehenden abgestimmte Angebote und Anlaufstellen. Erste Erkenntnisse werden in Kürze in einem Online-Handbuch veröffentlicht. Zur Unterstützung von Familien im Allgemeinen stehen im Internet Informationen unter www.familien-wegweiser.de. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 28.6.2010*

Kampagne gegen Armut von Kindern. Laut Informationen des Deutschen Kinderschutzbundes leben in Deutschland mit rund 2,5 Mio. beinahe ein Fünftel der etwa 14 Mio. Kinder auf Sozialhilfeniveau. Um auf damit verbundene Prozesse der Exklusion aufmerksam zu machen, startet der Kinderschutzbund am 20. September dieses Jahres die Kampagne „Kinderarmut – Gemeinsam Barrieren überwinden“ als Appell an die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit. Rote Absperrbänder mit der Aufschrift „Kinderarmut“ vor Einrichtungen wie Musikschulen oder Sportvereinen sollen verdeutlichen, wo die Partizipation einkommensschwacher Kinder Grenzen erfährt. Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung möchte der Kinderschutzbund dazu beitragen, Barrieren in Bereichen wie Bildung und Gesundheit zu überwinden. Weitere Informationen unter www.dksb.de. *Quelle: Menschen 3.2010*

Schule und Bürgerengagement – Bildung gemeinsam gestalten. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern. Selbstverlag. Berlin und Nürnberg 2009, 127 S., kostenlos *DZI-D-9020*
Um das bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen zu fördern, kann auch die Schule durch die Bereitstellung geeigneter Angebote einen wichtigen Beitrag leisten. Wie solche Initiativen und die entsprechenden Kooperationen mit sozialen Einrichtungen gestaltet werden können, war Thema der hier dokumentierten Tagung im Oktober 2008 in der Akademie Dillingen. Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Praxis erläuterten Möglichkeiten des Zusammenwirkens, die anhand konkreter Projekte, Institutionen und Mittlerorganisationen beispielhaft beschrieben wurden. Darüber hinaus boten Arbeitsgruppen ein Forum für den Erfahrungsaustausch und die Gegenüberstellung unterschiedlicher Perspektiven. Bestellanschrift: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Gostenhofer Hauptstraße 63, 90443 Nürnberg, E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

► Ausbildung und Beruf

Studiengang Sozialpädagogik in Aus-, Fort- und Weiterbildung. Bereits zum vierten Mal startet im Wintersemester 2010/2011 der Master-Studiengang „Sozial-

pädagogik in Aus-, Fort- und Weiterbildung“ der Universität Kassel. Der viersemestrige Studiengang qualifiziert für das Arbeitsfeld der (berufs-)schulischen Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Sozialen Arbeit. Der Studiengang wendet sich an sozialpädagogische Fachkräfte, die über einen mindestens sechssemestrigen Hochschulabschluss (BA/Diplom) in Sozialer Arbeit, Sozialpädagogik/-arbeit oder einen fachlich gleichwertigen Abschluss verfügen und darüber hinaus mindestens drei Monate berufspraktische Erfahrung in einem Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe sowie Erfahrung in der Vermittlung sozialpädagogischer Inhalte nachweisen können. Die Immatrikulation zum kommenden Wintersemester ist noch bis zum 1. September 2010 möglich. Hinweise sind unter <http://cms.uni-kassel.de/unicms/index.php?id=7423> zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Universität Kassel vom 17.6.2010*

Europäischer Masterstudiengang zur Führungsverantwortung in der Diakonie. Ein weiteres Angebot des diakoniewissenschaftlichen Instituts der Universität Heidelberg ist der auf vier Semester angelegte Europäische Masterstudiengang „Diakonie – Führungsverantwortung in christlich-sozialer Praxis“, in dem ein Semester an einer der europäischen Partnerhochschulen in Oslo, Tallinn, Järvenpää, Uppsala oder Prag belegt werden muss. Der Unterricht umfasst Bereiche wie Professionsethik, wissenschaftliche Projektentwicklung, Seelsorge, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising und Case Management. Bewerbungen werden noch bis zum 15. September 2010 entgegengenommen (siehe auch www.dwi.uni-heidelberg.de). *Quelle: Pressemitteilung der Universität Heidelberg vom 17.6.2010*

Bericht „Bildung in Deutschland 2010“. Im Abstand von zwei Jahren informiert der unter Federführung des Deutschen Instituts für pädagogische Forschung (DIPF) erstellte Bildungsbericht über aktuelle Entwicklungen im Bildungswesen. Den Schwerpunkt der aktuellen Studie bilden die Auswirkungen des demographischen Wandels. Dieser habe einen Rückgang der Gesamtnachfrage nach Bildungsleistungen bewirkt, wodurch finanzielle Ressourcen freigesetzt würden, um die Qualität von Angeboten für bisher benachteiligte Menschen zu verbessern. Zugleich bedürfe es neuer Anstrengungen im Bereich der arbeitsmarktbezogenen Weiterbildung. Insgesamt sei das Bildungsniveau angestiegen. So habe sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Hochschulzugangsberechtigung weiter erhöht, während der Anteil derjenigen, die keinen Hauptschulabschluss erreichten, rückläufig sei. Die Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger befinde sich mit 43 % auf einem neuen Höchststand. Für die Zukunft sei es wichtig, soziale Schiefen auszugleichen und die Bildungsmöglichkeiten für die ältere Bevölkerung zu erweitern. *Quelle: Pressemitteilung des DIPF vom 17.6.2010*

Qualifizierung junger Menschen für den Pflegebereich. Um dem demographisch bedingt zu erwartenden Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesektor entgegenzuwirken, findet seit September 2009 das vom Europäischen Sozialfonds und der Caritas finanzierte Pilotprojekt CariVia zur Qualifizierung benachteiligter junger Menschen für die Gesundheits- und Personalwirt-

schaft statt. Zielgruppe der 18-monatigen Initiative sind benachteiligte Jugendliche sowie Migrantinnen und Migranten, die mangels eines Ausbildungsplatzes einen niedrighschwelligsten Einstieg mit beruflicher Perspektive suchen. Diese werden bundesweit an sechs Standorten, wie unter anderem Aachen, Konstanz und Ulm, dafür geschult, pflegerische, hauswirtschaftliche und administrative Aufgaben sowie Begleitdienste für Menschen mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen wahrzunehmen. Parallel dazu erfolgt eine projektbezogene Fortbildung der Fachkräfte in den Pflegeeinrichtungen. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.invia-deutschland.de. *Quelle: Presseinformation der IN VIA Deutschland e.V. vom 10.5.2010*

Freiwilligendienst in Chile. Deutschlands älteste Austauschorganisation „Experiment e.V.“ bietet derzeit verschiedene Teilstipendien für den Freiwilligendienst, beispielsweise in einem Projekt für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Chile. Organisiert wird die Initiative von Experiment e.V. und den lokalen Partnern. Nach einer Einführung in das Programm und einem Spanisch-Intensivkurs beginnt ein 10-wöchiger Freiwilligendienst im Norden oder Süden des Landes. Die Teilnehmenden werden in Gastfamilien untergebracht und von Ansprechpersonen vor Ort betreut. Insgesamt bietet die Bundesgeschäftsstelle in Bonn Programme in 22 Ländern an, darunter Nepal, Nigeria, Russland und die USA. Im Internet finden sich weitere Informationen unter www.experiment-ev.de. Rückfragen an die Rufnummer 0228/957 22 17 oder die E-Mail-Adresse freiwilligendienst@experiment-ev.de. *Quelle: Pressemitteilung der Experiment e.V. vom 29.4.2010*

Berufsorientierung für Jugendliche. Für Schülerinnen und Schüler, die sich über die Bandbreite der sozialen Berufe informieren möchten, haben die Agentur für Arbeit und der Caritasverband Konstanz im September 2008 das Projekt „JobSozial“ ins Leben gerufen. Fachkräfte aus verschiedenen sozialen Bereichen erzählen im Unterricht von ihrem Berufsalltag und beantworten Fragen zu den jeweiligen Tätigkeitsgebieten, womit durch die Schaffung eines realistischen Berufsbildes Fehlentscheidungen bei der Berufswahl vermieden werden sollen. Darüber hinaus findet zweimal wöchentlich eine offene Beratung statt, um die Jugendlichen bei ihrer Berufswahl und der Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen. Das Projekt möchte gezielt auch junge Männer für die bisherige Frauendomäne interessieren. Nähere Informationen unter www.cvkonstanz.caritas.de/66685.html. *Quelle: caritasmittelungen für die Erzdiözese Freiburg 2.2010*

15.-17.9.2010 Berlin. Hoffnung Alter. 2. Gemeinsamer Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie und der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie sowie 10. Kongress der DGGG. Information: Aey Congresse GmbH, Seumestraße 8, 10245 Berlin, Tel.: 030/290 06 59-4, E-Mail: dggg2010@aey-congresse.de

18.-20.9.2010 Nürnberg. Applied Biographical Research – Anwendungsbezüge der Biographieforschung. Gemeinsame Konferenz der European Sociological Association, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Georg-Simon-Ohm-Hochschule. Information: Fakultät Sozialwissenschaften an der Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-0, E-Mail: gerhard.riemann@ohm-hochschule.de

27.-28.9.2010 Nürnberg. Fachforum Online-Beratung. Information: Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, Keßlerplatz 12, 90489 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-0, E-Mail: sw-onlineberatung@ohm-hochschule.de

30.9.2010 Berlin. Fachtagung: Zivilgesellschaft stärken. Vorstellung und Diskussion des Modellprojekts zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus im ländlichen Raum. Information: Modellprojekt „Zivilgesellschaft stärken“, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/6 29 80-114, E-Mail: susanne.beyer@b-b-e.de

4.-8.10.2010 Dornach/Schweiz. Internationale Tagung für Heilpädagogik und Sozialtherapie. Information: Konferenz für Heilpädagogik und Sozialtherapie, Ruchti-Weg 9, CH-4143 Dornach, Tel.: 00 41/61/701 84 85, E-Mail: khs@khsdornach.org

7.-9.10.2010 Dortmund. Internationaler Kongress: Musik, Kulturarbeit und Menschen mit Behinderung. Information: TU Dortmund/Zentrum für Weiterbildung, Emil-Figge-Straße 50, 44227 Dortmund, Tel.: 02 31/755-65 07/-21 64, E-Mail: zfw@post.tu-dortmund.de

7.-9.10.2010 Braunschweig. Gemeinschaft leben: 6. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

14.-15.10.2010 Bad Boll. Tagung: Menschenrechte auf Teilhabe. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Internet: www.ev-akademie-boll.de

Bibliographie

Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/

Sozialgeschichte

Häusler, Michael: Die Diakonie und die Frage der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre. - In: Evangelischer Erziehungsverband: Schriftenreihe EREV ; Jg. 51, 2010, Nr. 1, S. 9-15.*DZI-1242z*

Werr, Günther: Die starke Marke wird am Markt zum Wettbewerbsvorteil. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 6, S. 22-25.*DZI-0015z*

2.01 Staat/Gesellschaft

Maizière, Thomas de: Die Rolle des Staates in Zeiten des Umbruchs. - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 61, 2010, Nr. 3, S. 90-91.*DZI-2914*

Richter, Michael: Doppelte Demokratisierung und deutsche Einheit. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 11, S. 20-26.*DZI-3059*

Seibel, Wolfgang: Die gescheiterte Wirtschaftsreform in der DDR 1989/1990. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 11, S. 34-40.*DZI-3059*

Steininger, Christine: Videogestützte Interaktionsbeobachtung von Familien. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 174-192.*DZI-0521*

Zeman, Peter: Impulse im Schnittpunkt von Altenarbeit und Engagementförderung und regionale Entwicklungen der Zivilgesellschaft. - In: Informationsdienst Altersfragen ; Jg. 37, 2010, Nr. 2, S. 10-16.*DZI-3024*

2.02 Sozialpolitik

Bollag, Esther: ICF: Die internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 11-12.*DZI-2633z*

Boumaiza, Petra: Europäischer Sozialfonds als Finanzinstrument der Beschäftigungspolitik – auch für Straffällige und Strafgefangene. - In: Bewährungshilfe ; Jg. 57, 2010, Nr. 1, S. 5-12.*DZI-0715*

Braun, Bernhard: Als Beschäftigungsmotor überschätzt: Oft zweifelhafter Nutzen von Gesundheitsleistungen. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 90-96.*DZI-0524*

Lampert, T.: Soziale Determinanten des Tabakkonsums bei Erwachsenen in Deutschland. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 108-116.*DZI-1130*

Lang, Armin: Die Potenziale einer Zukunftsbranche gestalten und ausschöpfen: Gesundheitswirtschaft. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 85-89.*DZI-0524*

Lim, Younghee: State TANF policies and employment outcomes among welfare leavers. - In: Social Service Review ; Jg. 83, 2009, Nr. 4, S. 525-555.*DZI-0178*

Schlensock, Heribert: Wir wollen das soziale Gesicht der Kirche werden. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 7, S. 30-31.*DZI-0015z*

Wohlgemuth, Katja: Zwischen Rarität und Ressource: (Sozial)politische Perspektiven auf Kinder und Kinderschutz. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 16, 2010, Nr. 2, S. 73-77.*DZI-3005*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Beneke, Doris: Fachkraftentwicklung in Kindertageseinrichtungen: Herausforderungen für Teamstrukturen und Teamarbeit. - In: Forum Jugendhilfe ; 2010, Nr. 1, S. 16-19.*DZI-0570*

Budde, Wolfgang: Sozialraum – mehr als drei Dimensionen. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 7-12.*DZI-2644z*

Buntenbach, Annelie: Arbeitgebern drohen Nachzahlungen von Löhnen und Sozialbeiträgen bei ungültigen Dumpingtarifen in der Leiharbeit. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 110-111.*DZI-0524*

Dörner, Klaus: Nur Bürger integrieren Bürger: Hinterm sozialpsychiatrischen Horizont geht's weiter – Fremdimpulse übersetzen. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 40-43.*DZI-2644z*

Genz-Bideau, Hartmut O.: Betriebliches Gesundheitsmanagement: Mitarbeiterbefragung zur Gesundheit im Betrieb. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 28-29.*DZI-2633z*

Goecke-Alexandris, M.: Tabakprävention am Arbeitsplatz: Erfolge und Erfordernisse. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 159-163.*DZI-1130*

Grote-Kux, Gabriele: OASIS – Optimierung arbeitsmarktlischer und sozialer Integration im Strafvollzug. - In: Bewährungshilfe ; Jg. 57, 2010, Nr. 1, S. 67-74.*DZI-0715*

Günter, Markus: Mit Tafeln allein lässt sich Armut nicht bekämpfen. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 6, S. 9-11.*DZI-0015z*

Ostertag, Margit: Laufend unterwegs: Anti-Stress-Seminar für Führungskräfte. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 39-41.*DZI-2633z*

Selke, Stefan: Die Existenzsicherung wird privatisiert. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 6, S. 17-19.*DZI-0015z*

Siepe, Werner: Der Streit um die Startgutschriften: Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 112-118.*DZI-0524*

Stocker, Daniel: „Damals waren wir Exoten“: Paolo Richter, Gründer und Geschäftsleiter des Berner Arbeitsintegrationsprogramms Gump & Drahtesel, ist „Sozialunternehmer des Jahres“. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 1, S. 37-39.*DZI-2220z*

Vahle, Jürgen: Akademische Grade und Titel. - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 61, 2010, Nr. 3, S. 99-101.*DZI-2914*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Hoffmann, Anja: Sondereversorgung zu Lasten der Kasse: Abgrenzung von Leistungen der Grund- und Behandlungspflege. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 4, S. 36-37.*DZI-3060*

Kaminsky, Uwe: Das Projekt zur Erforschung der konfessionellen Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik an der Ruhr-Universität Bochum. - In: Evangelischer Erziehungsverband: Schriftenreihe EREV ; Jg. 51, 2010, Nr. 1, S. 16-24.*DZI-1242z*

Kottner, Jan: Dekubitusprävalenz: Unterschiede zwischen Pflegeheimen und Krankenhäusern. - In: Pflegezeit-schrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 228-231.*DZI-0528z*

Löher, Michael: Ziel Sozialraum – wie ist der Weg dahin? - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 13-15.*DZI-2644z*

Meyer, Günter: Kommunikation – Vertrauen – Integration: Der Berliner Verein für Psychiatrie und seelische Gesundheit e.V. und die Aufbaustufen einer sektorübergreifenden integrierten Versorgung. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 46-49.*DZI-2644z*

Pirani, Uta von: Interview mit Uta von Pirani – Jugendamtsleiterin im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 16, 2010, Nr. 2, S. 78-80.*DZI-3005*

Rustler, C.: Von Rauchfrei zu rauchfrei PLUS: Warum Rauchverbote allein in Gesundheitseinrichtungen nicht ausreichen. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 164-169.*DZI-1130*

Weißer, Marco: Strategisches Handeln in Kommunalverwaltungen: Oder: „Warum es so ist, wie es ist?“ - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 61, 2010, Nr. 3, S. 92-98.*DZI-2914*

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Berger, Manfred: Theodor Heller: Sein Leben und Wirken. - In: heilpaedagogik.

de ; 2010, Nr. 2, S. 15-19. *DZI-3039*

Kopecky-Wenzel, Marie: Videogestütztes Training in Gesprächsführung für Ärzte. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 207-223. *DZI-0521*

Leufgen, Matthias: Ein Schritt zur Selbstbestimmung? Errichtung von Gesundheits- und Pflegekammern in Deutschland. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 202-204. *DZI-0528z*

Liebertz, Charmaine: Seien Sie ins Gelingen verliebt – es lohnt sich! Optimismus als Grundhaltung von Pädagoginnen. - In: Unsere Kinder ; Jg. 65, 2010, Nr. 2, S. 5-8. *DZI-2181*

Schäfer, Ulrich: Konzept und Folgen der Heimerzieherinnenausbildung im Neukirchener Erziehungsverein. - In: Evangelischer Erziehungsverband: Schriftenreihe ERV ; Jg. 51, 2010, Nr. 1, S. 65-68. *DZI-1242z*

Wettstein, Alexander: Lehrpersonen in schwierigen Unterrichtssituationen unterstützen: Ein pädagogisch-didaktisches Coaching zur Prävention. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 79, 2010, Nr. 2, S. 145-157. *DZI-0293*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Amrhein, Volker: Ein wachsender Wald: Das Netzwerk „Dialog der Generationen“. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 35-36. *DZI-1986*

Greving, Heinrich: Zwischen Verantwortung und Freiheit: Professionelles und pädagogisches Handeln an den Grenzen. - In: heilpaedagogik.de ; 2010, Nr. 2, S. 11-14. *DZI-3039*

Kröger, C.: Evaluation des Gesundheitsziels „Tabakkonsum reduzieren“. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 91-102. *DZI-1130*

Laudien, Karsten: Anthropologische Anforderungen an eine Neuregelung der Vormundschaft. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 4, S. 147-152. *DZI-3026z*

Marquard, Markus: Virtuelle Lernprojekte: Die Ulmer Kompetenzbörse KOJALA. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 37-38. *DZI-1986*

Walter, Michael: Forschung am Institut für Kriminologie der Universität Köln. - In: Bewährungshilfe ; Jg. 57, 2010, Nr. 1, S. 106-120. *DZI-0715*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Dischler, Andrea: Den Alltag durchbrechen: Rollentausch in einer Tagesstätte für Psychiatrie-Erfahrene. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 36-38. *DZI-2644z*

Kloocke, Ruth: Trauma und Psychose in der deutschen Psychiatrie: Eine

historische Analyse. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 3, S. 142-147. *DZI-2574*

Krüger, Sabine: Schmerzfreiheit, Mobilisation und intensive Physiotherapie: Postoperative Betreuung von Patienten nach Lungenmetastasen-OP. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 210-212. *DZI-0528z*

Kunstmann, Wilfried: Ärztliche Beratung und Behandlung von Rauchern. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 196-200. *DZI-1130*

Meißner, Bernd: „Daheim“ im Sozialraum: Von der Versorgungslogik zur Alltagslogik – was braucht der Mensch? Arbeit und Ansatz eines Güterloher Stadtteilprojektes. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 16-19. *DZI-2644z*

5.03 Psychologie

Brzank, Petra: Screening nach Gewalt gegen Frauen durch den Partner: Internationale Diskussion, Überlegungen für Deutschland. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 221-232. *DZI-1130*

Früh, Andrea: Gewalt ist keine Privatsache: Professionalisierung und Diversifizierung in der Arbeit gegen häusliche Gewalt. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 1, S. 8-10. *DZI-2220z*

Glaserapp, Jan: Über das unendliche Streben nach psychischem Wohlbefinden. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 32-33. *DZI-2633z*

Schomerus, Georg: Einstellung der Bevölkerung zu Alkoholkranken: Eine Übersicht. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 3, S. 111-118. *DZI-2574*

Thigpen, Jeffrey W.: Understanding variation in normative childhood sexual behavior: The significance of family context. - In: Social Service Review ; Jg. 83, 2009, Nr. 4, S. 611-631. *DZI-0178*

5.04 Erziehungswissenschaft

Egger, Armin: Die Gitarre zu neuem Leben erwecken: Musikalische Praxis im Kindergarten. - In: Unsere Kinder ; Jg. 65, 2010, Nr. 2, S. 20-21. *DZI-2181*

Franz, Julia: Bildungsprozesse zwischen Alt und Jung: Sieben Thesen zum intergenerationellen Lernen. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 4-8. *DZI-1986*

Frey, Barbara: SoKoS – soziale Kompetenz für die Wiedereingliederung von Straftatgefangenen. - In: Bewährungshilfe ; Jg. 57, 2010, Nr. 1, S. 56-66. *DZI-0715*

Gebhardt, Rainer: Organisationslehre. - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 61, 2010, Nr. 3, S. 119-123. *DZI-2914*

Grohnfeldt, Manfred: Trend – Sprachheilpädagogik und akademische Sprach-

therapie als kooperierende Fachdisziplinen?! Analyse und weiterführende Überlegungen. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 79, 2010, Nr. 2, S. 158-168. *DZI-0293*

Harney, Klaus: Diskurse und ihre Vererbung: Generation „68“ und die Institutionalisation der Weiterbildung. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 14-17. *DZI-1986*

Jaun, Thomas: Umfassende und kontinuierliche Kinderbetreuung: HF Kindererziehung – Kompetenzen für ein wachsendes Berufsfeld. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 1, S. 18-19. *DZI-2220z*

Kolland, Franz: Zum gemeinsamen Lernen ist es nie zu spät: Intergenerationelles Lernen im Universitäts- und Hochschulwesen. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 40-42. *DZI-1986*

Kuhlmann, Carola: Erziehungsvorstellungen in der evangelischen Heimerziehung der 50er und 60er Jahre – im Spiegel der Fachzeitschrift „Evangelische Jugendhilfe“. - In: Evangelischer Erziehungsverband: Schriftenreihe ERV ; Jg. 51, 2010, Nr. 1, S. 25-35. *DZI-1242z*

Marées, Nandoli von: Effektivität des „Verhaltenstrainings in der Grundschule“ zur Förderung sozialer Kompetenz und Reduktion von Verhaltensproblemen. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 224-241. *DZI-0521*

Motsch, Hans-Joachim: Interlanguage-Effekte in der Therapie sprachverwertungsgestörter Kinder. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 79, 2010, Nr. 2, S. 131-144. *DZI-0293*

Sennhauser, Sabina: „Nicht (willens) wollen“: Spannungsfeld von neurobiologischer Determinierung und Willensfreiheit am Beispiel der psychiatrischen Diskussion über „moralische Idiotie“ um 1900. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 79, 2010, Nr. 2, S. 104-114. *DZI-0293*

Vidmar, Richard: Verbesserung der Lebensqualität: Somatische Wahrnehmungsförderung durch Basale Stimulation bei Sterbenden. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 214-217. *DZI-0528z*

5.05 Soziologie

Kal, Doortje: „Wo das Haus keine Sorge erfährt, findet Begegnung nicht statt“: Quartiermarken – gelebte Gastfreundschaft. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 31-35. *DZI-2644z*

Stahlmann, Martin: Heilpädagogik in Zeiten der Inklusion: Inventur und

Aufbruch. - In: heilpaedagogik.de ; 2010, Nr. 2, S. 7-10. *DZI-3039*

5.06 Recht

Bierther, Isabel: Richtig rechnen – richtig kündigen: Arbeitsrecht – Kündigungsfristen können nach Alter und Betriebszugehörigkeit variieren. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 4, S. 38-39. *DZI-3060*

Eibeck, Bernhard: Neue Tarifverträge für den Sozial- und Erziehungsdienst: Bilanz und Perspektiven. - In: Forum Jugendhilfe ; 2010, Nr. 1, S. 10-15. *DZI-0570*

Fieseler, Gerhard: Geschlossene Unterbringung – Perspektiven und Handlungsmuster der Familiengerichte. - In: Unsere Jugend ; Jg. 62, 2010, Nr. 4, S. 175-185. *DZI-0135*

Gamm, Susanne: Maultaschen und Bienenstich: Kündigung wegen vermeintlicher Bagatelien. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 221-223. *DZI-0528z*

Knödler, Christoph: Ausgewählte Probleme aus dem FamFG für die Praxis der Sozialen Arbeit in Kindschafts-sachen. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 4, S. 135-142. *DZI-3026z*

Mons, U.: Gesetzliche Maßnahmen zur Tabakprävention: Evidenz, Erfolge und Barrieren. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 144-151. *DZI-1130*

Oehm, Michael: Anregung zum Nachdenken. - In: Altenpflege ; Jg. 35, 2010, Nr. 4, S. 32-33. *DZI-2594*

Schumacher, Hanns H.: Der Kinderrechtsansatz in der internationalen Politik: 6. Deutscher KinderrechteTag – der Kinderrechtsansatz in der Verbandsarbeit. - In: Forum Jugendhilfe ; 2010, Nr. 1, S. 38-42. *DZI-0570*

Vogt, Claire: Grundrecht auf menschenwürdiges Existenzminimum garantiert. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 7, S. 21-22. *DZI-0015z*

6.00 Theorie

der Sozialen Arbeit

Mægli, Rolf: Spezialisierung und Interprofessionalität statt Generalistentum: Neue Berufsprofile in der Sozialarbeit der Sozialhilfe Basel-Stadt. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 1, S. 40-43. *DZI-2220z*

Müller, Wolfgang C.: „Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten ...“. - In: Unsere Jugend ; Jg. 62, 2010, Nr. 4, S. 146-150. *DZI-0135*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Antz, Eva-Maria: Intergenerationelle Bildungsarbeit: Methoden der Erwachsenenbildung in der Praxis. - In: Erwach-

senenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 33-35. *DZI-1986*

Fellermann, Jörg: Aktuelle Marktdaten zu Supervision und Coaching in Sozialer Arbeit. - In: Unsere Jugend ; Jg. 62, 2010, Nr. 4, S. 170-174. *DZI-0135*

Koch, Horst J.: Off-label-Behandlung eines Patienten mit rezidivierender familiärer hemiplegischer Migräne und begleitenden vorübergehenden psychotischen Episoden. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 3, S. 148-151. *DZI-2574*

Kury, Helmut: Prognosegutachten im Strafvollzug. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 2, S. 81-87. *DZI-0311*

Mair, Sabine: Supervision – ein Weg, handlungsfähig zu bleiben oder (wieder) zu werden ... - In: Unsere Kinder ; Jg. 65, 2010, Nr. 2, S. 10-13. *DZI-2181*

Rakete, G.: Tabakprävention in Schulen: Ein Erfolgsmodell. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 170-177. *DZI-1130*

Thiery, Heinz: Virtuelle Welten spalten die Generationen: Erfahrungen aus der bke-Onlineberatung aus Anlass des School Shooting in Winnenden. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 4, S. 152-156. *DZI-3026z*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Klys, Christian: Leben im Gleichgewicht: Alltägliches Leben „auf einer Wohngruppe“. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 8-10. *DZI-2633z*

Loffing, Dina: Instrumente individuell an Mitarbeiter anpassen: Qualifizierte Mitarbeiter langfristig halten – den Erfolg des Pflegedienstes sichern. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 4, S. 33-35. *DZI-3060*

Lötscher, Cornelia: Von der Familienhilfe zur Supernanny: Sozialpädagogische Familienbegleitung – je früher, desto besser! - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 1, S. 26-27. *DZI-2220z*

6.04 Jugendhilfe

Berner, Roland: Selbst.Bestimmt.:

Einige Gedanken zum persönlichen Budget mit Blick auf die Möglichkeiten in der Jugendhilfe. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 16, 2010, Nr. 2, S. 108-112. *DZI-3005*

Cremer, Rebecca: Die Bedeutung der Resilienzforschung für die stationäre Kinder- und Jugendhilfe. - In: Unsere Jugend ; Jg. 62, 2010, Nr. 4, S. 160-169. *DZI-0135*

Fendrich, Sandra: Bei welchen Problemlagen greifen erzieherische Hilfen? Analysen zur aktuellen Gewährungspraxis und zu Gründen der Inanspruchnahme. - In: Forum Jugendhilfe ; 2010, Nr. 1, S. 43-46. *DZI-0570*

Ha, Yoonsook: Stability of child-care subsidy use and earnings of low-income families. - In: Social Service Review ; Jg. 83, 2009, Nr. 4, S. 495-523. *DZI-0178*

Lindenberg, Michael: Liebe, aber strenge Zucht: Das Rauhe Haus in Hamburg in den 1950er und 1960er Jahren. - In: Evangelischer Erziehungsverband: Schriftenreihe EREV ; Jg. 51, 2010, Nr. 1, S. 36-45. *DZI-1242z*

6.05 Gesundheitshilfe

Lempert-Horstkotte, Jürgen: Was gesund erhält: Betriebliche Gesundheitsförderung in Sozial- und Gesundheitsdiensten. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 24-27. *DZI-2633z*

Mecklenburg, Hermann: Umsteuerung auf ambulante und vernetzte Rehabilitation: Konzepte und Chancen. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 50-53. *DZI-2644z*

Protz, Kerstin: Die Qual der Wahl im Wundmanagement: Kriterien für die Auswahl von Verbandstoffen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 206-209. *DZI-0528z*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Schürmann, Heinrich: Arbeitshilfen 2010 für die Unterhaltsberechnung. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 4, S. 156-158. *DZI-3026z*

7.01 Kinder

Hiller, Petra: Kinder in den stationären Hilfen zur Erziehung. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 16, 2010, Nr. 2, S. 81-85. *DZI-3005*

Klingbeil, Darren: Kindern und Eltern ein professioneller Partner sein: Häusliche Kinderkrankenpflege – steigende Nachfrage nach professionellen Angeboten. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 4, S. 20-25. *DZI-3060*

Simon, Klaus: Adipositas bei Einschülern in Nordrhein-Westfalen: Tatsächliche Stagnation des Anteils adipöser Einschüler oder Fehlinterpretation? - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 258-264. *DZI-1130*

Skutta, Sabine: Kinderrechte – Grundlage für Demokratielernen und Wertebildung. - In: Forum Jugendhilfe ; 2010, Nr. 1, S. 31-37. *DZI-0570*

7.02 Jugendliche

Lang, Peter: Tabakprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Die „rauchfrei“-Jugendkampagne. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 125-132. *DZI-1130*

7.03 Frauen

Fleitmann, S.: Frauen und Rauchen: Herausforderung für die Tabakkontroll-

politik in Deutschland. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 117-124. *DZI-1130*

Netting, F. Ellen: A missing tradition: women managing charitable organizations in Richmond, Virginia, 1805 – 1900. - In: Social Service Review ; Jg. 83, 2009, Nr. 4, S. 557-584. *DZI-0178*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Gloger, Cornelia: Wie erleben Eltern und Kinder den Videoeinsatz im ambulanten-klinischen Setting? - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. *DZI-0521*

Keller, Andrea: Qualität bei Fremdplatzierung: Das Integras-Label für Familienplatzierungsorganisation. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 1, S. 22-24. *DZI-2220z*

7.05 Migranten

Uslucan, Haci-Halil: Resilienz oder was macht Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte stark? - In: Unsere Jugend ; Jg. 62, 2010, Nr. 4, S. 151-159. *DZI-0135*

7.06 Arbeitslose

Alt, Heinrich: Das Konzept Bürgerarbeit – ein Erfolgsmodell? Öffentlich geförderte Beschäftigung für Arbeitslose. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 59, 2010, Nr. 3, S. 97-103. *DZI-0524*

7.07 Straffällige / Strafentlassene

Buchholz, Jürgen: Offener Vollzug in der Außenstelle Lichtenau: „Strafvollzug light“ und seine Entwicklung. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 2, S. 68-72. *DZI-0311*

Dathe-Morgener, Sebastian: BLIS – Blended Learning im Strafvollzug. - In: Bewährungshilfe ; Jg. 57, 2010, Nr. 1, S. 42-55. *DZI-0715*

Keppler, K.: Prison Health is Public Health! Angleichungs- und Umsetzungsprobleme in der gesundheitlichen Versorgung Gefangener im deutschen Justizvollzug: Ein Übersichtsbeitrag. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 233-244. *DZI-1130*

Sagel-Grande, Irene: Die Sprache im Strafverfahren und im Strafvollzug. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 2, S. 100-106. *DZI-0311*

7.10 Behinderte / kranke Menschen

Aleksy, Urszula: Wege und Erfordernisse zum Erfolg: Implementierung und Umsetzung des 6. nationalen Expertenstandards Pflege von Menschen mit chronischen Wunden. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 234-237. *DZI-0528z*

Bettermann, Angela: Raus aus der Psychokiste!? Hemmschwellen auf dem Weg in die Gemeinde und wie sie zu überwinden sind. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 34, 2010, Nr. 2, S. 20-22. *DZI-2644z*

Boschert, Silke: Bewegung ist Leben. - In: Altenpflege ; Jg. 35, 2010, Nr. 4, S. 38-39. *DZI-2594*

Brandt, Stephanie: Schulbasierte Prävention der Adipositas: Wie sollte sie aussehen? - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 207-220. *DZI-1130*

Bubolz-Lutz, Elisabeth: Modell Pflegebegleitung: Ein intergenerationelles Projekt zur Begleitung pflegender Angehöriger durch Freiwillige. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 43-44. *DZI-1986*

Elsäßer, Guido: Gesund beginnt im Mund: Zahnprophylaxe für Menschen mit Behinderungen. - In: Orientierung ; 2010, Nr. 2, S. 18-20. *DZI-2633z*

Guina, Hans: Primat der ambulanten Behandlung der Borderline-Persönlichkeitsstörung. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 3, S. 108-110. *DZI-2574*

Klenovsky, Christiane: Die Grenzen des Zumutbaren. - In: Altenpflege ; Jg. 35, 2010, Nr. 4, S. 44-45. *DZI-2594*

Lindner, Udo K.: Leitmerkmal Sepsis: Gesundheitsstörungen erkennen und verstehen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 244-246. *DZI-0528z*

Richter, Dirk: Evaluation des stationären und ambulanten betreuten Wohnens psychisch behinderter Menschen in den Wohnverbänden des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 3, S. 127-133. *DZI-2574*

Rinklake, Thomas: Lernen durch Benchmarking. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 7, S. 23-26. *DZI-0015z*

Schmitz, Sonja: Dem Patientenwillen gehorchend: Thema Patientenverfügungen – das sollten Sie wissen, wenn Pflegedienstkunden fragen. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 4, S. 40-42. *DZI-3060*

7.11 Abhängige / Süchtige

Kröger, C.: Tabakentwöhnungsmaßnahmen in Deutschland. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 53, 2010, Nr. 2/3, S. 201-206. *DZI-1130*

Stuber, Jennifer: Stigma and smoking: The consequences of our good intentions. - In: Social Service Review ; Jg. 83, 2009, Nr. 4, S. 585-609. *DZI-0178*

7.13 Alte Menschen

Buchinger, Sascha M.: Traumatisierte Bewohner stabilisieren: Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs in der stationären Altenpflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 4, S. 218-220. *DZI-0528z*

Deller, Jürgen: Silver Work – zum Stand beruflicher Aktivitäten im Ruhestand in Deutschland. - In: Informationsdienst Altersfragen ; Jg. 37, 2010, Nr. 2, S. 3-9. *DZI-3024*

Hohorst, Achim: Altersgerechtes Wohnen mit System: Hausautomation – technische Helfer geben Sicherheit in der häuslichen Umgebung. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 4, S. 31-32. *DZI-3060*

Kreuzer, Arthur: Prävention von Gewalt gegen Senioren: Bemerkungen zu rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen. - In: Bewährungshilfe ; Jg. 57, 2010, Nr. 1, S. 88-105. *DZI-0715*

Stadelhofer, Carmen: Der Geschichte Gesichter geben: Der Arbeitskreis ZeitzeugenArbeit am ZAWiW. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 45-47. *DZI-1986*

8.02 Länder / Gebietsbezeichnungen

Eisentraut, Roswitha: Beispiel Kotoen: Ein Blick nach Japan. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 56, 2010, Nr. 1, S. 38-40. *DZI-1986*

Gammonley, Denise: Social service staffing in U.S. nursing homes. - In: Social Service Review ; Jg. 83, 2009, Nr. 4, S. 635-650. *DZI-0178*

Hämäläinen, Juhat: Der Staat und „seine“ Kinder: Kinderschutz in Deutschland und Finnland. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 4, S. 130-135. *DZI-3026z*

Land, Rainer: Eine demokratische DDR? Das Projekt „Moderner Sozialismus“. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 11, S. 13-19. *DZI-3059*

Rossel, Iryna: Arbeitsmigration und Heimerziehung in der Ukraine. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 16, 2010, Nr. 2, S. 104-107. *DZI-3005*

Schroeder, Joachim: Lernen von Finnland? Im Ernst? Probleme der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit im Schulsystem. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 79, 2010, Nr. 2, S. 97-103. *DZI-0293*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.
Telefon 030/83 90 01-13
Fax 030/831 47 50
E-Mail bibliothek@dzi.de

Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Hrsg. Thomas Olk u.a. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, 639 S., EUR 49,90 *DZI-D-8960*

Im Jahr 2002 erschien der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, der die Diskussion über die zivilgesellschaftliche Betätigung und deren Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen verstärkte. Um die Orientierung über dieses Wissensgebiet zu erleichtern, bietet dieser Sammelband eine umfassende Darstellung entsprechender politischer Ansätze und Herausforderungen. Die Beiträge beschreiben neben ideengeschichtlichen Bezügen und der Förderung des Ehrenamts durch Unternehmen, Bund, Länder und Kommunen auch den Einfluss von gesellschaftlichen Akteuren auf die jeweiligen Entscheidungsprozesse in Deutschland und der Europäischen Union. Betrachtet werden unterschiedliche Felder der Engagementpolitik wie Bildung, Familie, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Gesundheitswesen und Umwelt, ergänzt durch eine Erörterung der demokratiefördernden Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements. Das Buch eignet sich für alle, die sich im Rahmen von Studium oder Beruf mit den thematisierten Fragen auseinandersetzen.

Gruppe erleben. Soziales Lernen in der erlebnispädagogischen Gruppe. Von Walter Fürst. Ernst Reinhardt Verlag. München 2009, 189 S., EUR 19,90 *DZI-D-8963*

Die im deutschsprachigen Raum seit etwa 90 Jahren angewandte Methode der Erlebnispädagogik zielt darauf ab, durch naturportliche Aktivitäten, wie zum Beispiel Kanufahren, Wandern, Radfahren oder Klettern, Lernprozesse zu initiieren, um die psychosoziale Entwicklung der teilnehmenden Jugendlichen konstruktiv zu beeinflussen. Bei diesem Buch handelt es sich um die überarbeitete Neuauflage der im Jahr 1992 erschienenen Veröffentlichung „Die Erlebnisgruppe. Ein heilpädagogisches Konzept sozialen Lernens“, die durch fachliche Neuerungen und Aspekte aus systemisch-lösungsorientierten Ansätzen erweitert wurde. Der Autor beschreibt die Grundlagen des erlebnispädagogischen Handlungsfeldes, die Funktion von Körpererfahrungen und Grenzerlebnissen, die Merkmale des Gruppenrahmens sowie Rolle und Aufgaben des Leitungsteams. Darüber hinaus erfolgt eine Darstellung von Modellen für die Arbeit mit Gruppen. Fachkräfte der Jugendhilfe und Pädagogik finden hier einen kompakten Überblick und Anregungen für den beruflichen Alltag.

Spielen in der Stadt. Spielleitplanung – Instrumente und Strategien für eine kinderfreundliche Stadt. Hrsg. Bernd Kammerer. emwe-Verlag. Nürnberg 2009, 283 S., EUR 14,90 *DZI-D-8987*

Zum Thema „Spielen in der Stadt“ fand von 24. bis 26. September 2008 eine Fachtagung in Nürnberg statt, die

sich mit dem Handlungsfeld der Spielflächenplanung befasste, wobei unter anderem entwicklungspsychologische Aspekte, die Aufgaben der Jugendhilfe und die rechtlichen Rahmenbedingungen des Spielens diskutiert wurden. Die in diesem Tagungsband zusammengestellten Beiträge argumentieren aus unterschiedlichen Perspektiven für die Schaffung kind- und familiengerechter Sozialräume und beschreiben anhand von Praxisbeispielen aus Nürnberg erfolgreiche Initiativen, wie zum Beispiel das Förderprogramm „Spielwiese“, das Projekt „Die Stadt der Kinder im Mittelalter“ und das Spielangebot „Juggern“ des Treffpunkts MIKADO. Vorgestellt werden darüber hinaus eine Reihe von Jugendaktionsflächen und Spielhöfen sowie verschiedene Bau-, Abenteuer-, Natur- und Aktivspielplätze.

Age Report 2009. Einblicke und Ausblicke zum Wohnen im Alter. Von François Höpflinger. Seismo Verlag. Zürich 2009, 295 S., EUR 26,- *DZI-D-8988*

Im Laufe der letzten Jahrzehnte entstanden diverse neue Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen, wie zum Beispiel generationenübergreifende, gemeinschaftliche und betreute Angebote. Um die Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer in der deutschsprachigen Schweiz zu ermitteln, werden im Rahmen des Age Reports im Abstand von fünf Jahren Frauen und Männer ab 60 Jahren zu ihren Eindrücken befragt. Die nach Alter, Geschlecht, Wohnform und Gemeindegröße differenzierten Daten setzen Impulse für Bauherren, Behörden und Investoren und dienen der Age Stiftung als Vorgabe für die Ausrichtung ihrer Tätigkeiten. Basierend auf der Umfrage 2008 bietet dieses Buch eine Bestandsaufnahme von Wohnsituationen, -wünschen und -perspektiven in der Schweiz und beschreibt die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Wohnformen. Mit Fotos illustrierte Reportagen geben Einblicke in die Vielfaltigkeit der Wohnlandschaft im Alter.

Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte. Von Karl August Chassé. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, 210 S., EUR 16,95 *DZI-D-8990*

In den medialen und politischen Diskursen um die Unterschicht tauchen in den letzten Jahren neue Töne auf: die Unterschicht versperre sich selbst den Weg in die aufnahmebereite Gesellschaft, indem sie sich durch eine eigene Kultur von ihr abschotte. Deswegen sei die Erziehung der Unterschicht bis hin zu staatlichem Zwang – Fördern und Fordern, Kontrolle der Sozialisationsrisiken, präventive Programme – erforderlich. Diese in Deutschland teils subtile, teils laute Re-Moralisierung der Unterschichtfrage steht im Zentrum dieses Lehrbuchs. Neben dem Diskurs um die Unterschicht wird die Entwicklung gesellschaftlicher Gruppen in prekären Lebenslagen, in Armut und in der Gefahr der Exklusion dargestellt – gestützt durch die Erschließung des wissenschaftlichen Diskurses um Ungleichheit, Ausgrenzung, Arbeit, Familienformen, underclass und Zivilgesellschaft.

Heimerziehung und Bildung. Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Hrsg. Jürgen Hast u.a. Eigenverlag der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH). Frankfurt am Main 2009, 192 S., EUR 19,90 *DZI-D-8989*

Zur Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen in Heimen fand in Tübingen im Jahr 2007 die von der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen organisierte dritte Bundestagung über Heimerziehung statt, deren Beiträge und weitere Aufsätze in diesem Band zusammengestellt sind. Im Mittelpunkt stehen die Möglichkeiten der Vermittlung von Bildung in Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe, wobei vor allem die doppelte Aufgabe der Gegenwartsgestaltung und Zukunftsvorbereitung in den Blick genommen wird. Zwei qualitative Studien ermöglichen eine Orientierung über entsprechende Befunde der empirischen Forschung. Thematisiert werden darüber hinaus auch migrationspezifische Fragen, partizipative und erlebnispädagogische Ansätze sowie die Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und den Schulen. Das Buch wendet sich an Fachkräfte der Pädagogik, Lehrende und Studierende der Erziehungswissenschaften und Verantwortliche in der Politik. Bestellanschrift: IGfH, Schaumainkai 131-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 069/633 968-0, Internet: www.igfh.de

Umgang mit muslimischen Patienten. Von Malika Laabdallaoui und Ibrahim Rüschoff. Psychiatrie-Verlag. Bonn 2010, 136 S., EUR 14,95 *DZI-D-8991*
Aufgrund religiöser Unterschiede können in der Kommunikation mit muslimischen Patientinnen und Patienten Probleme entstehen, die den gegenseitigen Umgang erschweren. Hier möchte dieser Ratgeber durch kompakte Informationen zum Islam, dessen Sichtweisen, Quellen und Traditionen Abhilfe schaffen. Die Autorin und der Autor geben Einblicke in Konflikte, die auftreten können, wenn gläubige Muslimes und Muslime sich in eine Therapie begeben. Das Themenspektrum reicht von grundlegenden Erklärungen zum Islam über die Besonderheiten, die in der Psychiatrie und Psychotherapie zu berücksichtigen sind, bis hin zur Rolle der inneren Haltung und interkulturellen Kompetenz der Helfenden. Dargestellt werden auch das im islamischen Kulturkreis anzutreffende Verständnis von Ehe und Familie und die dort üblichen Heilmethoden für psychische Erkrankungen. Das Buch wendet sich vor allem an Fachkräfte der Psychologie, die sich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit islamspezifischen Fragen auseinandersetzen.

Die Goodwill-Gesellschaft. Die unsichtbare Welt der Stifter, Spender und Mäzene. Von Robert Jacobi. Murmann Verlag. Hamburg 2009, 252 S., EUR 24,90 *DZI-D-9795*
Geld für einen guten Zweck – wer soll da etwas dagegen haben? Wenn es um gemeinnützige Projekte geht, wird auch in Deutschland viel Geld gegeben. Stiftende, Spendende und Mäzene scheinen sich förmlich überbieten zu wollen, wenn es um ihre gute Taten geht. Doch die Gesellschaft sollte um dieses Wirken und seine Bedeutung wissen. Der Autor nimmt in der Veröffentlichung dieses Segment genauer unter die Lupe. Dazu führte er umfangreiche Interviews mit Firmenvertretenden, Stiftungsmitarbeitenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Beratern und vielen anderen mehr. Er besichtigte Förderprojekte vom Brunnenbau in Westafrika bis hin zu Erziehungsstätten in Heidelberg. Im Brennpunkt seiner Recherchen stand privates Engagement für gesellschaftliche Zwecke in allen Formen und die Frage, wie dieses Engagement aussehen sollte, damit es die gewünschten Ergebnisse

erzielt. Er stellt die Frage nach der Legitimität des „Dritten Sektors“ und seinen Einfluss auf das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft.

Amok im Kopf. Warum Schüler töten. Von Peter Langman. Beltz Verlag. Weinheim 2009, 334 S., EUR 19,95 *DZI-D-8994*
Durch die in letzter Zeit beobachtbare Häufung von Schussmassakern in den USA und Deutschland ist das Interesse gestiegen, die Ursachen für diese Form der Gewalt zu untersuchen, um dem Problem durch geeignete Maßnahmen begegnen zu können. Der als Psychologe tätige Autor, der häufig zur Therapie von Jugendlichen mit Gewaltpotenzial herangezogen wurde, berichtet in diesem Buch über Erfahrungen im Rahmen dieser Tätigkeit. In seiner auf einer Analyse von zehn Amokläufern im Alter zwischen 11 und 23 Jahren basierenden Untersuchung erstellt er eine zwischen psychopathischen, psychotischen und traumatisierten Tätern differenzierende Typologie und formuliert auf dieser Grundlage Empfehlungen zur Prävention. Wichtig sei beispielsweise eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus und eine professionelle Einschätzung von Risiken. Das Buch wendet sich vor allem an Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Fachkräfte in den Bereichen Schulverwaltung, Soziale Arbeit und Psychotherapie.

Das Sterben der anderen. Sterbehilfe in der Diskussion. Von Asmus Finzen. Balance Verlag. Bonn 2009, 191 S., EUR 15,95 *DZI-D-8995*
Die rechtliche Situation hinsichtlich der Sterbehilfe bietet immer wieder Anlass zu medialen Diskussionen um ethische Fragen. Geprägt sind diese Auseinandersetzungen nach Auffassung des Autors durch eine mangelnde Differenzierung sowie Unklarheiten im Hinblick auf die gängige Terminologie. Dieses Buch erleichtert den Überblick durch kompakte Informationen zu unterschiedlichen Formen der Sterbehilfe und den juristischen Bestimmungen in Deutschland, den USA, den Niederlanden und der Schweiz. Dabei wird unterschieden zwischen der palliativmedizinischen Hilfe beim Sterben und der auch als Euthanasie bekannten Hilfe zum Sterben, die nicht überall gesetzlich verboten ist. Zum Thema Patientenverfügung finden sich hier der Wortlaut der im Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegten Regelungen und einige Hinweise, was bei der Formulierung zu beachten ist.

Kinder- und Jugendhospizarbeit. Das Celler Modell zur Vorbereitung Ehrenamtlicher in der Sterbebegleitung. Hrsg. Bernhard Bayer und andere. Gütersloher Verlags-haus. Gütersloh 2009, 192 S., EUR 19,95 *DZI-D-8997*
Bei der Hospizarbeit mit schwer erkrankten jungen Menschen bedarf es einer besonderen Qualifikation, die durch das hier beschriebene Celler Modell zur Vorbereitung Ehrenamtlicher auf diese Aufgabe vermittelt werden soll. Die Schwerpunkte des Ausbildungskurses liegen in der konkreten Sterbebegleitung und der theoretischen Auseinandersetzung mit dafür relevanten Themen und Fragen. Konzipiert wurde das Curriculum von einer Arbeitsgruppe der Malteser mit Unterstützung des Gemeindefeldes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Dieses Buch beschreibt neben der Planung des Vorbereitungskurses den Aufbau des Grundkurses, des drei- bis

sechsmonatigen Praktikums und des Vertiefungskurses. Eine beiliegende CD-ROM enthält Materialien für das vertiefende Selbststudium.

Soziale Arbeit und Sozialwirtschaft. Beiträge zu einem Feld im Umbruch. Festschrift für Karl-Heinz Boeßenecker. Hrsg. Andreas Markert u.a. Lit Verlag. Berlin 2008, 231 S., EUR 24,90 *DZI-D-8996*

Vor dem Hintergrund der zu beobachtenden Prozesse der Professionalisierung bietet diese Festschrift anlässlich des 60. Geburtstages von Karl-Heinz Boeßenecker eine differenzierte Betrachtung „klassischer“ und aktueller Themen der Sozialen Arbeit und der Sozialwirtschaft. Die Beiträge befassen sich unter anderem mit der Partizipation von Kindern und Eltern in der Jugendhilfe, mit der Entstehung neuer Studiengänge, mit der Verbandsentwicklung der Arbeiterwohlfahrt, mit Konzepten einer veränderten Gefängnispolitik und mit den Qualitäten von Führungskräften im Dritten Sektor. Probleme und Herausforderungen der Disziplinentwicklung werden ebenso thematisiert wie organisations- und adressatenspezifische Anforderungen.

Standards und Fachlichkeit im Case Management.

Hrsg. Wolf Rainer Wendt und Peter Löcherbach. Economica Verlag. Heidelberg 2009, 262 S., EUR 49,- *DZI-D-8998*

Der Anspruch auf eine umfassende individuell abgestimmte Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern ist heute nicht nur im Gesundheitswesen zu finden, sondern auch in der sozialen Betreuung, wie beispielsweise der Beschäf-

tigungsförderung oder der Behindertenhilfe. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach der Umsetzung des Case Management in Deutschland, die im Rahmen einer Tagung im Juni 2008 in Dresden diskutiert wurde. Die hier dokumentierten Beiträge bieten eine Bestandsaufnahme aktueller Erkenntnisse und Einschätzungen. Betrachtet werden die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts, die Fortschritte in der Praxis, sozialpolitische Zwänge, die Aufgaben der Fachkräfte, Zertifizierungsverfahren, Zuständigkeitskonflikte, die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen sowie aktuelle Rahmenempfehlungen und Standards. Auf diese Weise wird deutlich, was Case Management leistet und wo die Ansatzpunkte sind, um es zu entwickeln und weiter zu verbessern.

Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz IV-Welt. Hrsg. Wolfgang Gern und Franz Segbers. VSA Verlag. Hamburg 2009, 134 S., EUR 10,80 *DZI-D-9000*

Im Dezember 2008 fand eine Studientagung des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau statt, um die sozialen Folgewirkungen der Hartz-IV-Gesetzgebung zu untersuchen. Die in diesem Band dokumentierten Beiträge werden ergänzt durch die Auswertung eines Hartz-IV-Monitorings in Rheinland-Pfalz, dessen Ergebnisse ebenfalls auf einer Studientagung zusammengetragen und später durch eine Befragung der ARGEN erweitert wurden. Anhand von Fallbeispielen gibt das Buch einen Einblick in die Vermittlungspraxis und die wachsende Not der betroffenen Menschen. In dem Band kommt zum Ausdruck, dass der

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Online-Zahlungsverkehr.

Schnell, sicher, unkompliziert.

Für unterschiedliche Transferwege Ihrer Zahlungsaufträge.
Mit verschiedenen Programmen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2010-8>

Generiert durch IP '3.147.74.255' am 15.07.2024, 02:12:40.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

aktivierende Sozialstaat zum Wettbewerbs- und Überwachungsstaat geworden sei, der das Grundrecht auf sinnvolle Arbeit in eine Zumutung von Arbeit um jeden Preis verkehrt habe (Fordern und Fördern). Aus Gründen der Gerechtigkeit und der Menschenwürde bedürfe es eines sanktionsfreien Regelsatzes, der vor Armut zu schützen vermag.

Berufliche Beratung psychisch Kranker. Von Christiane Haerlin. Psychiatrie-Verlag. Bonn 2010, 138 S., EUR 14,95 *DZI-D-8992*

Obwohl die berufliche Integration psychisch kranker Menschen in den letzten Jahren vorangeschritten ist, fehlt es weiterhin vielen Betroffenen an einer erkennbaren Perspektive – eine Situation, die sich nach Auffassung der Autorin durch passgenaue Beratungsansätze verbessern lässt. In diesem Buch beschreibt sie ein systemisch orientiertes Konzept, das den seelisch beeinträchtigten Menschen und deren Angehörigen mehr Eigenverantwortung zuerkennt. Erläutert werden in diesem Rahmen der Wandel in der Arbeitswelt und Rehabilitation, Wege zur Beschäftigung, die Gestaltung des Beratungsgesprächs und geeignete Settings wie zum Beispiel Kliniken, Selbsthilfegruppen und Sozialpsychiatrische Dienste. Mit ihrem Appell für eine möglichst frühzeitig einsetzende Hilfeleistung wendet sich die Veröffentlichung vor allem an Fachkräfte der Psychologie und Psychotherapie, die sich für das dargestellte Thema interessieren.

Schwierige Balance. Über Grenzen, Gefühle und berufsbiographische Erfahrungen. Von Hans Thiersch. Juventa Verlag. Weinheim 2009, 304 S., EUR 24,- *DZI-D-9001*

Im Zuge aktueller politischer und fachlicher Debatten entstehen neue Herausforderungen für die Soziale Arbeit, wobei neben einer sozialpolitischen Verortung vor allem der Ansatz der Lebensweltorientierung im Mittelpunkt steht. Dieser Band enthält Beiträge des Autors zu den aktuellen Diskursen um Sicherheit und Autorität, um die Rolle von Gefühlen wie Solidarität und Vertrauen und um die Bedeutung einzelner Lebensphasen wie Eltern- oder Großelternschaft für das pädagogische Handeln. Kritisch betrachtet werden in diesem Zusammenhang die Fernsehserie „Die Super Nanny“ und die im Jahr 2006 erschienene Veröffentlichung „Lob der Disziplin“ von Bernhard Bueb. Darüber hinaus enthält das Buch eine Berufsbiographie des Autors mit einer Beschreibung seiner Schulzeit, seines Studiums und seiner universitären Laufbahn sowie Anmerkungen zu theoretischen Fragen.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Christian Gedschold Tel.: 030/83 90 01-37, E-Mail: gedschold@dzi.de, Hartmut Herb, Heidi Koschwitz, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset, Berlin; Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Peter Reinicke, Berlin; Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Manfred Thuns (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Prof. Monika Treber (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestraße. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstraße 27, 10963 Berlin
Druck: Büropa Offsetdruck, Helmholtzstraße. 2-9, 10587 Berlin

ISSN 0490-1606